



**100 Jahre
Armenier-
Völkermord**
Jüdische Autoren
gegen das Vergessen
SEITE 4-5

**Friede, Freude,
Zeigefinger**
Zum neuen Buch
von Margot Käßmann
SEITE 15



**Bei Anruf –
Koscher!**
Neue Lieferdienste
füllen eine Lücke
SEITE 32



WORT DES
HERAUSGEBERS
DR. R. KORENZECHER

Liebe Leserinnen und liebe Leser,
wir danken Ihnen für die große positive Resonanz, mit der Sie unsere Pessach-Ausgabe und unsere Beiträge über die Gedenktage zum jüdischen Widerstand und zur Befreiung aus dem Schrecken der nationalsozialistischen Vernichtungslager begleitet haben.

Allem Vernichtungswillen der Nazis und der heutigen Feinde Israels zum Trotz konnte das jüdische Volk mit Stolz in Sicherheit, Würde und Wohlstand gerade eben den 67. Jahrestag der Wiedergeburt seiner staatlichen Identität, des demokratischen Staates Israel feiern.

Auch im Monat Mai hatten wichtige historische Ereignisse und Entwicklungen des letzten Jahrhunderts erheblichen Einfluss auf das heutige Weltgeschehen und vor allem auf das jüdische Leben in Israel und in der Diaspora genommen.

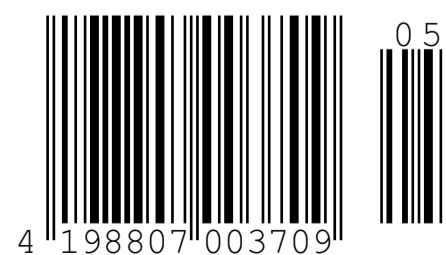
Vor 70 Jahren am 9. Mai 1945 um 00.16 Uhr – und damit 75 Minuten später als in der Urkunde notiert – wurde der Zweite Weltkrieg beendet und die bedingungslose Kapitulation Deutschlands durch den Nazi-Feldmarschall Wilhelm Keitel in Berlin-Karlshorst unterzeichnet.

Mit den Worten der Kapitulationsurkunde – „Wir Endesunterzeichneten, die wir im Namen des deutschen Oberkommandos handeln, erklären die bedingungslose Kapitulation aller unserer Streitkräfte zu Lande, zu Wasser und in der Luft sowie aller übrigen Streitkräfte, die zur Zeit unter deutschem Befehl stehen vor dem Oberkommando der Roten Armee und gleichzeitig vor dem Oberkommando der alliierten Expeditionstreitkräfte.“ – endete nach 6 Millionen ermordeten jüdischen Opfern vor allem für die allzu wenigen überlebenden Juden Europas das schrecklichste Kapitel jüdischer Geschichte.

Immerhin mussten noch weitere 20 Jahre vergehen – und es war vor allem der Versöhnungsbereitschaft des jüdischen Volkes zu verdanken – damit vor 50 Jahren am 12. Mai 1965 wieder offizielle diplomatische Beziehungen und ein Botschafter-Austausch zwischen dem Staat Israel und der Bundesrepublik Deutschland, der Rechtsnachfolgerin des Nazi-Reichs, möglich wurden.

►► Fortsetzung auf Seite 2

Österreich 3,70 € Schweiz 4,60 CHF



Vom Kulturbruch zur Freundschaft



Heike Linde-Lembke

12. Mai 1965. Nach Demütigung, Entwürdigung und Verfolgung, nach dem Völkermord von NS-Deutschland an sechs Millionen Juden, nach diesem Kulturbruch, den ein Deutschland unter seinem Diktator Adolf Hitler und seiner Schergen begangen hat, nahm Israel, gerade einmal 17 Jahre alt, diplomatische Beziehung zu der damaligen Bundesrepublik Deutschland auf.

Das Verhältnis war kühl, die Aufnahme dieser Beziehungen war vor allem aus wirtschaftlichen Gründen rein pragmatisch. Und trotz dieses Pragmatismus schrieben der junge Staat Israel und der neugegründete Staat Deutschland am 12. Mai 1965 Geschichte.

Denn die Beziehungen entwickelten sich aus den rein wirtschaftlichen, juristischen – Prozess des NS-Mörders Eichmann 1961 – und humanen – Einwanderung der Schoah-Überlebenden nach Israel – sukzessive zu einer freundschaftlichen Beziehung auf immer mehr Ebenen, von Jugendaustausch, gemeinsamen Kultur-Veranstaltungen und Forschungsprojekten, Sport-Begegnungen bis zu Städtepartnerschaften und dem Friedensdienst Aktion Sühnezeichen. Zudem entschuldigte sich die Bundesrepublik unter anderem bei den Schoah-Überlebenden mit der Finanzierung einer Erholungszeit im eigenen Land, beispielsweise in dem Kibbuz-Hotel Ma'ale Hachamisha, zehn Kilometer vor Jerusalem gelegen.

Wegbereiter waren das Luxemburger Abkommen von 1952, in dem die Bundesrepublik die volle Verantwortung für die Folgen des Holocaust übernahm, das

Treffen zwischen Israels erstem Premierminister David Ben-Gurion und dem ersten deutschen Bundeskanzler Konrad Adenauer im März 1960.

Beide Staaten arbeiteten mit Hochdruck daran, ein gegenseitiges Vertrauen aufzubauen und zu pflegen. Gegen viele Widerstände, denn der ersten Generation der Opfer, der Überlebenden der Schoah, standen die Täter gegenüber, ein für viele Opfer in Israel unerträglicher Zustand. Opfer wie Täter sprachen nicht über den deutschen Kulturbruch, den Holocaust. Und bauten damit für die zweite Generation eine oftmals unerträgliche Qual auf. Das Schweigen wurde zum Trauma der nachfolgenden Generation. Erst der dritten Generation gelang es, dieses Schweigen zu ignorieren, zu brechen und mit ihrer Großeltern-Generation über das einst Unsagbare zu sprechen.

1969 begrüßte der deutsche Bundestag zum ersten Mal eine Abordnung israelischer Parlamentarier, 1971 erfolgte der Gegenbesuch deutscher Abgeordneter in der Knesset, 1975 reiste Ministerpräsident Itzhak Rabin als erster israelischer Regierungschef nach Deutschland, 1985 folgte der Gegenbesuch des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker in Israel, 1987 reiste Präsident Chaim Herzog in die Bundesrepublik. (Kuriose Randnotiz: Bis 1993 hatte Israel einen Präsidenten namens Herzog, ab 1994 hatte Deutschland ebenfalls einen Präsidenten Herzog.)

Zur Deutschen „Demokratischen“ Republik, DDR, indes gestalteten sich etwaige Beziehungen extrem schwierig. Zu Beginn der 1950er Jahre war die Politik der DDR durchaus antisemitisch, gleichwohl die Sowjetunion 1947 bei der UNO-Debatte die Gründung Israels be-

fürwortete, weil es sich von der Linksausrichtung der Kibbuzim seinerseits eine Verbreitung des Sozialismus versprach.

Doch trotz prominenter jüdischer Mitstreiter wie Ernst Bloch, Hanns und Gerhart Eisler, Stefan Heym, Helene Weigel und Arnold Zweig blieb die Haltung der DDR Juden gegenüber abweisend. Den Antrag der Israelis auf Wiedergutmachung wies das DDR-Regime empört zurück, Israel wurde als Vorposten des „amerikanischen Imperialismus“ verurteilt.

Die Bundesrepublik lehnte Beziehungen zu Staaten, die die DDR anerkannten, strikt ab, und Israel entschied sich für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Bundesrepublik.

Vor sieben Jahren gelang der Durchbruch der Beziehungen auf Regierungsebene, als Bundeskanzlerin Angela Merkel und Israels damaliger Ministerpräsident Ehud Olmert die deutsch-israelischen Regierungs-Konsultationen zum 60. Jahrestag Israels gründeten. Ein Novum, denn für Israel war Deutschland der erste Partner, mit dem ein solcher Austausch vereinbart wurde, und für Deutschland ist Israel das erste außereuropäische Land für regelmäßige Regierungs-Konsultationen.

Zum 50. Jahrestag der deutsch-israelischen diplomatischen Beziehungen ist der Austausch zwischen beiden Staaten auf allen Ebenen selbstverständlich und freundschaftlich, und dem Kulturbruch des NS-Terrors folgen wundersamerweise wahre Freundschaften.

Am 7. Mai geben die Post-Ministerien beider Nationen eine gemeinsame Briefmarke zum Jubiläum heraus.

►► Fortsetzung auf Seite 2

Veranstaltungen deutschlandweit zum Jubiläum im Mai

Sonnabend, 2., und Dienstag, 5. Mai, 16 Uhr: Seminar zweite und dritte Generation – Kinder und Enkelkinder von NS-Verfolgten treffen sich in der KZ-Gedenkstätte Neuengamme zum Gespräch.

KZ-Gedenkstätte Neuengamme
Jean-Dolidier-Weg 75, Hamburg
www.kz-gedenkstaette-neuengamme.de

7. bis 12. Mai, Berlin: Deutsch-israelischer Jugendkongress. Der Jugendkongress wird im November in Israel fortgesetzt. www.conact-org.de

12. Mai, 19 bis 21.30 Uhr, Jazzfest im Haus der Geschichte in Bonn, Willy-Brandt-Allee 14, mit Efrat Alony Trio und Wolfgang Muthspiel Trio Efrat Alony wurde in Haifa geboren und lebt in Berlin. Auf Englisch und Hebräisch präsentiert sie eigene Werke und Jazzklassiker.

Eintritt: 33 Euro, ermäßigt 25 Euro, gibt es unter www.bonnticket.de im Internet.

Das 21. Jüdisches Filmfestival Berlin & Potsdam findet von Sonntag, 10., bis Mittwoch, 20. Mai, statt. Gezeigt werden Produktionen aus dem In- und Ausland, darunter:

Manpower in der Regie von Noam Kaplan, Israel 2014, 85 Min, hebräisch/englisch mit englischen Untertiteln,

Deutschland-Premiere, mit Schmulik Calderon, Yossi Marshek, Schimon Udi Pampas, Sun Intusap und Herzl Tobey.

Inhalt: Vier Leben – vier Geschichten – vier Mal die Frage nach Herkunft und Entwurzelung, Exil und Emigration, Zuhause und Familie.

Am Ende ein Fest in der Regie von Tal Granit, Sharon Maymon, Israel 2014, 95 Min, hebräisch mit englischen Untertiteln, deutsche Synchronfassung, mit Levana Finkelstein, Ze'ev Revach, Ilan Dar, Aliza Rosen, Rafael Tavor.

Inhalt: Die drei Rentner wohnen in einer Jerusalemer Seniorenresidenz und versuchen, ihr Leben zu genießen.

Sweets in der Regie von Joseph Pitchhadze, Israel 2013, 132 Min, hebräisch/französisch/deutsch mit englischen Untertiteln, Deutschland-Premiere, mit Sarah Adler, Makram Khoury, Shmuel Vilozny, Moni Moshonov, Ezra Kafri, Menashe Noy, Michael Sarne.

Inhalt: Der arabisch-christliche Geschäftsmann Sallah will mit seinem Handlanger, einem feinsinnigen Israeli, und seinem Geschäftspartner, einem deutschen Nazi, den Süßigkeiten-Markt im arabischen Sektor Jerusalems erobern, ein scheinbar harmloses Unterfangen.

„Poetry On The Road“ in Bremen

Vom 21. Mai bis 1. Juni 2015 findet in Bremen das Festival „Poetry On The Road“ statt, diesmal mit Maya Kuperman aus Israel. 1982 in Haifa geboren, ist sie eine vielfach ausgezeichnete israelische Dichterin und Journalistin und gilt als eine der wichtigsten Vertreterinnen israelischer Gegenwartslyrik. Kupermans Gedichte wurden bereits aus Englische, Portugiesische, Französische und Deutsche übersetzt. Maya Kuperman lebt seit 2011 in Berlin.

XJAZZ 2015: Von Donnerstag, 7., bis Sonntag, 10. Mai, spielt das XJAZZ Festival in Berlin mit Israel als Partnerland. XJAZZ bringt Musiker aus Israel nach Berlin und im Oktober 2015 deutsche Musiker nach Tel Aviv. Einige Konzerte in der Bundeshauptstadt Berlin:

7. Mai, 20 Uhr, Lido: Kutiman & Orchestra und Joy Denalane

7. Mai, 21 Uhr, Prince Charles: Battering Trio

8. Mai, 23 Uhr, Flux Bau: Shalosh

8. Mai, 23 Uhr, Emmaus Kirche: Songwriters Orchestra mit Oren Lavie

9. Mai, 20 Uhr, Lido: The Apples

9. Mai, 23 Uhr, Flux Bau: Uri Gincel Trio

Zehnte Braunlager Maikonzerte

Vom 22. bis 25. Mai gibt es die zehnten Braunlager Maikonzerte mit Shirley Brill, Klarinette, und den Klavier-Duo Sivan Silver & Gil Garburg.

Ein Mai-Festkonzert steht am Freitag, 22. Mai, ab 20 Uhr an in der Trinitatiskirche Braunlage auf dem Programm. Es handelt sich um eine Zeitreise mit Höhepunkten aus den vergangenen Festivals mit Musik von Leonard Bernstein bis Franz Schubert, Ludwig van Beethoven bis Camille Saint-Säens.

Das Klavier-Duo Sivan Silver und Gil Garburg spielt am Sonntag, 24. Mai, 20 Uhr, Rathaus-Scheune St. Andreasberg; (Harz), die Musikalische Walpurgisnacht und am Montag, 25. Mai, Uhr, Trinitatiskirche Braunlage, „Eine Reise in die Romantik“.

Kibbuz Contemporary Dance Company „If at all“

vom 19. bis 23. Mai im Stadttheater Fürth. Die Kibbuz Contemporary Dance Company, 1970 von Yehudit Arnon gegründet, hat sich zu einer der bedeutendsten Tanz-Compagnien Israels entwickelt.

Termine: 19. bis 23. Mai 2015, jeweils 19.30 Uhr Stadttheater Fürth, Königstraße 116.

◀ Fortsetzung von Seite 1

WORT DES HERAUSGEBERS DR. R. KORENZECHER

Jedes der beiden oberen Ereignisse war besonders für die jüdischen Überlebenden der nationalsozialistischen Vernichtungsbarbarei ein Zeichen der Hoffnung auf ein Leben in Demokratie und Normalität, frei von Angst vor Entrechtung, Verfolgung und unsäglicher existentieller Bedrohung durch die Geißel des Antisemitismus.

Umso mehr erfüllt es mit Unverständnis, Bestürzung und Zorn, dass sich trotz allem schrecklichen geschichtlichen Erleben, trotz aller von der heutigen Politszene mit inhaltsleerer Routine abgehaltenen Alibi-Pflichtübungen hingeheuchelter Gedenktags-Rituale, sich die Juden in Europa und auch zunehmend in Deutschland einem nach dem Ende der Nazi-Herrschaft nicht einmal erahnten Tsunami aus Diffamierung, Antisemitismus und körperlicher Bedrohung ausgesetzt sehen.

Gleichzeitig steht der Staat Israel, die einzige Demokratie und westliches Bollwerk der gesamten, in islamischem Bluterror und unbeschreiblicher Islamgetragener lebensverachtender mörderischer Brutalität ertrinkenden Region des Mittleren Ostens, am Pranger täglicher, antijüdisch gefärbter Anfeindung und massiver Delegitimierung durch die westlichen, zusehends vor dem Islam und der Islamisierung unserer freiheitlich-demokratischen Lebenswelt kapitulierenden westlichen Staaten, darunter nicht zuletzt auch Deutschlands.

50 Jahre diplomatischer Beziehungen zwischen Israel und Deutschland und die immense moralische Aufwertungs-Vorleistung, die Deutschland durch diese Geste der Versöhnung seitens Israels und der Juden für sich verbuchen konnte, hindern unsere Regierungs- und Außen-Politik gemeinsam mit der Obama-Administration und der EU nicht daran, sich – wie einst Chamberlain gegenüber Nazi-Deutschland – dem verbrecherischen und gewalttätigen islamistischen Unrechtsregime Iran für dessen expansionistische Ziele anzudienen. Das nicht zuletzt mit deutscher Hilfe erzielte Appeasement-Ergebnis von Lausanne und der vorsätzliche Verzicht des Westens, Iran zu verpflichten, die Existenz

des Staates Israel und dessen Unantastbarkeit anzuerkennen, gibt dem Iran Auftrieb, die offen erklärte Vernichtung Israels mit Hilfe der nunmehr nahezu ungehindert zugänglichen Atombomben-Herstellung ungehemmt voranzutreiben und macht aus Lausanne ein zweites München.

„Sie hatten die Wahl zwischen Ehrlosigkeit und Krieg – Sie haben Ehrlosigkeit gewählt und werden Krieg erhalten!“ Diesen, schon ein Jahr nach dem Münchener Schandabkommen traurige Wahrheit gewordenen Satz hatte Winston Churchill 1938 geprägt. Es bleibt zu hoffen, dass sich die Geschichte an dieser Stelle nicht wiederholt.

50 Jahre diplomatischer Beziehungen zwischen Israel und Deutschland stellen für die deutsche Politik auch keinerlei Hindernis dar, die Feinde Israels und deren Terror gemeinsam mit anderen westlichen Staaten der EU zu finanzieren und sich in UNO-Abstimmungen nicht hinter Israel zu stellen, auch wenn die Verurteilung offensichtliches Unrecht ist. Auch wenn man es angesichts der Steinigungen, Genitalverstümmelungen und Kindsbraut-Zwangsverheiratungen in islamischen Ländern kaum zu glauben vermag: Israel war vor einigen Wochen allen Ernstes das Land, das auf Grund einer von islamischen Staaten getragenen Diffamierungs-Initiative wegen Verletzung von Frauenrechten von der UNO verurteilt wurde. Weder Deutschland noch die Staaten der EU verhinderten dies – auch Deutschland sah tatenlos zu, wie die wirklichen Verhältnisse auf den Kopf gestellt wurden – es reichte gerade zu einer feigen Stimmenthaltung.

50 Jahre diplomatischer Beziehungen zwischen Israel und Deutschland – und auf deutschen Straßen werden unter untätiger, wenn nicht gar wohlwollender Begleitung der Polizei durch fanatisierten, ungehindert Terrorflaggen der Hamas und jüdenfeindliche Plakate herumtragenden islamischen Mob „Juden ins Gas“ und andere antijüdische Hassparolen gegrölt – gelegentlich auch schon mal aus Polizeifahrzeugen und unter Ausleihung polizeilicher Megaphone.

Gleichzeitig verbitten sich unsere Exekutiv-Organen aus vorgegebener Rücksichtnahme auf die Gefühlslage des hohen und zusehends höher werdenden muslimischen Bevölkerungs-Anteils jegliches Tragen von israelischen Fahnen.

So hat bei einem Liga-Fußballspiel der Union Berlin und des FC Ingolstadt 04 am letzten Sonntag die Polizei eine Israel-Fan-Fahne entfernen lassen. Auf die Frage, ob denn auch Fahnen anderer Länder verboten seien, erwiderte ein Vertreter der vor Ort eingesetzten, dem deutschen Innenministerium unterstehenden Polizei nur 70 Jahre nach dem Zusammenbruch des Nazi-Reichs und quasi am Vorabend des anstehenden 50. Jahrestages: „Keine Juden-Flaggen!“

Die mehr als Ausrede denn als Entschuldigung zu verstehende, kaum vernehmbare, halbherzig abgegebene und unwahre Einzelfall-Kleinrede der zuständigen polizeilichen Führung gibt für die Juden in Deutschland und uns alle eher mehr Anlass zur Besorgnis über die bestehenden Verhältnisse als zur Entwarnung.

50 Jahre diplomatische Beziehungen zwischen Israel und Deutschland, das sind auch zwischenzeitlich wieder entstandene und wachsende No-Go-Areas für als Juden oder Israelis erkennbare Menschen, in denen deren staatlicher Schutz vor verbalen und körperlichen Angriffen nicht nur nicht mehr gewährleistet, sondern dessen Gewährleistung nicht einmal mehr versucht wird.

Stattdessen gilt die immer wieder mit großer Selbstverständlichkeit seitens der zuständigen Ordnungsorgane an die Juden in unserem Land hinter vorgehaltener Hand abgegebene Empfehlung, in unserem freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat, in dem Burkas und islamische Kopftücher zwischenzeitlich selbstverständlich zum Straßenbild gehören, zum eigenen Schutz auf jüdische Zeichen an der Kleidung zu verzichten.

Nach den unseligen Jahren der gewaltsamen und diffamierenden Markierung von Juden nunmehr die bislang erst nur empfohlene Demarkierung jüdischer Menschen – auch das sind 50 Jahre

diplomatischer Beziehungen zwischen Israel und Deutschland.

Da erscheinen derartige unsägliche „Petitessen“, wie das Versorgen der jüdischen Überlebenden mit Essensmarken zur Selbstabholung an der Essensausgabe und die Darreichung des Essens für die anlässlich des Gedenkteilrituals zum 70. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers anwesenden KZ-Überlebenden aus Plastiknapfen an blanken und ungedeckten Holztischen kaum noch verwunderlich oder gar erwähnenswert. Allerdings wäre zu erwähnen, dass die aus gleichem Anlass geladene, bis zum Präsidialamt reichende Prominenz einen VIP-Service mit Kellnern, weißen Tischdecken, Porzellan-geschirr und Edelbesteck erhielt – mehr peinliche Assoziation geht kaum noch.

Obwohl sich die Reihe dieser für Juden in Deutschland und Europa zwischenzeitlich wieder entstandenen und zunehmend entstehenden Realität noch sehr lange fortsetzen lässt, stellen die Juden in der Diaspora und Israel – sehr zum Missfallen ihrer hiesigen und weltweiten Feinde – ein wesentliches und unverzichtbares Element der abendländischen, freiheitlich-demokratischen Kultur und Identität der westlichen abendländischen Welt dar.

Das ebenfalls in den Mai fallende, der Erinnerung an die Zeiten als Agrargesellschaft dienende Wochenfest Schewuoth ist gleichzeitig auch eine Erinnerung an die endgültige Hergabe und Geltendmachung der zehnten Gebote – im weltlichen Sinne einer ersten frühen Formulierung der Menschenrechte und der Regeln für ein soziales Miteinander. Die zehnten Gebote sind somit eine sehr zeitige Grundlage auch für die heutige westliche Jurisdiktion und vor allem unter anderem eins der wichtigsten kulturellen Geschenke des jüdischen Volkes an die auch heutige, leider nicht durchweg nach diesen ethischen Regeln handelnde Weltgemeinde.

In diesem Sinne Ihnen allen ein gesundes Chag Schawuoth Sameach und alles Gute

Ihr
Dr. Rafael Korenzecher

Das Schweigen der „Palästina-Freunde“

Kein Aufschrei angesichts des IS-Massakers im syrischen Palästinenser-Lager Jarmuk

Von Jerome Lombard

Die Entrüstung war ihm sichtlich anzusehen. Als Ahmad Tibi, Knesset-Abgeordneter für die „Vereinigte Arabische Liste“, Anfang April vor die israelische Presse trat, steckten ihm die aktuellen Schreckensbilder und Horrornachrichten aus dem palästinensischen Flüchtlingslager Jarmuk noch frisch in den Knochen. „Was in Jarmuk passiert, ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Über tausend Palästinenser wurden getötet“, so Tibi. Der 56-jährige langjährige Politiker ist Israeli palästinensisch-muslimischer Abstammung und ansonsten immer ganz vorne mit dabei, wenn es um die Dämonisierung Israels und der Regierung von Ministerpräsident Benjamin Netanjahu geht. Kritische Bemerkungen zur PLO oder zur Hamas sind von Tibi hingegen kaum überliefert.

Die Eroberung von 90 Prozent des mehrheitlich von Palästinensern bewohnten Flüchtlingslagers im Süden der syrischen Hauptstadt Damaskus durch Truppen der Terrormiliz des sogenannten „Islamischen Staates“ (IS) lies Tibi nun deutliche Worte finden: „Der IS ist eine faschistoide Bewegung, die Fotos von Enthaupteten – darunter der Imam der Moschee, ein Hamas-Unterstützer – veröffentlicht und diese als Ungläubige hinstellt.“ Es sei eine Schande, dass die arabische Welt und die palästinensischen politischen Organisationen das Jarmuk-Massaker ignorieren würden. Tibi sprach damit offen aus, was zu Beginn der Krise Anfang April offensichtlich wurde: die in Jarmuk eingeschlossenen Palästinenser sind auf sich alleine gestellt. Interessant ist, dass Tibi insbesondere auf den Imam Jarmuks, Scheich Abu Salah Taha, einen militärischen Hamas-Führungskader, eingeht und dessen mutmaßliche Ermordung anprangert. Tatsächlich ist unklar, ob Abu Salah Taha wirklich in die Hände von IS-Terroristen gefallen ist und von diesen getötet wurde. Eine Quelle aus Jarmuk dementierte entsprechende Meldungen umgehend und behauptete hingegen, dass er noch am Leben sei. Falls Abu Salah Taha wirklich getötet worden sein sollte, könnte dies ein bewusster Racheakt des IS gewesen sein. Die Hamas hatte lange zum syrischen Diktator Bashar Al-Assad gehalten und rückte erst im Verlauf des syrischen Bürgerkriegs Anfang 2012 von diesem ab. Die sunnitische Terrorgruppe konnte den Spagat zwischen der strategischen Unterstützung eines alawitisch-schiitischen Regimes und der eigenen religiösen Basis nicht mehr länger aufrechterhalten.

Die Nichtregierungsorganisation „Palestinian League for Human Rights/Syria“ (PLHR-S) mit Sitz in Beirut bestätigte bislang jedenfalls fünf Fälle von Enthauptungen in Jarmuk durch IS-Kämpfer. Freilich ohne Namen der Opfer zu nennen. Zudem sollen bis zu 1000 Zivilisten in den Kämpfen zwischen IS-Einheiten, der syrischen Armee und palästinensischen Gruppen wie der Hamas-nahen Miliz Aknaf Beit al-Maqdis umgekommen sein. Der Rest der noch rund 16.000 Lagerbewohner kämpft täglich ums Überleben. Eine Flucht ist nur noch in vom IS kontrolliertes Gebiet möglich, nachdem regierungstreue Truppen alle anderen Ausgänge des Lagers blockiert und

für die Ausreise gesperrt haben. Lebensmittel, Trinkwasser und Medikamente sind Mangelware. Mehr als 160 Menschen sollen Berichten von Menschenrechtsorganisationen zufolge bereits verhungert sein. Genaue Zahlen sind unbekannt. UNO-Generalsekretär Ban Ki-Moon bezeichnete Jarmuk kürzlich gar als „Todeslager“ und „tiefste Hölle“. Die Berichte von Augenzeugen bestätigen diesen Eindruck. „Gott stehe den Menschen bei, die noch im Lager sind. Sie haben alle Formen des Todes erlebt und ziehen es jetzt vor, in Würde zu sterben, als noch einmal zu fliehen“, so zitiert die NGO PLHR-S einen Mann, der aus Jarmuk fliehen konnte. Die Kämpfe um das 1957 vor allem für palästinensische Flüchtlinge des israelischen Unabhängigkeitskrieges gegründete Lager sind so intensiv, weil es eine wichtige strategische Bedeutung hat.

Für den IS gilt das zum Stadtteil gewachsene Gebiet als Einfallstor ins Zentrum von Damaskus. Berichte über einen möglichen Rückzug der IS-Einheiten geben daher wenig Hoffnung



Eine aus Jarmuk geflohene Frau mit Kind

für die eingekesselten Lagerbewohner. Selbst wenn sie stimmen, dürfte es sich nur um taktische Manöver handeln. Vor allem, da auch die Al-Kaida-nahe Al-Nusra-Front in Jarmuk aktiv ist und auch diese mit dem IS verfeindete Islamisten nicht gerade zimperlich mit Zivilisten und mutmaßlichen Gegnern umgeht.

Arabische Solidarität? – Fehlanzeige

Tatsächlich geht die Gefahr für die Menschen in Jarmuk nicht alleine von den Terroristen des IS und der Al-Nusra-Front aus. Auch die Assad-treuen Truppen ermorden Lagerbewohner. Syrische Kampfjets warfen immer wieder Fassbomben über dem Gebiet von Jarmuk ab. Derartige Bomben sind extrem unpräzise und richten im eng bebauten Lager

massive Schäden an. Die meisten Opfer derartiger Angriffe sind unter der Zivilbevölkerung zu finden. Zumal der IS bewusst rund 3.500 Kinder als menschliche Schutzschilde gefangen halten soll, wie Menschenrechtsorganisationen berichten. Mit dieser Skrupellosigkeit beweist Assad einmal mehr, wie er die seinerseits immer wieder propagierte Solidarität mit dem palästinensischen Volk versteht. Bereits vor dem Einmarsch des IS war die Lage in Jarmuk katastrophal. Das Regime betrachtete das Lager als Feindesland, nachdem Regierungsgegner und Anhänger der säkularen „Freien Syrischen Armee“ (FSA) in den Wirren des Bürgerkriegs spätestens ab 2013 dort die Oberhand gewannen.

Aber auch andere arabische Staatsoberhäupter, die sich sonst gerne als Verfechter der palästinensischen Sache stilisieren, hüllen sich mit Blick auf die Situation in Jarmuk in Schweigen. Schuldige für das Massaker an den Palästinensern werden nicht benannt. Die auf der ganzen Welt zu findenden Organisationen der palästinensischen Diaspora bilden hier keine Ausnahme. So äußerte sich

der Menschen in Jarmuk zu lindern. Palästinenserpräsident Machmud Abbas äußerte sich zwar tief besorgt und schickte Abgesandte nach Damaskus, um mit syrischen Regierungsvertretern zu verhandeln. Eine von Mitgliedern seines Kabinetts vorgeschlagene Militäroperation zur Rettung der Eingeschlossenen lehnte er aber rundheraus ab. Auch seinen Besuch beim russischen Präsidenten Wladimir Putin nahm Abbas planungsgemäß Mitte April wahr. Immerhin sollte es um so wichtige Themen wie Frieden im Nahen Osten gehen. Dass Putin einer der wichtigsten Verbündeten des syrischen Regimes ist und ein Großteil der Waffen der Regierungstruppen aus russischen Beständen stammen dürfte und diese auch just in dem Moment, als sich die Beiden im Kreml angeregt austauschten, Palästinenser in Jarmuk töteten, war Abbas dabei wohl entgangen.

Palästina-Freunde in Europa bleiben stumm

Und was machen die vielen tausend Palästina-Solidaritätskomitees und die „friedensbewegte“ Zivilgesellschaft in Europa angesichts der Krise in Jarmuk? Sie schweigen in ihrer großen Mehrheit. Wo sind die Massen, die gegen die Ermordung der Palästinenser in Syrien auf die Straßen gehen und die die Gewalt des IS und des Assad-Regimes verurteilen? Wo ist die palästinensisch-muslimische Diaspora? Wo sind die Friedensbewegten, Pazifisten und Linken? Letzten Sommer, als sich Israel gegen den Raketenterror aus Gaza zur Wehr setzen musste und militärische Strukturen der Hamas vor Ort zerstörte, marschierten sie alle noch Seit an Seit gegen das „Blutbad“ und das „Massaker an den Palästinensern“. Zu einer Kundgebung gegen die Gewalt in Jarmuk kamen im April in Berlin nicht einmal 100 Leute zusammen. Gegen den „Angriffskrieg in Gaza“ waren es im Juli 2014 dagegen 7.000 Demonstranten gewesen. Auf den diversen Webseiten der Solidaritätsgruppen tauchen Informationen über Jarmuk, wenn überhaupt, nur ganz am Rande auf. Die Internetpräsenz der britischen „Palestine Solidarity Campaign“, einer der größten Soli-Gruppen in Europa, thematisiert an erster Stelle einen Aufruf zum Boykott von Produkten des Elektronikgeräteherstellers Hewlett Packard, da dieser angeblich gute Geschäfte mit der „Besatzungsmacht“ Israel machen soll. Jarmuk ist damit zu einem Kainszeichen geworden. Zu einem Symbol für die Verlogenheit der Palästina-Solidarität. Die Bigotterie vieler ach so guter Palästina-Freunde geht ins Bodenlose. Für viele scheinen leidende Palästinenser nur dann von Interesse zu sein, wenn sie in irgendeiner Weise propagandistisch gegen den jüdischen Staat in Stellung gebracht werden können. Solche „Freunde“ haben die Palästinenser nicht verdient.

beispielsweise das „US Palestinian Community Network“ mit dem Satz, dass man „angesichts der eskalierenden Krise“ doch sehr besorgt sei. Dass sowohl der IS als auch das Assad-Regime Palästinenser ermorden, wurde mit keiner Silbe erwähnt. Die Hintergründe der Krise bleiben so gänzlich im Dunkeln. Das ansonsten allseits beliebte Feindbild, Israel als Aggressorstaat, der für alles Leid der Palästinenser verantwortlich ist, verliert angesichts der Ereignisse in Jarmuk an Wirkung. Die Solidaritätsbekundungen palästinensischer Auslandsorganisationen entlarven sich somit als bloße Heuchelei.

Töten statt den „bösen Israelis“ andere Muslime Palästinenser, ist dies offenbar kein Grund für einen solidarischen Aufschrei. Aber auch die PLO hat bis dato wenig getan, um das Leid

100 Jahre Völkermord an den Armeniern

Jüdische Autoren retteten die Ermordeten vor dem Vergessen

Von Manuel Gogos

„Alle haben die Todeskolonnen gesehen. Und trotzdem wollen sie nichts begreifen. – Sie glauben nicht, dass ihr imstande seid, ein ganzes Volk auszurotten. Sie wissen nicht, dass es nur der Vorgeschmack ist von dem, was sie wirklich erwartet. – Du sprichst von der endgültigen Lösung? – Davon spreche ich.“

Es scheint eindeutig, von welchem Volk hier die Rede ist, denn welches andere Volk wäre jemals Ziel eines totalen Auslöschungs-Wahns geworden, als das jüdische? Und doch handelt Edgar Hilsenraths großes Epos „Das Märchen vom letzten Gedanken“ nicht, wie seine anderen berühmten Werke „Nacht“ und „Der Nazi und der Friseur“, von seiner eigenen Verfolgungserfahrung unter den Nationalsozialisten, die ihn, 1926 als Sohn eines jüdischen Kaufmanns in Leipzig geboren, dazu zwang, 1938 mit seiner Mutter und dem Bruder zu den Großeltern in die Bukowina zu fliehen. Vielmehr handelt „Das Märchen vom letzten Gedanken“ vom Schicksal der Armenier um 1915, als die nationalistische Bewegung der Jungtürken versuchte, das ehemalige osmanische Vielvölkerreich aus Armeniern, Pontosgriechen und Juden in einen ethnisch homogenen türkischen Nationalstaat mit pantürkischer Ideologie umzuschmelzen. Edgar Hilsenrath hat selbst erklärt, welches das zentrale Anliegen seines Romanwerks sei: „Es ist sehr viel geschrieben worden über die Verbrechen der Deutschen während des Nazireiches. Es ist aber gar nicht geschrieben worden über die Verbrechen der Türken während des Ersten Weltkriegs. Während des Ersten Weltkriegs haben sie ein ganzes Volk ausgerottet, und zwar die Armenier. Das ist ziemlich unbekannt. Die Türkei leugnet bis heute und sagt, es wäre nie geschehen. Das ist der totgeschwiegene Völkermord.“

20 Jahre lang hat der Autor Edgar Hilsenrath die armenischen Quellen studiert, in San Francisco, oder der Berliner Staatsbibliothek. Ausgangspunkt von Hilsenraths Recherchen war Franz Werfels berühmter Roman „Die 40 Tage des Musah Dag“, ebenfalls verfasst von einem jüdischen Autor im Jahr der Machtergreifung der Nationalsozialisten 1933, bereits 1934 aufgrund von § 7 der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz des Deutschen Volkes wegen „Gefährdung öffentlicher Sicherheit und Ordnung“ verboten. Werfels Roman kann wie eine vorweggenommene Antwort gelesen werden kann auf Adolf Hitlers gut dokumentierte Geheimrede auf dem Obersalzberg am 22. August 1939, in der es ihm darum ging, die Wehrmachtssoldaten wenige Tage vor dem Überfall auf Polen von allen zivilisatorischen Skrupeln zu befreien: „Wer spricht denn heute noch von der Vernichtung der Armenier?“

Es waren ausgerechnet die beiden jüdischen Autoren Franz Werfel und Edgar Hilsenrath, die maßgeblich zu verhindern halfen, dass der Völkermord an den Armeniern tatsächlich in Vergessenheit geriet. Als Überlebender musste Hilsenrath erst seine eigene Sprachlosigkeit überwinden. Der schonungslose Realismus seines Romans „Nacht“, in dem er seinen Erfahrungen nach seiner Deportation in ein

jüdisches Ghetto in der Ukraine 1941 Ausdruck verlieh, hat manchen seiner deutschen Leser überfordert, ebenso wie der rabenschwarze, oftmals groteske Ton, um dessen willen sein wohl berühmtester Roman „Der Nazi und der Friseur“ in Deutschland jahrzehntelang keinen Verleger fand.

Auch „Das Märchen vom letzten Gedanken“ ist eine erzählerische Annäherung an das Unerzählbare, und zwar wieder in einer höchst eigenwil-



Soldaten (vermutlich russische) entdecken an der Kaukasusfront, was türkische Truppen von dem armenischen Dorf Sheyaxalan im Mush-Tal übriggelassen haben.

ligen Form, der Form eines Märchens eben. 18 Jahre vergingen seit Hilsenraths erster Entwurfs-Idee für einen Armenier-Roman im Jahre 1970, noch in seiner New Yorker Zeit, wo er seine ersten literarischen Erfolge feierte. Seit 1975 lebte er wieder in Berlin, wo er am Ende seinen über 500-seitigen Roman innerhalb eines einzigen Jahres 1988 niedergeschrieben hat. Die Geschichte von Thovma Khatisian, jenem kleinen Kind, dass in der Konstruktion des Buches, eben erst geboren das Massaker an der Magelanstraße überlebt und, von einer türkischen Frau gerettet, erst in ein Waisenheim und dann vom Roten Kreuz ins Ausland gebracht wird. Als Thovma in der Schweiz heranwächst, hat er keine Erinnerung daran, woher er kommt. Viel später erst, bereits im Erwachsenenalter, erzählt ihm jemand die Geschichte vom Völkermord an den Armeniern, und er beginnt, Nachforschungen anzustellen, wie Hilsenrath: „Fast sechzig Jahre lang habe er Spuren gesucht. Und er würde immer weiter suchen. So lange, bis er wieder eine Geschichte hätte. Bis er wieder einen Vater und eine Mutter hätte, einen Namen und eine Tradition.“

Es ist ein ganzer Roman über armenisches Leben geworden, über Ostanatolien, das Stammland der Armenier, und die Geschichte einer Familie, die in einem idyllischen Bergdorf, aber auch in perfiden Foltergefängnissen die Geschichte des heraufziehenden Ersten Weltkrieges und des Völkermords am eigenen Leibe erfährt, fast 600 Seiten mit Leben prall gefüllt, das doch in einem einzigen Augenblick verfliegt: „Der letzte Gedanke hatte sich versteckt, um mit dem letzten Angstschrei durch deinen sperrweit aufgerissenen Mund ins Freie zu segeln.“

Nach seinem Erscheinen 1989 hat Alexander von Bormann den Roman in seinem Artikel „Dokumentarische Phantastik“ in der Neuen Zürcher Zei-

tung ebenfalls mit Franz Werfels „Die vierzig Tage des Musa Dag“ verglichen, doch fand der Kritiker Hilsenraths Roman dem Werfels bedeutsam überlegen: „...denn er ist historischer und poetischer zugleich.“ Auch Hilsenrath selbst hat das „Märchen“ immer als sein bestes Buch bezeichnet. Beim Schreiben will er phasenweise vollkommen absorbiert, wie in Trance gewesen sein, als lebe er buchstäblich mit seinen Figuren in Armenien, als erlebe er ihr

Leid als Wiederholung seines eigenen Leidens. „Während ich es schrieb, fühlte ich mich als Armenier!“ Hilsenrath ist nicht bloß Spezialist für versunkene Welten osteuropäischer Siedel und ostanatolischer Dörfer, in seinem „Märchen“ erweist er sich als ein Autor, der regelrecht zaubern, eine Welt in ihrer ganzen Detailfülle und -treue wieder hervorzaubern kann, eine Welt wie aus dünner Spitze geflochten, in der es einem ist, als hörte man armenisch sprechen, als sähe man armenische Gesichter. Sein Anerzählen gegen das Vergessen des armenischen Schicksals hat ihm offenbar die Möglichkeit gegeben, Dinge von sich preiszugeben, die er im Namen des eigenen so vielleicht kaum hätte offenbaren können.

Viele Leser in Armenien, aber auch aus der armenischen Diaspora weltweit, zeigten sich durch die Lektüre von Hilsenraths Meisterwerk zutiefst erschüttert. Anfang Oktober 2001 erhielt Hilsenrath zusammen mit seiner Frau Marianne durch das Außenministerium der Republik Armenien eine Einladung. Am Flughafen von Jerewan empfing man die beiden mit Blumen. Der Dichter erhielt für sein Werk den Nationalpreis für Literatur aus der Hand des Präsidenten der Republik Armenien, und die Ehrendoktorwürde der Staatlichen Universität Jerewan. Man trank mit dem Katholikos in Edschmiatsin in dessen Privaträumen Kaffee, nahm im Sevansee, dem großen Süßwassersee im Herzen Armeniens ein Bad, besuchte das Kloster Chor Virap am Fuße des Berges Ararat und stattete auch der Schwalbenfestung Tsitsernakaberd einen Besuch ab – der zentralen nationalen Gedenkstätte des Völkermordes.

Vom „armenischen Yad Vashem“ aus wird Hilsenraths Suche nach dem versunkenen Armenien in Ostanatolien womöglich auch als Wunsch lesbar, unter den verschiedenen Opfer-

gemeinschaften Solidarität zu stiften, statt Eifersucht. Dabei ist es nicht ganz unproblematisch, wie Hilsenrath die Holocaust-Parallelen in seinem Roman noch zuspitzt, jüdische Schoah-Erinnerungen regelrecht mit dem Schicksal der Armenier überblendet, am unübersehbarsten wohl da, wo selbst Hitlers berüchtigte Reichtagsrede vom 30. Januar 1939 über die „Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa“ wortwörtlich einer der türkischen Figuren in den Mund gelegt wird: „Sollte es dem internationalen Armeniertum gelingen, eines Tages die ganze Welt gegen uns aufzuhetzen, dann wird das die Vernichtung dieser Rasse bedeuten.“

An die Rede vom armenischen „Genozid“ knüpfen sich heute, genau einhundert Jahre nach den Ereignissen von 1915, auch international höchst virulente politische Fragen. Nach wie vor gehört es zur türkischen Staatsräson, den Genozid zu leugnen bzw. historisch stark zu relativieren. Wann immer ein Staat oder eine Gruppe die Massaker als Völkermord bewertet, reagiert das NATO-Land, als sei ihm „der Krieg erklärt worden“, so der Historiker Wolfgang Benz.

Auch wenn die Anerkennung des Völkermordes an den Armeniern kein explizites Kriterium einer künftigen Mitgliedschaft in der EU ist, sind kritische Öffentlichkeit und internationaler Druck auf die Türkei in den letzten zehn Jahren immens gestiegen. Dabei ist die Haltung Europas und der Welt nicht eindeutig. Während Frankreich mit seiner starken armenischen Diaspora in Marseille u.a. die Nichtanerkennung des Völkermords unter Strafe gestellt hat, gehört die Bundesrepublik, neben den USA, zu den Ländern, die offiziell die Rede vom „Völkermord“ vermeiden. Auch Israel besteht auf die Einmaligkeit und Unvergleichbarkeit des Holocaust. Und freilich, der Holocaust hatte andere Dimensionen, nicht nur in der Zahl der Ermordeten, sondern auch in der Art der Ermordung als einem technischen, quasi industriellen Prozess.

Dennoch sind gewisse historische Parallelen frappant, ja nachgerade unheimlich. Auch die Armenier wurden zu tückischen Feinden im Inneren erklärt, auch die armenischen Deportierten in Todesmärschen quer durch Anatolien getrieben; mit dem zynischen Versprechen, sie nur umzusiedeln, in die syrische Wüste – ins Nichts. In der Einleitung zu Wolfgang Gusts Dokumentarband „Der Völkermord an den Armeniern 1915/16“ beschreibt der armenische Genozid-Forscher Vahakn Dadrian den Aghet als „Präzedenzfall für die Schoah“, von dem „eine direkte Linie“ zur Massenvernichtung der Juden führe. Wer Wolfgang Gusts Dokumentation neben Hilsenraths „Märchen“ legt, für den entpuppen sich selbst die schrecklichsten Ausgeburten der Fantasie des Märchenerzählers als strikt wahrheitsgetreu. „Aghet“ – der unter Armeniern selbst gebräuchliche Begriff für das Verhängnis in den Jahren 1915-1917 deutet auf die Tat des Fremden, die ins Innere dringt und es zerstört – wurde von dem jüdischen Autor Elie Wiesel als „Genozid vor dem Genozid“ bezeichnet. Wer nach Beweisen dafür verlangt, mag Hilsenraths faktengesättigtes Märchen vom letzten Gedanken lesen.

Zu Gast beim armenischen Botschafter

Einen Völkermord sollte man auch Völkermord nennen: Bundestag schafft es wieder nicht.

Ashot Smbatyan ist Botschafter der Republik Armenien in Deutschland. Ende 2014 übernahm er die Leitung der diplomatischen Mission Armeniens in der Bundesrepublik. Smbatyan wurde in der früheren Sowjetrepublik Armenien geboren, studierte zunächst Mathematik, später Volkswirtschaft und arbeitete an der Akademie der Wissenschaften in der Hauptstadt Jerewan. Seit dem Jahr 2000 gehört er dem Auswärtigen Dienst Armeniens an.

Smbatyan empfängt in der Botschaft Armeniens im Berliner Westend. Im Empfangszimmer der Botschaft ist ein Plakat mit der Aufschrift „Ich erinnere mich und verlange“ angebracht, das an den 100. Jahrestag des Genozids an den Armeniern erinnert. Die Anstrengungen Armeniens und der großen, weltweit zerstreuten armenischen Diaspora endlich die Anerkennung des Völkermordes zu erreichen, richten sich auch auf Deutschland.

Hintergrund: Vor zehn Jahren verabschiedete der Deutsche Bundestag zwar eine parteiübergreifende Resolution, in der die armenischen Opfern der damaligen Taten der jungtürkischen Regierung des Osmanischen Reiches „beklagt“ und eine „Erinnerung“ an sie gefordert wurden, doch die Bezeichnung des Geschehens als „Völkermord“ blieb aus. Auch zum 100. Jahrestag führten viele Bundestagsabgeordnete das Wort „Völkermord“ im Munde. Eine Resolution wurde aber nicht beschlossen und zur weiteren Verhandlung in den auswärtigen Ausschuss verwiesen. Die Bundesregierung spricht in ihren Veröffentlichungen von „Verbreitung und Ermordung“ der Armenier im Osmanischen Reich. Die CDU-Bundestagsabgeordnete Erika Steinbach gab im Rahmen der Vorstellung des Buches „Tod in der Wüste“ von Rolf Hosfeld in der Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung Ende März als Grund dafür die „Dominanz der Außenpolitiker bei diesem Thema“ an.

Herr Botschafter, Sie vertreten die Republik Armenien in Deutschland. Bevor wir über die Beziehungen zwischen Armenien und Deutschland sprechen, interessiert mich die armenische Diaspora in Deutschland. Wie viele Armenier oder Menschen mit armenischen Wurzeln leben in Deutschland und wie sind sie organisiert?

In Deutschland leben circa 50.000 bis 60.000 Armenier. Die Zentren sind Köln, wo sich auch der Hauptsitz der Diözese der Armenisch-Apostolischen Kirche befindet, Hamburg, München und Frankfurt am Main. In Berlin sind zwei armenische Gemeinden beheimatet. In vielen weiteren Städten gibt es armenische Kirchengemeinden und Kulturvereine. Als Dachorganisation fungiert der Zentralrat der Armenier in Deutschland. Die traditionsreiche Deutsch-Armenische Gesellschaft wurde 1914 von dem großen deutschen Humanisten Johannes Lepsius gegründet.

Wo liegen die Ursprünge armenischer Einwanderung nach Deutschland und wie verlief die Wanderungsgeschichte dieser Gruppe?

Schon vor dem Ersten Weltkrieg lebten Armenier in Deutschland. Das waren vor allem Studenten. 1860 sollen armenische Akademiker in Leipzig sogar einen Verein gegründet haben. Aber die erste formelle Armenische Gemeinde wurde 1923 in Berlin gegründet und besteht bis heute. Die Überlebenden des Völkermordes an den Armeniern von 1915 und den



Martin Jehle (links) mit Botschafter Ashot Smbatyan.

anschließenden Jahren sind nicht nach Deutschland gegangen, weil Deutschland zu dieser Zeit Verbündeter des Osmanischen Reichs war. Später, mit der großen Welle von Gastarbeitern aus der Türkei kamen auch einige Armenier. Nach der islamischen Revolution im Iran und der Abdankung des Schahs kamen Anfang der 1980er Jahre Armenier aus diesem Land nach Deutschland. Eine neue Welle von Einwanderern kam nach dem Beginn des Bürgerkrieges im Libanon. Weitere Emigranten kamen nach dem Zerfall der Sowjetunion, insbesondere aus Aserbaidschan, wo es Pogrome gegen die dortige armenische Bevölkerung gab.

Wie bewerten Sie die deutsch-armenischen Beziehungen im Allgemeinen?

Die deutsch-armenischen Beziehungen sind im Allgemeinen freundschaftlich und partnerschaftlich. Es bestehen zwischen unseren Ländern fast 60 bilaterale Abkommen. Die kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit funktioniert sehr gut. Das wird vom Land Sachsen-Anhalt koordiniert, weil in Deutschland die Bundesebene dafür nicht zuständig ist. Als ausbaufähig betrachten wir die wirtschaftlichen Beziehungen zu Deutschland. In diesem Bereich steckt noch Potential für eine Vertiefung in der Erweiterung der Zusammenarbeit. Die Beziehungen mit Deutschland sind für uns wichtig. Die politischen Beziehungen sind normal. Aus der Mitgliedschaft Armeniens in der Euro-

sischen Wirtschaftsunion (2014 initiiert von Russland) ergibt sich nicht, dass Armenien die Beziehungen zur Europäischen Union als zweitrangig betrachtet.

Wenn eigentlich nichts gegen die Anerkennung des Völkermordes spricht, vor allem die historische Wahrheit nicht, woran liegt dann die bisher ausbleibende Anerkennung des Völkermordes durch Deutschland?

In Deutschland ist der Völkermord an den Armeniern überhaupt kein Tabu, sondern ein Thema. Gerade in diesen Wochen, wo sich der Beginn des Völkermordes zum 100. Mal jährt, finden bundesweit viele Veranstaltungen statt - ob Lesungen bei politischen Stiftungen, Vorträge in Kirchengemeinden oder Gedenkveranstaltungen. Diese Veranstaltungen werden in der überwiegenden Anzahl nicht von Armeniern in Deutschland oder der Armenischen Gemeinde organisiert, sondern kommen aus der deutschen Zivilgesellschaft, von ganz normalen Leuten. Ende Februar gab es im Abgeordnetenhaus von Berlin die Auftaktveranstaltung der Gedenkinitiative „Genozid 1915 - Initiative Deutschland“, die wiederum von der Botschaft Armeniens und armenischen Organisationen in Deutschland ins Leben gerufen wurde. Vor 10 Jahren verabschiedete der Deutsche Bundestag eine Resolution, die zwar notwendig, aber nicht hinreichend war. Jetzt liegen alle Voraussetzungen dafür vor, die eigentlich auch bereits im Jahre 2005 vorlagen, dass man dieses Verbrechen als das benennt, was es war. Denn heute, im 21. Jahrhundert, muss allen klar sein, dass eine der Schlüsselfragen darin besteht, dass die Verhinderung und Vermeidung von Genoziden beziehungsweise von Verbrechen gegen die Menschlichkeit eine wichtige Aufgabe der internationalen Gemeinschaft

ist. Und das verlangt, dass Staaten dafür Verantwortung übernehmen müssen und diese nicht ihren politischen und wirtschaftlichen Interessen oder auch Bündnisbeziehungen unterordnen dürfen.

Als Diplomat beschäftigen Sie sich doch aber sicher auch mit den Gründen für das gegenwärtige Verhalten Deutschlands. Wenn andere Länder, die überhaupt keinen oder allenfalls einen geringeren Bezug zu den historischen Ereignissen haben als Deutschland, den Völkermord anerkennen (z.B. die Schweiz, Frankreich oder Belgien), dann muss es doch im Falle Deutschlands, wo der Völkermord nach der von Ihnen beschriebenen Archivalage ja schon seit hundert Jahren „Regierungswissen“ ist, bestimmte Gründe für die Nichtanerkennung geben?

Selbst wenn es so ist, steht für mich fest: Leugnen, im Falle der Türkei, oder Schweigen, wie es Deutschland tut, haben meines Erachtens keine Zukunft! Die historische Wahrheit verschafft sich früher oder später ohnehin ihre Bahn, selbst wenn es noch einmal hundert Jahre dauert. Jetzt nach 100 Jahren sollte Platz für ein würdiges Erinnern an die unschuldigen armenischen Opfer in einer europäischen Kultur des Erinnerns sein. Wer glaubt, dass Erinnern instrumentalisiert werden kann, dem muss man sagen, dass man, um eine traumatische Erinnerung zu überwinden, sich dieser stellen muss.

Einmal abgesehen von Genugtuung: Welches Ziel verbinden Sie mit einer Anerkennung des Völkermordes durch Deutschland?

Der Wahrheit zur Geltung verhelfen. Das Erinnern an diesen Völkermord muss Teil des europäischen Gedächtnisses werden, ein Teil der europäischen Erinnerungskultur. Dazu könnte eine Anerkennung durch Deutschland einen wichtigen Beitrag leisten.

Herr Botschafter, vielen Dank für das Gespräch

Das Gespräch führte Martin Jehle

Eigentlich begann es schon 1894

Alle reden davon: Die Türken haben 1,5 Millionen Armenier ermordet. Der Papst spricht es aus und wird deswegen wie automatisch von dem Re-Islamisierer Erdogan angegangen. Internationale Diaspora-Armenier wie Kim Kardashian oder die Band „System of a Down“ machen auf die Tragödie aufmerksam. Der türkischen Staatsdoktrin folgend leugnen und verharmlosen Musterbeispiele gescheiterter Integration wie der frühere Vorsitzende der „Türkischen Gemeinde in Deutschland“, Kenan Kolat (SPD), bis heute und mitten in Deutschland Ausmaß und Tatsache des Völkermordes. Der Ehemann der Berliner Senatorin Dilek Kolat, der in anderen Fällen „Rassismus“ bei Dritten zu entdecken glaubte, forderte gleichzeitig die Streichung des Völkermordes an den Armeniern aus deutschen Schulbüchern.

Entgegen einem populären Irrtum begann der Völkermord an den Armeniern jedoch keineswegs erst 1915. 2011 wurde in Potsdam das Lepsiushaus, eine Gedenk- und Forschungsstätte zu Ehren des deutschen Orientalisten Johannes Lepsius (1858-1926) eingeweiht. Er gründete 1896/97 das „Armenische Hilfswerk“, nachdem er von dem Massaker durch Sultan Abdülhamid II. 1894 bis 1896 gehört hatte, bei dem mindestens 80.000 Armenier ermordet wurden.

Er half durch Spendensammlungen, die Erziehung von Flüchtlingslagern und durch die



Die armenischstämmige Kim Kardashian am Völkermord-Mahnmal in Jerewan

Veröffentlichung zahlreicher Publikationen über das Schicksal der getöteten Christen im damaligen Osmanischen Reich.

Die türkische Regierung, die den Völkermord an den Armeniern bis heute leugnet, versuchte die Einweihung der Gedenkstätte zu behindern. (Weitere Informationen: www.lepsius-haus-potsdam.de)

1909, während eines erneuten anti-armenischen Massakers in Adana, hielten sich in der türkischen Provinz viele Deutsche auf, die dort die sogenannte „Bagdadbahn“ bauten. Die deutschen Eisenbahn-Ingenieure gerieten teils direkt in die Hetzjagden auf Armenier und schwebten selbst in Lebensgefahr. Der Ingenieur Emil Heubusch tat sich nach neuesten Forschungen in dem Gemetzel durch eine menschliche Großtat hervor. Er rettete armenische Verfolgte, indem er sie in sein Haus aufnahm, das er und ein paar Kollegen mit Waffen verteidigten.

Israelische Politiker besuchten kürzlich eine Mahnwache in der armenischen Hauptstadt Jerewan, um der Opfer zu gedenken. „Wir verstehen, vielleicht noch mehr als andere Völker, das Leiden der Armenier, und wir nehmen Anteil an dieser Tragödie“, erklärte der Avoda-Abgeordnete Nachman Schai, der neben Anat Berko vom Likud an der Veranstaltung teilnahm. Die Vorsitzende der Meretz-Partei, Sahava Gal-On, sagte: „Als Nation, die weiß, was die Leugnung des Holocaust bedeutet, ist es unsere höchste moralische Pflicht, nicht zu schweigen.“

Ein besseres Abkommen, härtere Sanktionen oder militärisches Eingreifen?

Zu den Weichenstellungen bei den Verhandlungen über die iranische Atomaufrüstung



Von Klaus Faber

US-Präsident Obama hatte zur Rede des israelischen Ministerpräsidenten vor dem US-Kongress zunächst erklärt, die Alternative zu dem von ihm, Obama, angestrebten atomaren Abrüstungsabkommen mit dem Iran sei Krieg.

Neuerdings (10. April) beschreibt der US-Verteidigungsminister Carter in Abstimmung mit seinem Präsidenten die bunkerbrechenden Waffen, die für eine nicht auszuschließende militärische Auseinandersetzung mit dem Iran u. a. zur Zerstörung der unterirdischen iranischen Atomanlage in Fordo bereit stünden. Ein derartiger Militäreingriff bleibe auch nach den neuen russischen Raketenlieferungen an Iran möglich, so Carter später. Eine US-Militärintervention ist also nach Auffassung des US-Verteidigungsministers nach wie vor eine politische Option, falls in entscheidenden Verhandlungsfragen zur Überwachung der Abrüstungsaufgaben nach Lausanne bis zum 30. Juni 2015 keine Einigung mit dem Iran erreicht werden kann.

Genau genommen passt die Offenhaltung der politischen Option für eine US-Militärintervention gegen die iranische Atomaufrüstung nicht zu dem gegen Netanjahu und die israelische Regierung gerichteten Argument Obamas, die Alternative zu einem Iran-Abkommen sei Krieg. Obamas Argument ging, um gegen Netanjahu zu wirken, ganz offensichtlich von der Annahme aus, eine Verhandlungslösung sei alternativlos und eine militärische Intervention ein auszuschließendes, als reale Option nicht in Frage kommendes Übel. Ist der militärische Eingriff aber ein durchaus in Betracht zu ziehendes Mittel, müsste eine Güterabwägung und dann die Wahl des kleineren Übels erfolgen. Das Argument der Kriegsverhinderung durch Verhandlungen, auf das Obama zu Unrecht gegen Israel gesetzt hat, hat er über die Erklärungen seines Verteidigungsministers selbst widerlegt.

Die Obama-Position, es gehe nur um die Wahl zwischen Verhandlungen im Rahmen der von ihm konzipierten Konzeption oder Krieg, trifft auch aus einem anderen Grund nicht zu, auf den Netanjahu in seiner Kongressrede hingewiesen hat und den inzwischen auch andere, z. B. frühere US-Außenminister, unter ihnen Kissinger, aufge-

griffen haben. Die nach wie vor bestehende Alternative zu einem schlechten Abkommen ist nicht der Krieg, sondern eine bessere Vereinbarung. Falls diese nicht erreichbar sein sollte, stehen als weitere Alternativen schärfere Sanktionen auf der Tagesordnung. Erst danach stellt sich die Frage nach einem militärischen Angriff.

Auch in diesem Stadium ist die Wahl nicht zwischen Krieg und Frieden zu treffen, sondern zwischen einer begrenzten militärischen Intervention gegen eine atomare Bewaffnung des Iran (so auch der US-Verteidigungsminister) und der Hinnahme einer derartigen atomaren

musorientierung aufgeben.

Man kann an eine derartige Reformwartung glauben wollen. Realistisch ist sie nicht. Nach der Verfassung der Islamischen Republik Iran sind zentrale Bestimmungen der Staatsordnung auch durch eine Verfassungsänderung nicht aufzuheben. Dazu gehören Regelungen zur religiös-theokratischen Staatsorientierung (Zwölfer-Schia als unabänderbare Staatsreligion, die davon ausgeht, dass sich der verborgene zwölfte Imam in Kriegs- und Umwälzungszeiten zu erkennen gibt), ebenso Bestimmungen zur entsprechenden Ausrichtung der grundsätzlichen Struktur der religiös-politischen Willensbildung, der Administration und der Streitkräfte (vgl. Artikel 12 und Art. 177 Abs. 5 der iranischen Verfassung).

Die Streitkräfte, einschließlich besonderer paramilitärischer Einheiten, haben in der Islamischen Republik

bollah), im Jemen sowie im mehrheitlich schiitischen Irak führt. Auch die kontinuierlich israelfeindliche und antisemitische Ausrichtung von Irans Außen- und Innenpolitik, wie sie vor kurzem (mit deutscher Beteiligung) in einem Karikaturenwettbewerb zum Holocaust sichtbar geworden ist, lässt keinerlei Anzeichen für eine dauerhafte Öffnung zu friedlichen Zukunftsperspektiven und zu einem entsprechenden Systemwechsel erkennen. Eine Abkehr von den geltenden Wirtschaftssanktionen, wie sie als Gegenleistung zu den noch umstrittenen Atomkontrollregelungen das Lausanner P5+1-Rahmenübereinkommen mit dem Iran vom 2. April 2015 („Joint Statement“) als Möglichkeit vorsieht, wird vom Mullah-Iran als strategischer Sieg gefeiert. Sie würde die Stabilität der Islamischen Republik festigen und für ihre politischen und militärischen Aktionen große, neue Hilfsmittel zur Verfügung stellen.



Die Inschrift auf dem 50.000-Rial-Schein neben dem Atomsymbol bedeutet:

„Mohammed sagte einst: Selbst dann, wenn die Wissenschaft in den Plajaden (ein Sternbild) wäre, würden Männer aus Persien sie erreichen.“

Aufrüstung. Diese Aufrüstung könnte außerdem eine regionale Verbreitung von Atomwaffen befördern, mit der möglichen späteren Folge eines atomaren Kriegs im Nahen und Mittleren Osten. Auf diese Konsequenz hat u. a. Kissinger mit seiner Schlussfolgerung hingewiesen, der von Obama beschrittene Weg führe entgegen Obamas Absicht nicht zum US-Rückzug aus dem Nahen und Mittleren Osten, sondern zur US-Verwicklung in neue, gefährliche Kriege.

Manche machen es sich dabei auf andere Weise argumentativ ganz einfach. Eine atomare Bewaffnung des Iran sei ohnedies nicht zu verhindern. Deshalb sei es sinnvoll, wenigstens in Verhandlungen einige, wenn auch zeitlich begrenzte Kontrollregelungen zu treffen und im Übrigen auf den Faktor Zeit mit der Hoffnung zu setzen, der Iran werde sich von innen heraus reformieren und dabei seine Terror- und Antisemitis-

keine „neutrale“ Funktion. Eine grundsätzliche, glaubwürdige Abkehr von Irans schiitisch-imperialistischer Aggressionspolitik ist unter der geltenden, in den hier relevanten Bereichen unabänderbaren Verfassung nicht möglich. Notwendig wäre dafür ein Verfassungsbruch. Ein derartiger Verfassungsbruch ist in der Islamischen Republik Iran selbstverständlich strafbar. Er würde unter nicht-revolutionären Umständen wohl zur Hinrichtung der Verfassungsbrecher führen. Nach Lage der Dinge könnte er nur mit der Unterstützung eines beachtlichen Teils der iranischen Streitkräfte erfolgreich durchgeführt werden.

Gegen eine Entwicklung in diese Richtung spricht auf absehbare Zeit die ausgreifende Interventions- und Aggressionspolitik, die der Iran zurzeit im Libanon und in Syrien (mit Unterstützung der vom Iran gesteuerten, offen antisemitischen Terrororganisation His-

Die Glaubwürdigkeit des Lausanner Rahmenübereinkommens, das bis Ende Juni 2015 von den P5+1-Mächten (5 UN-Vetomächte + Deutschland) und vom Iran ausgefüllt werden soll, leidet allerdings von Anfang an daran, dass der Iran und die P5+1-Staaten keinesfalls darüber einig sind, was sie am 2. April in Lausanne vereinbart haben. Eine gemeinsam getragene Basis gibt bislang nur das von der EU-Außenbeauftragten Mogherini und dem iranischen Außenminister Zarif in Lausanne verlesene „Joint Statement“. Dem von der US-Regierung veröffentlichten „Fact Sheet“ (Faktenpapier) zu diesem „Joint Statement“ stimmt die iranische Seite in entscheidenden Punkten nicht zu. Wie man bei dieser Lage in deutschen Medien zu dem Schluss gelangen kann, das Abkommen zwischen den USA und dem Iran sei die „einzige Chance für die Region“, bleibt unerfindlich.

Nach dem US-Faktenpapier soll Teheran zugestimmt haben, die Zahl der bestehenden Zentrifugen für die Urananreicherung (die nur für eine atomare Bewaffnung einen Sinn macht) von 19.000 auf 6.104 zu reduzieren. Nach dem Endabkommen, das bis zum 30. Juni abzuschließen ist, sollen, so die US-Regierung, 10 Jahre lang nur 5.060 Zentrifugen in Betrieb sein. Das US-Faktenpapier besagt, dass Iran nur stufenweise eine Aufhebung der US- und EU-Sanktionen erwarten darf und zwar nur dann, wenn Iran die Bedingungen des Endabkommens erfüllen wird. Die UN-Sicherheitsratsbeschlüsse zur atomaren Iran-Aufrüstung würden, so wiederum die USA, nur dann aufgehoben, wenn alle darin geregelten Bestimmungen eingehalten worden seien.

Die USA sagen in ihrem Faktenpapier zudem, Iran habe zugestimmt, nach dem Abschluss des Endabkommens für 15 Jahre die Urananreicherung auf 3,67 % zu begrenzen. Das entsprechende iranische Papier spricht demgegenüber nur von fünf Jahren und von einem Urananreicherungsgrad von unter 5 %. Außerdem sagt das iranische Faktenpapier, unmittelbar nach dem Endabkommen müssten alle US- und EU-Sanktionen sowie alle Iran negativ betreffenden UN-Sicherheitsratsbeschlüsse aufgehoben werden. In diesem

rismusexport und die iranische Agitation zur Holocaustleugnung und zum Antisemitismus nicht vor. Obama hat dazu sinngemäß erklärt, die damit aufgeworfenen Fragen seien in der Sache berechtigt, könnten in einer derartigen Vereinbarung aber nicht geregelt werden.

Von einer verantwortlich handelnden israelischen Regierung wird niemand erwarten dürfen, dass sie ihre Abwehrpolitik gegenüber den laufenden Vernichtungsdrohungen und der antisemitischen Propaganda aus Teheran allein auf unbestimmte Hoffnungen stützt, die mit einem friedlichen, von Vereinbarungen mit den P5+1-Staaten angeblich geförderten Systemwechsel im Iran verbunden werden. Das hat inzwischen auch die größte Oppositionspartei in Israel - die Zionistische Union - deutlich gemacht. Sie lehnt das Lausanne-Joint Statement ebenso wie die israelische Regierung ab. In dieser Frage gebe es keinen Unterschied zwischen Regierung und Opposition. Der Vorschlag der Zionistischen Union geht zurzeit dahin, von den USA die Anerkennung eines militärischen Interventionsrechts Israels gegen den Iran zu verlangen, wenn dieser gegen das atomare Abrüstungsgebot verstoßen sollte. Ein unrealistischer Vorschlag, der wohl auch auf einer Fehlbeurteilung der Obama-Vorstellungen zu den Nah-

des Iran zum Bau einer Atombombe ist zudem vielleicht doch in kürzerer Frist möglich, als von der US-Regierung angenommen. Unzureichende Kontrollmechanismen werden möglicherweise keine Hilfe für die rechtzeitige Aufdeckung des Ausbruchs sein. Schließlich ist die Gefahr eines atomaren Aufrüstungswettbewerbs aufgrund der unzureichenden Maßnahmen gegen eine atomare Bewaffnung des Iran bereits heute schon zu erkennen.

Wären die auch auf UN-Sicherheitsratsbeschlüsse gestützten Sanktionen erst einmal aufgehoben, sind, z. B. nach einem aufgedeckten Iran-Verstoß gegen die Atomabrüstungsauflagen oder nach den US-Präsidentenwahlen von 2016 als Folge des damit in jedem Fall zu erwartenden US-Kurswechsels in Nah- und Mittelost, derartige UN-Sicherheitsratsbeschlüsse wohl nicht mehr möglich. Ein russisches und vielleicht auch ein China-Veto würden neuen UN-Resolutionen entgegenstehen. Außerhalb der Vereinten Nationen etwa im westlichen Rahmen ist ebenso wenig, anders als dies Obama darstellt, eine schnelle und effiziente Sanktionswiederaufnahme zu erreichen. Das weiß auch die iranische Führung. Um eine möglichst weitgehende Sanktionsaufhebung vor 2016 zu sichern, könnte sie deshalb geneigt sein, sich in

Beschluss zur Kongressbeteiligung ursprünglich mit einem Präsidentenveto verhindern wollen. Es zeichnete sich aber eine überparteiliche Zwei-Drittel-Mehrheit von Demokraten und Republikanern im US-Kongress ab, die ein Präsidentenveto in dieser Frage hätte überwinden können. Außerdem wurden der Obama-Regierung von der überparteilichen Kongressinitiative Textverbesserungen angeboten, die die Regierung auch annahm, z. B. den Verzicht auf eine Forderung nach Einstellung des iranischen Terrorexports.

Dennoch ist unsicher, ob es eine Einigung zwischen US-Präsident und US-Kongress geben wird. Obamas Verhalten nach der Zustimmung zu einer Kongressbeteiligung und Äußerungen aus der Obama-Administration („... the vote will only be on sanctions, there's a limit on the timing, ...“) deuten eher darauf hin, dass sich Obama mit seinen ursprünglichen Positionen durchsetzen will und dabei hofft, genügend demokratische Kongressmitglieder zu finden, um eine Zwei-Drittel-Mehrheit gegen seine Vorschläge für ein Abkommen mit dem Iran zu verhindern.

Das sind keine guten Aussichten für eine in dieser Sache und auch mit Blick auf die Präsidentschaftswahlen von 2016 dringend notwendige Politik der Abstimmung zwischen Kongress und Präsident. Das komplizierte System der Machtbalance zwischen Exekutive und Legislative nach der US-Verfassung setzt Einigungs- und Kompromissfähigkeit voraus. Ein Abkommen dieser Dimension im Streit zwischen einer wohl großen Kongressmehrheit und dem US-Präsidenten mit Hilfe eines präsidentialen Vetos durchsetzen zu wollen, ist keine gute Idee. Sie schadet der Wirksamkeit des Abkommens selbst, seinen Zielsetzungen, dem Ansehen der US-Außenpolitik und am Ende mit großer Wahrscheinlichkeit, wie auch drei frühere US-Außenminister festgestellt haben, den legitimen Sicherheitsbedürfnissen Israels und der meisten Staaten im Nahen und Mittleren Osten.

Ben Gurion hatte nach dem Sinai-Krieg von 1956 heftige Auseinandersetzungen mit dem damaligen US-Präsidenten Eisenhower, zu denen Eisenhower später sagen sollte, dass er sich in dieser Frage mit schwerwiegenden Folgen geirrt habe. An nachfolgende israelische Regierungen gerichtet hielt Ben Gurion in einem seiner Bücher den Rat fest, dass diese auch in zentralen Sicherheitsfragen nicht immer mit Verständnis bei Freunden rechnen und sich auf diese deshalb nicht allzu sehr verlassen dürften. Sie sollten daher möglichst vermeiden, in für die eigene Sicherheit und Unabhängigkeit wichtigen Bereichen in eine zu große Abhängigkeit von derartigen Freunden zu geraten. Das ist ein guter politischer Rat, an den ab und zu erinnert werden sollte. Dies gilt vor allem dann, wenn man es mit Erscheinungen zu tun hat, für deren Qualifikation trotz aller sonst berechtigten Vorbehalte gegen bestimmte historische Vergleiche der Begriff des Appeasements nicht ganz ungeeignet erscheint.



Interessanterweise schafft das Mullah-Regime ausgerechnet diesen einen Geldschein im April 2015 ab.

Punkt hat der US-Präsident inzwischen bereits Verständnis und Aufgeschlossenheit für ein Entgegenkommen gezeigt.

Verkürzt (d. h. ohne Erwähnung einiger einschränkenden Bestimmungen in dem Joint Statement), aber im Ganzen nicht unzutreffend, erklärte der iranische Außenminister zum Joint Statement vom 2. April, Iran würde weiterhin anreichern, weiterhin Forschung und Entwicklung betreiben, den Schwerwasserreaktor in Arak (wie im Joint Statement zugelassen) modernisieren und die unterirdische Anlage in Fordo (wie im Joint Statement unter bestimmten Bedingungen zugelassen) weiterbetreiben. In Zusatzerklärungen hat die iranische Seite deutlich gemacht, dass sie keiner unangekündigten oder auf andere Weise effizienten Überwachung der Atomanlagen zustimmen werde. Nicht angeführt wird in dem Joint Statement vom 2. April das iranische Raketenprogramm. Dort kommen auch der iranische Terror-

und Mittelostverhältnissen beruht. Sie sind, wie seine ersten Äußerungen zum israelischen Wahlergebnis zeigen, wesentlich deutlicher von israelkritischen, nicht nur gegen Netanjahu gerichteten Positionen gekennzeichnet, als dies von manchen Medien in Israel angenommen wird.

Netanjahu erkennt als Gefahr, dass der Iran auf die ihm bis zum 30. Juni 2015 von den P5+1-Mächten angebotenen Ausfüllungsbedingungen zum Lausanner Rahmenübereinkommen eingehen und diese zunächst auch einhalten wird. Iran tut dies, so Netanjahus These, um bei Beibehaltung seiner Basiskapazitäten zur Atomwaffenentwicklung zu einer möglichst frühen, umfassenden Sanktionsaufhebung zu kommen. Im Übrigen bezieht sich das endgültige Abkommen, wie ausgeführt, nach der Obama-Position ja in jedem Fall weder auf den Terrorismus, noch auf die israelfeindliche Agitation oder die Raketenaufrüstung. Ein Ausbruch

den Atomkontrollauflagen flexibler zu zeigen. Sie wird sich nach dem Endabkommen in verschiedenen denkbaren Szenarien ohne größeren politischen Aufwand von diesen Auflagen wieder befreien können. Umgekehrt könnten wohl ebenso Obama wie Kerry um ihres politischen Vermächtnisses willen auf diesem Gebiet Entgegenkommen zeigen. Auch wegen ökonomischer Interessen ist von den europäischen Partnern im P5+1-Lager kein größerer Widerstand gegen diese eher auf eine US-Iran-Einigung gerichteten Tendenzen zu erwarten.

Diese Lage kann sich nach der Einigung vom 14. April im US-Senatsausschuss für auswärtige Angelegenheiten ändern. Danach duldet die Obama-Administration eine Kongressbeteiligung. Sie soll dem US-Kongress eine Frist von 30 Tagen einräumen, innerhalb derer er sich mit dem bis zum 30. Juni auszuarbeitenden Endabkommen befassen kann. Obama hatte einen derartigen

Klaus Faber ist Staatssekretär a. D., Rechtsanwalt und Publizist in Potsdam; Vorstandsmitglied im Koordinierungsrat deutscher Nicht-Regierungsorganisationen gegen Antisemitismus; Kuratoriumsmitglied des Moses Mendelssohn Zentrums für europäisch-jüdische Studien an der Universität Potsdam und des Zentrums für jüdische Studien Berlin-Brandenburg.

Zwischenstopp Istanbul

Erlebnisse in der neutralen Türkei während des Zweiten Weltkrieges

Von Karl Pfeifer

1993 lernte ich in Istanbul Dr. Robert Schild kennen, der als Sohn österreichischer Juden in der Türkei geboren wurde. Er machte mit mir damals ein Interview, in dem ich die abenteuerliche Geschichte erzählte, wie ich mit einer jüdischen Jugendgruppe im Januar 1943 auf dem Weg nach Haifa in Istanbul einen Zwischenhalt machte.

gen“ Juden beschimpften.

Meine Mitschüler taten so, als ginge sie das nichts an. Mich aber trafen diese Zuerufe, vor allem aber die Untätigkeit der Erwachsenen, die nichts dagegen taten und ruhig zuhörten, wie ein Schlag.

Ich erinnerte mich wieder an die Aufforderung meines Bruders: „Sei immer stolz Jude zu sein“. Auch wenn ich nicht unbedingt stolz darauf war, Jude zu sein, sah ich keinen Grund, mich deshalb – wie einige

listisch-zionistischen Jugendbewegung, die in Ungarn verboten war. Ab der dritten Gymnasialklasse 1941 mussten wir am paramilitärischen Dienst „Levente“ teilnehmen. Dieser Dienst wurde in Ungarn ursprünglich eingeführt, um die strengen Regeln des Friedensvertrages von Trianon vom 4. Juni 1920 zur Entmilitarisierung zu umgehen. Jeder männliche Jugendliche im Alter von 12 bis 21 Jahren war ab März 1938 verpflichtet, wenigstens vier Stunden

zu verkaufen und mit der Familie nach Rumänien zu ziehen. Er schaute mich an, und fragte überrascht, warum er denn das tun sollte. Ich erzählte ihm, dass Juden in Polen in Öfen verbrannt werden.

Obwohl sein Neffe Jancsi schon in einem Strafbataillon in der Ukraine geschunden wurde und das in der Familie bekannt war, meinte Onkel Arthur: „Hier ist nicht Deutschland, hier ist nicht Polen, hier gibt es eine tausendjährige christlich-ungarische Kultur, außerdem war ich Offizier im Krieg und wurde mit dem Karlskreuz ausgezeichnet“. Diese Haltung war damals typisch für die meisten ungarischen Juden – je mehr man sie diskriminierte, desto patriotischer wurden sie.

Ich sagte bescheiden, dass ich nur 14 Jahre alt sei und trotzdem Ungarn verlassen werde. Onkel Arthur wurde mit Ehefrau, mit Tochter und Enkelin sowie den beiden Söhnen im Frühjahr 1944 nach Auschwitz-Birkenau deportiert und niemand aus dieser Familie kam zurück.

Wir 50 Jugendliche und ein Reiseleiter fuhren am 5. Januar 1943 von Budapest ab.

Als wir durch Bulgarien fuhren, kamen Eisenbahner in unsere Abteile, umarmten uns und gaben uns etwas zu essen. Sie erbrachten mit dieser Geste einen Beweis für ihre vorurteilsfreie Haltung. Diese war auch dem deutschen Gesandten in Sofia nicht entgangen, er hatte in einem kritischen Bericht vermerkt, dass dem bulgarischen Volk „die ideologische Aufklärung fehlt, die bei uns vorhanden ist. Mit Armeniern, Griechen und Zigeunern groß geworden, findet der Bulgare an dem Juden keine Nachteile, die besondere Maßnahmen gegen ihn rechtfertigen“.

An der bulgarischen Grenzstation Svilengrad stiegen Gestapo-Beamte zu, die ich an ihrer Aussprache als Österreicher erkannte. Sie durchsuchten unser Gepäck und fragten unseren erwachsenen Betreuer in ruhigem Ton, weshalb wir nach Palästina fahren. Dieser erklärte, wir würden dort in landwirtschaftliche Schulen kommen, worauf die gemütlichen, in Ledermäntel gekleideten „Ostmärker“ antworteten, das könnten wir doch auch in Polen haben. Sie würden uns gerne – kostenlos, versteht sich – dorthin befördern.

Wir wussten jedoch längst, was dort



Die Feierlichkeiten in der Aschkenasischen Synagoge zu Istanbul.

Ich fühlte mich geehrt, als aufgrund seiner Initiative die jüdische Gemeinde von Istanbul mich ersuchte, eine Rede am Holocaust-Gedenktag am 15. April 2015 in der aschkenasischen Synagoge zu halten und Mag. Doris Danler, Leiterin des österreichischen Kulturforum mich und den Wiener Oberkantor Shmuel Barzilai dazu einlud.

In Anwesenheit der Würdenträger der staatlichen Religionsbehörde und der verschiedenen christlichen Religionsgemeinschaften der Türkei, des österreichischen Kulturforum mich und den Wiener Oberkantor Shmuel Barzilai dazu einlud.

„Sei immer stolz ein Jude zu sein“. Diese Aufforderung meines Bruders, der 1935 illegal ins Heilige Land kam, sollte mich ab meinem elften Lebensjahr zu Entscheidungen führen, die mein Leben retteten, in einer Zeit, die Juden scheinbar keinerlei Anlass zum Stolz bot.

Dem zehnjährigen Buben in Baden bei Wien, der ich war, stand im Sommer 1938 ein Abenteuer bevor. Für meine Eltern war es eine Katastrophe. Alles, was sie sich erarbeitet hatten, wurde ihnen geraubt, bevor wir nach Ungarn flüchteten.

Nach unserer Ankunft wurde ich in einem Internat in Debrecen untergebracht, wo ich binnen einem Jahr die ungarische Sprache erlernte.

Für Gymnasialschüler war damals das Tragen einer Kappe mit dem Wappen der Schule Pflicht. Ich war mächtig stolz, als ich am ersten Schultag im September 1939 allein zum jüdischen Gymnasium in Budapest gehen durfte.

Kaum war ich in die Nähe des Gymnasiums gelangt, als mich Schüler einer Nachbarschule als „stinkenden“ und „schmutzi-

meiner Klassenkameraden – zu schämen. So reifte auf dem kurzen Weg zur Schule mein Entschluss, auch kein Ungar sein zu wollen.

Heute weiß ich, dass die Gesellschaft auch die Zugehörigkeit bestimmen kann, damals erahnte ich dies intuitiv und rebellierte gegen den lächerlichen Patriotismus derer, die man ab 1938 im einst liberalen Ungarn ausgrenzte und per Gesetz diskriminierte.

Ein paar Monate später wurde ich Mitglied des Haschomer Hazair, einer sozia-

pro Woche an einer paramilitärischen Ausbildung teilzunehmen. Getaufte Juden hatten eine weiße Armbinde zu tragen. Die jüdischen Kinder trugen gelbe Armstreifen.

Im Sommer 1942 wurde ich gefragt, ob ich bereit wäre nach Palästina auszuwandern. Ich war bereit, und mein Vater wurde auch überzeugt, dies zu genehmigen.

Im November 1942 verabschiedete ich mich von meinem Onkel Arthur in Balatonboglár. Eines Morgens, ich frühstückte allein mit Onkel Arthur, fragte ich ihn, ob er denn nicht daran denke, sein Geschäft



v.l.n.r.: Ishak Ibrahimzadeh, Präsident der Türkisch-Jüdischen Kultusgemeinde; Israels Generalkonsul Schai Cohen; Karl Pfeifer.



Die österreichischen Juden, die in Konstantinopel lebten, ehrten ihren Kaiser.

geschah und bestanden darauf, diese Ausbildung doch lieber im Heiligen Land zu machen.

Nach der Kontrolle ließ man uns aber vorerst für ein paar Stunden nicht weiterfahren. Auf Grund der Intervention eines bulgarischen Ministers hoben sich dann doch die Grenzbalken für uns. Nach diesen sehr bängigen Stunden durften wir in Richtung Istanbul weiterfahren. Die ärgste Gefahr war überstanden, wir hatten den Nazi-Einflussbereich verlassen und waren sehr erleichtert.

In Istanbul wurden wir am Bahnhof Sirkeci von Vertretern der Jewish Agency erwartet. Ohne ihre Hilfe hätte man uns nicht aus Europa herausgebracht.

Die „neuen Historiker“ beschuldigen die zionistische Bewegung nicht alles getan zu haben, was möglich war, um Juden zu retten. Es handelt sich um eine tendenziöse, von der heutigen Politik beeinflusste Historiographie, die selektiv nur das hervorhebt, was ihre Thesen stützt. Es lebten damals im Land weniger als 500.000 Juden als Minderheit unter fremder Herrschaft.

Wie hätte eine halbe Million zehn Millionen (drei davon unter sowjetischer Herrschaft) retten können, ohne Schiffe, ohne Unterstützung der Alliierten, und vor allem angesichts der ideologischen Besessenheit der Nazi?

Die meisten Juden im Land waren jung und stammten aus Europa, sie hatten ihre Eltern, ihre Familie, ihre Freunde und ihre Gemeinden verlassen und waren in schrecklicher Sorge um sie. Von Gleichgültigkeit kann hier keine Rede sein.

Welche konkrete Möglichkeiten gab es, – nachdem die Briten im Mai 1939 die Einreise ins Land radikal einschränkten und nach dem italienischen Kriegseintritt an der Seite Deutschlands, der die zivile Schifffahrt im Mittelmeer unmöglich machte und die Nazi die Auswanderung stoppten – Juden ins Land zu bringen? Zurückblickend ist es schwer zu verstehen, wieso der Jischuv den demokratischen Alliierten naives Ver-

trauen entgegenbrachte. Doch konnten die zionistischen Führer vorher nicht wissen, dass das Verhalten der Alliierten zu den Juden während des Krieges dem Verhalten der Einwohner des kafkaesken Schlosses gegenüber dem Fremden ähneln wird, der am Tor klopft.

Die zionistische Führung sandte – entgegen der alliierten Bestimmungen – Geld an jüdische Organisationen im von Deutschen besetzten Europa. Schon daran sieht man, mit welchen Problemen man konfrontiert war. Für die Alliierten hatte die Kriegsführung oberste Priorität, sie wollten auch



Auf dieser türkischen Karikatur sitzt ein Jude auf dem Rücken des türkischen Bürgers. Der Jude trägt einen Sack mit der Aufschrift "Spekulationsgewinn".

jeden Anschein vermeiden, diesen Krieg zu führen, um Juden zu retten.

In meiner Rede habe ich nicht die tragischen Ereignisse erwähnt, die sich damals

in der Türkei ereigneten. Gerade als wir in Istanbul waren, wurde eine besondere Vermögenssteuer beschlossen. Obwohl dieses Gesetz für alle gelten sollte, benützte die türkische Regierung diese Steuer dazu, um Juden, Armenier, Griechen und Döme, deren Vorfahren Juden waren, die vor hunderten Jahren zum Islam übergetreten waren, zu diskriminieren. Das Gesetz wurde ohne Durchführungsbestimmungen erlassen und öffnete so der Willkür Tür und Tor. „Echte Türken“ mussten lediglich eine symbolische Summe bezahlen, doch im Fall der Juden und anderer Minderheiten war die Steuer so hoch wie das jeweilige Vermögen, so dass die meisten nicht zahlen konnten und ihr Eigentum versteigert wurde. Mit Ausnahme der Matratzen wurde den Unglücklichen alles genommen. Wenn der Raubzug nicht genug einbrachte, wurden sie verhaftet und zur Zwangsarbeit in die Dörfer Anatoliens verbracht.

Die Juden hatten keine Beschützer und sie wagten es auch nicht, ihre Stimme gegen dieses Unrecht zu erheben. Die Erinnerung an den Weihnachtstag 1941 war noch lebendig. An jenem Tag wurde das Schiff „Struma“, das an seinem Mast ein Schild „Rettet uns“ angebracht hatte, ins Meer gejagt, wo es mit seinen jüdischen Passagieren, 429 Männern, 269 Frauen und 70 Kindern unterging. Das britische Kolonialministerium unter Lord Moyne hatte zuvor abgelehnt, dieses Flüchtlingschiff in Haifa landen zu lassen. All dies sollte ich erst erfahren, als ich das im Jahr 1954 in Israel erschienene Buch von Menachem Bader „Traurige Missionen“ las. Menachem Bader hatte mit uns in Istanbul – wo er den Kibbutz Arzi vertrat – gesprochen und mit Interesse unsere Berichte über die Tätigkeit der verbotenen Jugendbewegung in Ungarn angehört.

In seinem Buch schildert er unsere Gespräche mit bewegenden Zeilen und beschrieb die Bemühungen um die Rettung von Juden, die eine Gruppe zionistischer Emissäre in Istanbul unternommen hatten, die aber leider meistens vergeblich waren. Nach vier Tagen Ruhe in Istanbul bestiegen wir den Zug auf der asiatischen Seite des Bosphorus in der Station Haider Pascha und fuhren Richtung Beirut. Anatolien war eine ganz andere Welt. Für uns war alles neu und exotisch. An den Stationen sahen wir Bäuerinnen, die mit ihren gackernden Hühnern im Käfig einstiegen. Es wurden Orangen und Bananen angeboten, doch wir hatten dafür kein Geld. In Ankara kamen wir um 1 Uhr in der Nacht an, durften aber nicht aussteigen. Die weitere Reise durch Anatolien war problemlos, auch das Überqueren der syrischen Grenze. Hier hatten wir das Gebiet der Alliierten erreicht, französische und britische Soldaten kamen in den Zug, der nach Aleppo ging. Dort stieg ein Mitarbeiter des Mossad Alia Bet zu, jener Organisation, die sich bemühte, illegal Juden ins Land zu bringen, und er begleitete uns. Am 18. Januar kamen wir in Beirut an. Endlich durften wir den Zug verlassen und in einem Hotel am Meeresufer übernachten. Am 19. Januar 1943 in der Früh verließen wir Beirut mit einem Bus, der uns bis zur Grenzstation Rosch Hanikra (Ras el Nakura) brachte, dort stiegen wir um in Egged-Busse mit hebräischen Aufschriften. Wir fühlten uns wie im siebten Himmel, auch wenn wir die Sprache nicht verstanden, wussten wir, dass man auf uns wartete und uns mit offenen Armen aufnahm. Im nahen Naharia – eine Stadt mit vielen deutschsprachigen Einwohnern – wartete zu unserer Überraschung eine große Menschenmenge, um uns willkommen zu heißen. Schließlich ging in Haifa nach zwei Wochen die lange Reise zu Ende.



Öffentliche Versteigerung der Wohnungseinrichtung von Juden, die die türkische Sondersteuer nicht zahlen konnten.

Meine Rede beendete ich mit dem Hinweis auf meine Besuche als Zeitzeuge an österreichischen Schulen. Dort stellen mir ältere Schüler oft die Frage, inwieweit sich der Antisemitismus geändert hat.

Tatsächlich lässt sich der heutige Antisemitismus nicht auf den traditionellen Judenhass und auf eine Art Rassismus reduzieren. Leider ist er ein wachsender Faktor der internationalen Politik. Dieser neue Antisemitismus geht einher mit einer neuen antiwestlichen Strömung, mit Ablehnung der Werte, die infolge der Renaissance und der Reformation entstanden, die während der Periode der Aufklärung ihre volle philosophische und politische Bedeutung erhielten und seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts die Grundlage der demokratischen Menschenrechtbestrebungen sind.

Ich bin sicher, dass am Ende, die Demokratie und die universellen Menschenrechte triumphieren werden, über den Antisemitismus, die Frauenfeindlichkeit und der Unterdrückung der Meinungsfreiheit. Doch der Judenhass der Vergangenheit ist nicht nur mutiert, sondern exportiert zurück nach Europa und anderswohin seine giftigen Früchte. Wir erleben die Gefahren einer bösartigen und destruktiven Ideologie, die langsam und sicher eindringt in den Mainstream.

Die europäischen Juden tun gut, wenn sie die Warnungen ernst nehmen.

Der Film „Zwischen allen Stühlen“ über das Leben von Karl Pfeifer kann auf der Video-Plattform „Vimeo“ angesehen werden: <https://vimeo.com/124834106>

Katar – die freigiebige Diktatur

Geld für Islamismus, Volkswagen, Hamas, Münchener Moschee, Weltmeisterschaft ...

Von Jerome Lombard

Katar in Kürze: In dem rund 11.600 Quadratkilometer großen Königreich (zum Vergleich: Schleswig-Holstein hat 15.700 Quadratkilometer) von Emir Scheich Tamim bin Hamad Al Thani am Persischen Golf leben rund 2 Millionen Menschen. Nur rund 300.000 (also nur etwas mehr als jeder Siebte) von ihnen sind tatsächlich katarische Staatsbürger und damit sunnitische Muslime konservativ-wahhabitischer Ausrichtung. Die überwiegende Mehrzahl der Einwohner sind Gastarbeiter aus Indien, Pakistan, den Philippinen und anderen arabischen und asiatischen Ländern. Neben einer beträchtlichen schiitischen und hinduistischen Minderheit leben auch ungefähr 70.000 Christen in dem Wüstenstaat. Die christlichen Kirchen besitzen einen gesicherten Rechtsstatus. Emir Hamad aus der Herrscherdynastie der Al Thanis regiert die an Saudi-Arabien grenzende und in unmittelbarer Nachbarschaft zu Bahrain und Iran gelegene absolute Monarchie mit harter Hand.

Ein Parlament gibt es nicht. Menschenrechte werden konsequent missachtet. Gastarbeiter leben häufig wie Sklaven. Homosexualität ist verboten. Alles Recht basiert auf der islamischen Scharia-Gesetzgebung. Katar hat weniger Staatsbürger als die Ruhrpott-Metropole Bochum Einwohner hat. Aber das kleine Königreich verfügt über die Ressourcen, die weltweit Macht und Einfluss sichern: Öl, Erdgas und damit verbunden, Geld.

Im Jahr 2013 förderte Katar rund 1.955.000 Barrel Öl pro Tag. Tendenz stark ansteigend. Dank der sprudelnden Öleinnahmen ist Katar zu Hause zu enormem Reichtum gelangt und zählt zu den reichsten Ländern der Welt. International avancierte der Golfstaat zu einem finanzstarken Investor und generösen „big spender“. Die größten Finanzcoups in den letzten Jahren waren der Kauf des Pariser Fußballclubs „Paris Saint Germain“ und die Übernahme von 17 Prozent der Aktienanteile vom Automobilhersteller Volkswagen. Böse Zungen sagen, dass sich Katar die Fußballweltmeisterschaft 2022 im eigenen Land mit Schmiergeldern bei der FIFA „erkauft“ hat. Mit dem so finanzierten Einfluss, kamen auch die politischen Aspirationen, die die Golfmonarchie spätestens seit dem Ausbruch des sogenannten „Arabischen Frühlings“ im Jahr 2011 offensiv umzusetzen sucht. Als Mitglied des einflussreichen Golfkooperationsrats (GCC), durch das diplomatische Gewicht des Landes in der Region und insbesondere durch die geographische Nähe zum Iran, kommt Katar eine geopolitische Schlüsselrolle im Nahen Osten zu.

Katars Sicherheitsstrategie: Islamismus-Finanzierung

Die nationale Sicherheitsstrategie Katars lässt sich so prägnant wie simpel auf den Punkt bringen: Weltweit sollen dem Regime genehme Organisationen finanziell

und politisch unterstützt werden und so die eigene Position sowohl regional als auch international gestärkt werden. Das Profil dieser „Alliierten“ ist dabei immer dasselbe, ob in Gaza, Afghanistan, Irak oder Ägypten: islamistisch, fundamentalistisch, sunnitisch. So haben sowohl die afghanischen Taliban eine Dependence in der katarischen Hauptstadt Doha eröffnet als auch die palästinensische Terrororganisation Hamas. Als die Hamas Anfang 2012 ihr „Politbüro“ Hals über Kopf in Damaskus schließen musste, da die Islamisten Diktator Assad die Unterstützung entzogen hatten, gewährte die

Regierung in Syrien unterstützt. Um es vorsichtig auszudrücken: Dieser Umstand droht die ohnehin schon unsichere Situation in einer besonders gefährlichen Weise zu verschärfen“, so Cohen, der damit auch an die US-Regierung appellierte, die „aktive Partnerschaft“ mit Katar neu zu bewerten und einen größeren Schwerpunkt auf gemeinsame Anti-Terror-Maßnahmen zu legen.

Tatsächlich konnte der katarischen Regierung bis heute nicht nachgewiesen werden, dass Staatsgelder an den IS oder andere Gruppen geflossen sind. Allerdings sollen in Katar ansässige Privatpersonen

onsrat isoliert hat. Die anderen fünf Mitglieder, Oman, Bahrain, Kuwait, Vereinigte Arabische Emirate (VAE) und allen voran Saudi-Arabien, sehen in der Muslimbruderschaft eine direkte Gefahr für ihre nationale Stabilität. In den Diktaturen Saudi-Arabien und den VAE ist die Gruppe als Terrororganisation verboten. Im März 2014 zogen Bahrain, die VAE und Saudi-Arabien gar ihre Botschafter aus Doha ab. Der Konflikt drohte den Kooperationsrat, der eigentlich eine engere wirtschaftliche und politische Integration der Golfmonarchien bewirken soll, dauerhaft zu spalten.

Erst durch Katars Bereitschaft, sich sowohl an den Luftschlägen gegen den IS als auch an der saudisch angeführten Militäroperation „Entscheidender Sturm“ gegen die vom Iran unterstützten schiitischen Huthi-Rebellen im Jemen zu beteiligen, konnte wieder Vertrauen aufgebaut werden. Auch die USA beobachten den Konflikt innerhalb des GCC ganz genau. Die Unterstützungsbereitschaft Katars für Islamisten und Terroristen belastet die strategisch wichtige Partnerschaft. In der Nähe von Doha befindet sich der Al Udeid-Fliegerhorst, der neben den katarischen Luftstreitkräften auch das US-Zentralkommando der Luftwaffe beheimatet. Von hier aus starten die Jets für ihre Einsätze gegen Stellungen des IS. Zudem ist Katar ein Großabnehmer von Waffensystemen aus Amerika.



Immer voll „demokratischer Wachsamkeit“: Angela Merkel mit dem Emir von Katar, der 2013 das Zepter an seinen Sohn übergab.

katarische Führung den Palästinensern Asyl. Heute steuert Politbürochef Chaled Mashal die Geschicke der bereits seit 1997 auf der US-Terrorliste stehende Hamas aus Doha und ist ein gerngesehener Gesprächspartner des Emirs. Übrigens genauso wie Mashals Gesinnungsbrüder der verbotenen algerischen „Islamischen Heilsfront“ (FIS), deren Spitzenpersonal seit Jahren in Katar im Exil lebt. Nachdem der Iran die finanzielle Unterstützung für die Hamas angesichts des Frontenaustauschs innerhalb des syrischen Bürgerkriegs eingestellt hat, ist nun Katar zum wichtigsten Sponsor der palästinensischen Islamisten geworden. Allerdings zeigte sich der katarische Emir bislang bei weitem nicht so spendabel, wie die Mullahs es einst waren. Von Katar bekommt die Hamas viel weniger Geld und dieses dann auch niemals in bar, sondern ausschließlich in Sachleistungen übertragen. „Katar finanziert die Hamas, eine Gruppe, die die regionale Stabilität gefährdet, ganz offen und seit vielen Jahren“, erklärte David Cohen, Staatssekretär für Terrorismus und finanzielle Aufklärung beim US-Finanzministerium, im März vergangenen Jahres in einer Rede. Cohen ging dabei auch auf die diversen Berichte ein, nach denen Katar neben der offenen Unterstützung islamistischer Gruppen auch inoffiziell und verdeckt Organisationen wie die Terrormiliz Islamischer Staat (IS) und die El-Kaida-nahe Al-Nusra-Front in Syrien und dem Irak finanziert. „Presseberichte belegen, dass das katarische Regime auch extremistische Gruppe-

eifrig „gespendet“ und so wichtige Starthilfe für die Terrormiliz geleistet haben, bis diese sich selber finanzieren konnte.

Aber auch auf anderem Wege versucht die Golfmonarchie, einerseits politischen Einfluss zu gewinnen und andererseits ein fundamentalistisch-wahhabitisches Islamverständnis zu propagieren: Seit Jahren investiert Katar in den Bau neuer Moscheen und Islamzentren auf der ganzen Welt. Vorzugsweise aber in Europa. In der irischen Stadt Cork finanziert Emir Al Thani mit 800.000 Euro den Bau Europas größter Moschee mit. Auf Sizilien beteiligt sich das Land aktuell an einem Moschee-Neubauprojekt, das insgesamt über 1 Million Euro kosten soll. Und auch in München will sich Katar gemeinsam mit den Monarchen Saudi-Arabiens und Kuwaits am Bau eines Islamzentrums in der Innenstadt beteiligen. Bisherige Pläne veranschlagen gut 35 Millionen Euro für den Neubau.

Partner für den Westen?

Die meisten der Moscheen oder Islamzentren, in die Katar investiert, werden von Verbänden getragen, die der Muslimbruderschaft nahestehen. Die Muslimbrüder, deren militärischer Ableger die Hamas historisch ist, stehen ebenfalls auf der Gehaltsliste Katars. In Ägypten stütze Katar das Regime des islamistischen Präsidenten Mohammed Mursi bis zu dessen Sturz durch das Militär. Es war vor allem diese strategische Unterstützung der ägyptischen Islamisten, die Katar im Golfkooperati-

Im Juli vergangenen Jahres gab das Pentagon einen Handel in Höhe von rund 11 Milliarden Dollar bekannt.

Bei einem Treffen mit Emir Al Thani in diesem Februar dankte Präsident Obama dem Monarchen sodann auch explizit für seine Unterstützung im Kampf gegen den IS: „Katar ist ein starker Partner in unserer Koalition zur Bekämpfung des sogenannten Islamischen Staats und ich spreche Ihrer Hoheit meine Anerkennung für die Arbeit aus, die sie hinsichtlich der Koordination mit anderen Mitgliedern der Koalition geleistet haben.“ Während des Gesprächs mahnte der Präsident neben der Einhaltung von Menschenrechten aber auch an, dass Katar ein Klima im Land bekämpfen müsse, dass die Unterstützung für islamischen Extremismus gleich welcher Couleur erst möglich macht. Der Emir gelobte Besserung. Al Thani sagte Obama überdies zu, dass einige führende ägyptische Muslimbrüder, denen Katar Asyl gewährt hatte, bald des Landes verwiesen würden. Derartige Maßnahmen sind sicher ein Schritt in die richtige Richtung. Katar kann einen wichtigen Beitrag zur Stabilität im Nahen Osten leisten. Denn so bitter und unbegreiflich für manche Europäer die Erkenntnis sein mag: Stürzt man die Diktatoren des Nahen Ostens, kommt danach oft noch Schlimmeres an die Macht. Die katarische Führung bleibt eine janusköpfige Gruppe – sie bekämpft Islamisten, und fällt sicher gleichzeitig selbst in diese Kategorie.

Eine aktuelle Geschichte aus dem Mittelalter

Portugal ist jetzt das zweite Land neben Israel, das speziell Juden ein „Rückkehrrecht“ einräumt

Von Kevin Zdiara

Mit der Veröffentlichung des Gesetzes 30A/2015 am 27. Februar 2015 im Amtsblatt ist in Portugal ein Prozess zum Abschluss gekommen, der es zukünftig den Nachfahren der während der Inquisition vertriebenen sephardischen Juden erlaubt, die portugiesische Staatsbürgerschaft zu erhalten. Damit ist Portugal zusammen mit Israel das einzige Land weltweit, das Juden ein sogenanntes Rückkehrrecht und damit einen privilegierten Zugang zur Staatsbürgerschaft einräumt.

Die jüdische Gemeinde in Portugal ist mit etwas mehr als 3.000 Mitgliedern eine der kleinsten Europas. Allerdings waren es bei der Volkszählung im Jahr 2001 gerade einmal 1.773 Portugiesen, die sich zur jüdischen Religion bekannten – somit hat sich die Gemeinde innerhalb eines Jahrzehnts fast verdoppelt. Im heutigen Europa ein eher ungewöhnlicher Trend, was nicht zuletzt damit zu tun haben könnte, dass Antisemitismus in Portugal nahezu nicht existent ist. Allerdings sind diese Zahlen nichts im Vergleich zu den geschätzten rund 200.000 Juden, die vor der Einführung der Inquisition im Jahr 1536 in Portugal gelebt haben sollen.

Doch schon seit geraumer Zeit hat man in Portugal das jüdische Erbe und die jüdische Geschichte neu entdeckt. Die alten jüdischen Viertel werden renoviert und haben sich zu einem Netzwerk zusammengeschlossen. Das soll vor allem auch jüdische Touristen ins Land bringen. Aber jüdische Lernorte wie das Jüdische Interpretationszentrum in nordportugiesischen Trancoso zeigen, dass es nicht nur um die Vergangenheit geht, sondern die jüdischen Gemeinden auch nach vorne blicken wollen und dabei vom portugiesischen Staat unterstützt werden.

Mit der Änderung des Gesetzes über die portugiesische Staatsbürgerschaft soll jetzt die Vertreibung und Verfolgung der sephardischen Juden ein Stück weit wiedergutmacht werden. Alles begann vor rund fünf Jahren mit einem Facebook-Eintrag des konservativen Parlamentsabgeordneten José Ribeiro e Castro, der damals jüdische Freunde aufforderte, die Staatsbürgerschaft zu beantragen, um zu sehen, was passieren würde. Diese Initiative wurde von der damaligen sozialistischen Regierung aufgegriffen und nach dem Regierungswechsel 2011 von der konservativen Regierungskoalition fortgeführt. Nachdem der Gesetzentwurf die verschiedenen legislativen Instanzen erfolgreich durchlaufen hat, wurde er schließlich Ende Februar 2015 vom Präsidenten verkündet.

Das Gesetz erlaubt es jetzt allen Personen, die eine Zugehörigkeit zur sephardischen Gemeinde portugiesischen Ursprungs nachweisen können, die portugiesische Staatsbürgerschaft zu beantragen. Diese Zugehörigkeit muss durch Nachnamen, Muttersprache oder direkte familiäre Verbindungen nachgewiesen werden. Außerdem müssen sich Interessenten von einer der beiden großen jüdischen Gemeinden Portugals in Lissabon oder Porto ein Zertifikat ausstellen lassen, das diese Zugehörigkeit zu einer sephardischen Gemeinde bestätigt. Der portugiesische Staat pocht hierbei nicht auf einer



Die erste in Portugal seit dem 15. Jahrhundert eingeweihte Synagoge in Belmonte.

halachischen Definition, allerdings betont beispielsweise die jüdische Gemeinde in Porto, dass die Anwärter jüdisch im Sinne der Halacha sein

gegenüber den sephardischen Juden wieder rückgängig machen möchte. Doch wie bei der Renovierung und touristischen Vermarktung der früheren

müssen oder mindestens ein Großelternanteil haben müssen, das dieser Definition entspricht.

Trotz dieser Interpretationsspielräume, die den jüdischen Gemeinden in Portugal eingeräumt werden, ist das Gesetz sehr großzügig angelegt, wie auch Léon Amiras, Präsident der Organisation der Einwanderer aus Lateinamerika, Spanien und Portugal in Israel (OLEI), bestätigt. Er vergleicht das portugiesische Gesetz, mit dem, das seit geraumer Zeit in Spanien diskutiert wird: „Der Unterschied zwischen Portugal und Spanien ist ungefähr so, wie zwischen einer Freundin, die dich liebt, und einer die sich noch nicht entschieden hat, was sie für dich fühlt“, so Amiras gegenüber der Presseagentur EFE.

Allerdings ist die portugiesische Initiative nicht ganz uneigennützig. Offiziell hält man an der Aussage fest, dass man mit dem Gesetz einen Teil der historischen Schuld

jüdischen Viertel, gibt es auch bei der Gesetzesinitiative einen ökonomischen Aspekt. „Die sephardische Diaspora verfügt über ein großes Potenzial, von dem die spanische und portugiesische Volkswirtschaften profitieren können, gesetzt den Fall, diese Diaspora kann dazu gebracht werden, die Länder zu besuchen, sich dort niederzulassen und dort zu investieren“, meint beispielsweise Michael Freund, Vorsitzender von Shavei Israel, einer Organisation, die sich um Anusim kümmert.

In Portugal gibt es jedenfalls erste Interessenten, wie die jüdische Gemeinde im nordportugiesischen Porto berichtet. Michael Rothwell von der Gemeinde sagte gegenüber der Tageszeitung Jornal de Notícias, dass seine Gemeinde in den ersten beiden Monaten dieses Jahres bereits rund 5.000 Anfragen zum Gesetz erhalten habe und 21 Zertifikate ausgestellt wurden für Menschen aus Australien, USA, Israel, Frankreich, Südafrika, Türkei und sogar aus China.

Einer der ersten, der eines der begehrten Zertifikate erhalten hat, ist der aus Panama stammende Alfonso Paredes. Seine Familie und er haben von der Gemeinde in Porto die nötigen Papiere erhalten und werden damit voraussichtlich die ersten Nachfahren von sephardischen Juden sein, die nach fast 500 Jahren wieder die portugiesische Staatsbürgerschaft erhalten.

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

in der digitalen Welt, in der wir leben, darf unsere Redaktion sich nicht auf die gedruckte Zeitung beschränken. Denn die Verbreitungsmöglichkeiten der Zeitung auf Papier sind beschränkt. Sie bekommt man nicht unbedingt in jedem Pressekiiosk – besonders in kleineren Orten ist das problematisch. Sie wird nicht überall ins Ausland ausgeliefert, und wenn, dann mit einigen Tagen Verspätung. Eine Abo-Lieferung ins Ausland kostet zusätzlich.

Aber auch wenn alle diese Schwierigkeiten auf Sie nicht zutreffen und Sie vor der Haustür einen Pressekiiosk haben, wo die Zeitung regelmäßig angeboten wird, möchten Sie möglicherweise nicht immer vor die Tür gehen und in der Zeitung blättern (falls das vom Kioskbesitzer geduldet wird), bevor Sie sie kaufen.

Für alle, die es bequem, schnell und ohne geografische Einschränkungen mögen, bieten wir nun eine neue Vereinfachung:

Kaufen Sie jede einzelne Ausgabe der „Jüdischen Rundschau“ oder abonnieren Sie die Zeitung als e-Paper.

Das bringt Ihnen nur Vorteile:

- Sie können die Zeitung lesen noch bevor sie an die Kioske und zu den Abonnenten der Druck-Ausgabe kommt.
- Sie können die Zeitung bzw. einzelne Artikel bequem elektronisch archivieren, ohne viel Papier zu Hause zu stapeln.
- Sie können sich vor der Kaufentscheidung einen Eindruck über den Inhalt der aktuellen Ausgabe verschaffen, ohne einen kritischen Blick des Kioskbesitzers ertragen zu müssen.
- Sie können die Zeitung an jedem Ort der Welt lesen, wo Sie Internet haben – ohne zeitliche Verzögerungen und ohne Aufpreis.
- Sie sparen Geld – die Einzelausgabe kostet als e-Paper 3 Euro statt 3,70 Euro am Kiosk, das Jahresabo 33 Euro statt 39 Euro für die Druckausgabe.
- Und nicht zuletzt tragen Sie sogar zum Schutz der Umwelt bei.

Um all diese Vorteile zu nutzen, brauchen Sie nur unsere Website www.juedische-rundschau.de zu besuchen. Ein Button für den Kauf der Zeitung als e-Paper finden Sie sowohl auf der Hauptseite (oben rechts und ganz unten im Menü „Service“) als auch hinter jedem einzelnen Artikelausschnitt in der Online-Version der Zeitung.

Der Terror und die Spaßgesellschaft

Arabisch-, „palästinensisch“ fing es an, global-islamisch geht es weiter (zweiter Teil der Serie)

Von Michael Guttman

Die ersten Guerillas waren die Fedajin (arabisch: Opferbereite), die von Jordanien, Ägypten und Syrien nach dem verlorenen Krieg 1948 als Saboteure gegen Israel über die Grenzen geschmuggelt wurden. Die PLO gab es noch nicht.

Ab den 1960er Jahren führten die Linksradikalen von RAF, IRA, ETA u.a. und ab 1970 die Rechtsradikalen der Wehrsportgruppe Hoffmann u.a. Europas Terrorlisten an. Höhepunkte der Gewalt wurden in den 1960/70er Jahren mittels Luftpiraterie erreicht. Das waren spektakuläre Terrormethoden, die großes Aufsehen erregten. Da konnte kein Busüberfall der Fedajin, auf entlegenen Straßen der Negev-Wüste, mithalten. Die Palästinenser können für sich den traurigen Ruhm beanspruchen, die Pioniere der Luftpiraterie zu sein.

In dieser Zeit ist auch ihre Zusammenarbeit mit der RAF entstanden. Die Altnazis waren nicht mehr up-to-date. Die RAF bediente sich einer neuen Sprache, die bis heute die Sprache der Linken ist. Der

Feind war nicht mehr der Jude, sondern der Zionismus und Israel.

1968 gab es die erste Flugzeugentführung einer El Al-Maschine, ausgeführt durch die Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP). Israel verschärfte drastisch seine Sicherheitsvorkehrungen. Es sollte die erste und letzte Entführung einer El Al-Maschine bleiben. 1969 entführte die PFLP eine TWA-Maschine. Zwei jüdische Geiseln wurden gegen 13 inhaftierte Terroristen ausgetauscht. Das waren Austauschquoten, von denen man später nur noch träumen wird. 1970 kaperte die PFLP fünf Flugzeuge. Wieder wurden die Juden heraus selektiert, erneut die Entführer freigelassen. 1972 zahlte die Bundesregierung fünf Mio. US-Dollar Lösegeld für einen gekaperten Jumbojet.

Es gab damals schon Abkommen (Tokio, Den Haag, Montreal), die Luftpiraterie unter Strafe stellten. Gebrauch davon wurde in Deutschland wenig gemacht. Die Terrorakte wurden stets nach gleichem Muster behandelt:

- Die Regierung ließ die Piraten frei (Abschiebung klingt besser). So sollten im arabischen Raum die Wogen geglättet werden. In Wahrheit war es eine staatliche Kapitulation.

- Die Airlines zahlten Schutzgelder.
- Die Versicherungen beglichen die Schäden.

- Millionen Passagiere mussten sich immer schärferen Kontrollen unterziehen.

Das Ziel der Terroristen, die Menschen in Angst und Panik zu versetzen, war erreicht. Die offizielle Beschwichtigungspolitik hatte inzwischen Tradition in Deutschland erlangt. In der Vorzeit der Olympischen Spiele 1972 führte sie dazu, dass die BRD das Massaker während der Spiele völlig unvorbereitet traf. Erst fünf Jahre später war die BRD in der Lage, der Entführung einer Lufthansa-Maschine nach Mogadischu zu parieren.

Israel trug immer noch die Hauptlast des inzwischen internationalisierten Terrors. 1976 gelang es einem israelischen Kommando, 100 Geiseln aus einem gekaperten Flugzeug in Entebbe zu befreien. Die zivilisierte Welt war

beeindruckt. Nur die Politiker spielten verrückt. Nicht die Terroristen waren die Zielscheibe, sondern Israel, das Hoheitsrechte verletzte und die Souveränität Ugandas missachtete. Idi Amin, Afrikas brutalster Herrscher, erhielt gleich zwei deutsche Solidaritätsbekundungen - aus der DDR und der BRD.

2004 bis 2014 war Israel in asymmetrische Kriege mit den Terrormilizen Hisbollah und Hamas verwickelt. Diese strebten nach der Macht im Libanon bzw. Palästina. Beide attackierten Israel mit Raketen. Deutschland war inzwischen wiedervereinigt. In der „Berliner Zeitung“, die gerade die

Ehrenzeichen für vierzig Jahre DDR-Volksverdummung von ihrer Titelseite entfernen konnte, war zu lesen:

„Israel führt den Krieg der USA und strebt eine Neuordnung des Nahen Osten an. Es schießt den Weg für die NATO frei und lockt Deutschland und Frankreich an die Front.“ Die SPD-Spitzenpolitikerin Heidemarie Wiecek-Zeul begleitete Hassan Nasrallah bei der Besichtigung der Zerstörungen und sicherte ihm Solidarität zu. Sigmar Gabriel (SPD) verglich bei einem Besuch des Westjordanlandes Israel mit Apartheid. Die Schäden des Raketenbeschusses in Israel besuchten sie nicht. Weder der Rückzug der Armee aus einem Sicherheitsstreifen im Südlibanon noch aus Gaza waren geeignet, die Terroristen von Gewalt abzuhalten. Jedes Mal wurden ihre Waffenarsenale vom Iran wieder aufgefüllt. Was würde passieren, wenn diese islamischen Fanatiker an Atomwaffen gelangten?

In Deutschland wollte man diese inzwischen zum islamischen Terror mutierte Entwicklung nicht als solche ernstnehmen. Schuld sei der Nahostkonflikt, und der war reduziert auf den Streit zwischen Israel und Palästina, auch wenn die meisten Kriege in der Region längst nicht mehr das Geringste damit zu tun hatten.

Mittlerweile bedroht der Terror die Welt. Am 11. September 2001 kam es zur Apokalypse in den USA mit 3.000 Toten und über 5.000 Verletzten. Damit war die neue Phase des längst agierenden globalen, weltumspannenden islamischen Terrors offensichtlich geworden.

El Kaida (arabisch: Fundament) hieß das verantwortliche Terrornetzwerk sunnitischer Fanatiker, das seine Gräueltaten mit Bekennerschreiben und Fotos zierte. Erstmals wurde die Gefährlichkeit des islamischen Terrorismus durch die westliche Öffentlichkeit richtig wahrgenommen. Hat sie auch die richtigen Schlussfolgerungen gezogen?

Erklärtes Ziel der El Kaida ist der globale Dschihad, d.h. die westlichen Staaten zu terrorisieren und Israel zu vernichten, weil von ihnen eine antiislamische Verschwörung ausgehe, angeführt durch die USA und das internationale Judentum. Die Ideologie des Anführers Osama bin Laden fußte auf das althergebrachte Teufelszeug der Muslimbrüder - die Mutter aller islamischen Radikalen. Die palästinensische Hamas ist ein direkter Ableger dieser Bruderschaft.

Bis 1994 vernetzte sich El Kaida auf internationaler Ebene mit weiteren islamischen Gruppierungen. Nach den Anschlägen auf die US-Botschaften in Daressalam und Nairobi 1998 wurde

Bin Laden zur meistgesuchten Zielperson des FBI. Erst 2011 konnte er unschädlich gemacht werden.

Der Islamische Staat (Daesch, ISIS oder nach 2014 IS) ist eine sunnitische, salafistische Terrororganisation, gegründet von einer Gruppe ehemaliger Offiziere der irakischen Armee. Nach der Eroberung von Gebieten im Nordwesten des Iraks und im Osten Syriens rief sie 2014 einen als Kalifat bezeichneten Islamischen Staat des Iraks und der Levante aus. Sein Territorium ist überall dort, wo seine Kämpfer mit Waffen auftauchen. Ihr Anführer, der selbsternannte Kalif Ibrahim al-Badris alias Abu Bakr al-Bagdadi erhebt Anspruch auf die Nachfolge des Propheten Mohammed als politisches und religiöses Oberhaupt aller Muslime. 2013 trennte sich ISIS von El Kaida. Seitdem stehen beide in

Konkurrenz miteinander. Während El Kaida den Weltdschihad verkündete, steht im Mittelpunkt von IS die islamische Staatsgründung auf der Basis der Scharia und des Hadith. Im Westen frohlockte man schon: eigentlich sind das keine Dschihadisten mehr.

Wenn sie erst einen Staat haben, werden die Verpflichtungen sie zur Vernunft bringen. Böse ist, wer an die westliche Appeasement-Politik gegenüber Adolf, dem Führer, denkt. Wieder sind die alten Seilschaften zu den Muslimbrüdern und zu radikalen Palästinensern zu erkennen. Diesmal mit dem Religionsfanatiker Muhammad Al-Maqdis, der auch das IS-Gründungsmanifest schrieb. In der Umsetzung seiner perversen Abscheulichkeiten übertrifft IS alle bisherigen Terrororganisationen.

Terrorstatistiken

Verlässliche Statistiken über Anschläge und Opfer sind dürrig. Verschiedene Quellen (RP online, Spiegel Online, Wikipedia) kommen zu unterschiedlichen Zahlen. Es fehlen Angaben zu den Opfern der palästinensischen Luftpiraten, die auch Europa betrafen. Die Anschläge der Fedajin, Taliban, Boko Haram, al-Schabaab u.a. sind nicht enthalten, weil sie nicht vorwiegend westliche Einrichtungen trafen.

Die europäischen Terroristen sind aus der Mode

Mit zunehmendem Globalterror ersetzen Schätzungen über die Opferzahlen konkrete Zahlen. Dennoch sind Trends deutlich zu erkennen: Bis Ende der 1970er waren noch die Terrorgruppen OAS, IRA, Nuclei Armati Rivolutionari, ETA, RAF, Kampfsportgruppe Hoffmann u.a. mit Anschlägen vertreten. Danach dominierten islamische Terrornetzwerke das Geschehen. Die Anschläge nahmen die Form von Massenmorden an. Heute sind Terroranschläge weltweit und alltäglich.

In einem globalen Terrorismus-Index des „Instituts for Economics & Peace“ wird der Versuch einer Rangfolge für 162 Staaten unternommen. Vier islamische Netzwerke werden für 66 Prozent der Bluttaten verantwortlich gemacht: IS, Boko Haram, El Kaida und Taliban. Mehr als 80 Prozent der tödlichen Terroranschläge fänden im Irak, in Afghanistan, Pakistan, Nigeria und Syrien statt. Das IEP nennt als Hauptursache dafür den Krieg gegen Saddam Hussein, also die USA als Verantwortlichen dafür, dass solche Or-

ganisationen entstehen. Was Pakistan, Afghanistan und

Nigeria mit dem Irakkrieg zu tun haben, bleibt sein Geheimnis.

Deutschland - ein Glücksland

Drei der vier Selbstmordpiloten von 9/11 (2001) kamen aus einer Hamburger Terrorzelle. Den Schaden hatten die Amis. 2006 bis 2014 werden in Deutschland kontinuierlich, jährlich islamische Anschläge registriert, auf:

- US-Soldaten und hiesige amerikanische Militäreinrichtungen
- Personenzüge in Köln, Düsseldorf und Bonn
- Kölner Polizisten
- den Frankfurter Flughafen
- den Vorsitzenden von Pro NRW

Die Täter sind Muslime mit Migrationshintergrund, Konvertiten und Personen aus der Salafistenszene. Manche Anschläge konnten verhindert werden, andere misslangen, weil Zündungen versagten oder die Täter minderjährig waren. Deutsche Jugendliche sterben als Gotteskrieger in

Syrien, als Selbstmordattentäter im Irak, wo sie sich in die Luft sprengen und viele Menschen mit in den Tod ziehen. Zum einen ist es weit weg von uns, zum anderen ist es Glück. Beides scheint das Ernstnehmen des Terrorismus zu lähmen. Vielleicht ist es auch ein Grund für die Erklärung des Innenministers: „... die Gefahr des Terrorismus ist in Deutschland abstrakt“. Noch krasser ist der Unfug, wonach der Radikalisierungsprozess der Attentäter keine muslimischen Unterweisungen brauche, sondern sich inmitten der deutschen Gesellschaft vollziehe. Wer kritiklos hinnimmt, dass der Islam zu Deutschland gehöre, der wird auch das bedenkenlos runterschlucken.

Warum ist der Westen so apathisch und hilflos gegen den Terror der Muslime? Warum ist es in Deutschland immer noch zu keiner realen Einschätzung des Terrorismus gekommen? Seit 50 Jahren treibt er sein Unwesen auch in Deutschland. Das Land ist verunsichert. Überall lauern heute Gefahren und es gibt noch keine handlungsfähige Gegenallianz, die den blindwütigen Islamisten endlich das Handwerk legt. Die Verfolgten im Nahen Osten und Afrika werden allein gelassen. Mit Militärberatungen, Schutzhelmen und warmen Decken wird man keine Erlösung herbeiführen.

Indessen nehmen die Grausamkeiten des Terrors immer neue provokative Formen an. Ihre Organisationen schließen sich zusammen (Boko Haram und IS) zu einer länderübergreifenden panislamischen Weltallianz von Mordgesellen. Worauf warten wir? Dass die vorislamischen Pyramiden noch gesprengt werden?

Mühsam wandeln sich die Reaktionen der Medien und allmählich nimmt die Bevölkerung die Gefahren wahr, die vom Islam ausgehen.

Michael Guttman ist Autor des Buches „Ein Israeli verirrt sich in die DDR“, ehemaliger Falschirmjäger der israelischen Armee im Suezkrieg 1956, Kibbuz-Bewohner, DDR-Bürger und Basketballspieler. Der Publizist, dessen jüdische Mutter 1938 nach England floh, lebt heute in Brandenburg.

„Mathematik-Genie“ Kardinal Woelki

Die Zunahme von Christen in Israel stört Erzbischof mehr als die Abnahme der Christen in Köln

Von Nathan Warszawski

Kardinal Woelki ist für einen Kardinal ein junger Mann und seit September 2014 Erzbischof von Köln. Als Hausherr der größten Kirche Deutschlands, dem Dom zu Köln, schaut er gnädig und mit christlicher Demut dem Treiben eines Psychopathen zu, der tagein tagaus ungestört vor der Hohen Pforte des Domes gegen die Juden Israels hetzt.

Da er als im Zölibat lebender Junggeselle nicht ausgelastet ist, hat er zusätzlich den Vorsitz des „Deutschen Vereins vom Heiligen Lande“ übernommen, welcher sich um die Belange der katholischen Kirche in Israel kümmern soll. Er hat dort einige Tage mit Journalisten der Katholischen Presse verweilt, damit seine Gedanken die Katholiken weltweit erreichen und erhellen.

„Radio Vatikan – Die Stimme des Papstes und der Weltkirche“ berichtet auf seiner Internetseite von Woelkis Ausführungen: „Zudem forderte er mehr Solidarität mit den Christen in Israel: ‚Wir hatten hier 1948 noch zehn Prozent Christen, als der Staat Israel gegründet wurde. Gegenwärtig geht die Zahl der Christen gegen ein bis zwei Prozent.‘“

Wer Woelki versteht, weiß, dass diese Aussage eine Anschuldigung ist. Woelki beschuldigt nicht die gebär-unfreudigen christlich-arabischen Frauen, sondern Israel.

Deshalb ist es heilige Pflicht, die zwei mathematischen Sätze des obersten Katholiken Kölns und des Heiligen Landes mit der Realität abzugleichen!

Zur Staatsgründung 1948 lebten in Israel 800.000 Menschen, heute sind es 8.000.000. Wir wollen einfachheitshalber davon ausgehen, dass dem Kardinal von seiner Entourage die richtigen Prozentzahlen eingeflüstert worden sind, obwohl gläubige Katholiken mit der kalten Logik der Mathematik zuweilen auf Kriegsfuß stehen.

1948 sind die meisten Christen Araber, heute sind auch einige Russen und Filipinos darunter. So gibt es in Israel 1948 10 % von 800.000 = 80.000 und 2013 2 % von 8.000.000 = 160.000 Christen.



Prozente werden von unfähigen Politikern gerne verwendet. Eine Wahlbeteiligung von 105 % und eine Pflichterfüllung von 120 % sind in Diktaturen, auch in deutschen, fröhlicher Alltag. Prozente von Prozenten werden immer eingesetzt, um das dumme Volk noch weiter zu verwirren.

Von 1948 bis 2013 ist der prozentuale Anteil der arabischen Christen an der Gesamtbevölkerung Israels von 10 % auf 2 %, also auf 1/5 = 20 % (Prozente von Prozenten!) gefallen oder absolut um 8 %. Die christliche Bevölkerung hat sich in diesem Zeitraum von 80.000 auf 160.000 allerdings verdoppelt!

Betrachten wir nun die Zahlen der Katholiken Kölns:

Köln	Zahl der Bürger	Zahl der Katholiken	%
1948	540.000	420.000	78
2013	1.000.000	400.000	40

1948 lebten in Köln 540.000 Menschen, heute sind es 1.000.000. Von 1948 bis 2013 ist der prozentuale Anteil der Katholiken in Köln von 78 % auf 40 %, also um etwa auf die Hälfte = 50 % (Prozente von Prozenten!) gefallen oder um absolute 38 %. Die katholische Bevölkerung ist in diesem Zeitraum von 420.000 auf 400.000 um 20.000 Menschen oder 5 % geschrumpft!

Ähnliche Gründe für den prozentualen Rückgang der christlichen Araber Israels und der Katholiken Kölns sind der Zuzug von Juden nach Israel und der Zuzug von Muslimen nach Köln. Kirchnaustritte sind in Israel selten, in Köln häufig. Die Gründe für die bedeutende absolute Zunahme der christlichen Araber Israels und der absoluten Abnahme der Katholiken Kölns liegt im Proliferationsverhalten. Araberinnen sind gebärfreudiger als Kölnerinnen! Hätten sich die katholischen Kölnerinnen genauso gebärfreudig gezeigt wie die christlichen Araberinnen Israels, so gäbe es heute in Köln 840.000 Katholiken!

Wenn die Politik Israels verantwortlich ist für die Zunahme der arabischen Christen, dann trägt die Politik der Katholischen Kirche Kölns die Verantwortung für die Abnahme der Katholiken. Mögen sich die Katholikinnen Kölns ein Beispiel an ihren arabischen Glaubensschwestern in Israel nehmen! Mögen die arabischen Christen Israels die Worte des Kölner Kardinals vergessen!

PS: In Deutschland passierte 1990 ebenfalls etwas Dramatisches – der Anteil der Türken war auf einen Schlag gesunken, ohne dass auch nur ein einziger Türke Deutschland verlassen hatte. – Mit der Wiedervereinigung gab es plötzlich 17 Millionen mehr Deutsche im gleichen Land, wodurch der Anteil der Türken spürbar gesunken ist.

Eine Reise im Kreise?

Warum ich als ungarischer Jude nun schon 37 Jahre in München lebe

Von Attila Teri

Ich wollte in meinem Leben weder nach Deutschland, noch in die ehemalige „Hauptstadt der Bewegung“. Für einen säkularen, ungarischen Wochenendhobbyjuden, wie ich mich bezeichne, ist sie nicht gerade der erstrebenswerteste Platz auf Erden, zumindest auf den ersten Blick. Dafür lebe ich seit meiner Emigration inzwischen schon über 37 Jahre in München. Welch konsequente Haltung!

„Die Weltstadt mit Herz“ soll ursprünglich nur als erste, vorübergehende Station auf dem Weg in die Freiheit dienen, als wir am 20. Dezember 1977 auf dem alten Flughafen München-Riem aufschlagen, zumal meine Mutter und ich nie sonderlich herzliche Gefühle den Deutschen gegenüber hegten, geschweige pflegten. Wie auch? Nach der Schoa, der unsere halbe Familie zum Opfer fiel? Die Wunden mögen vernarben, die Schmerzen, Vorbehalte und alten Reflexe, bezüglich des ehemaligen „Herrnvolkes“, bleiben. Ich mochte weder die „guten“ – Oassis, noch die „bösen“ – Wessis. Auch nach dem Zweiten Weltkrieg besetzten sie Ungarn immer wieder und sei es nur für die Zeit der Ferien.

Immerhin nicht mehr mit Panzern, sondern nur noch mit Trabis oder Mercedes. Die Einen stellten penetrant ihr Selbstmitleid – die Anderen ihre Arroganz zu Schau. Beide gingen uns gehörig auf die Nerven.

Vereint haben viele von ihnen oft die berühmt-berüchtigten Sandalen und weißen Socken. Also, es muss irgendwie

doch ein Volk sein. In meiner Jugend ging meine Abneigung gar so weit, dass ich sofort den Sender wechselte, falls ich mal wegen der guten Musik, zufällig bei einem deutschen Radioprogramm landete und die Krauts mich mit ihrer Sprache plötzlich aus dem Hinterhalt überfielen – wie serbische Partisanen. In der Regel stellten sich meine Nackenhaare sofort auf.

Deutsch klang damals in meinen Ohren tatsächlich wie abgesetzte Gewehrsalven. Hart, uncharmant und aggressiv. Zugegeben, wir hatten eindeutig nicht die richtige Einstellung, um ausgerechnet in Deutschland ein neues Leben zu beginnen. Dessen waren wir uns auch bewusst und hatten einen wunderbaren Plan, der uns ins gelobte Land, „The Land of the Free“, führen sollte. Wie heißt es doch so schön, „Menschen machen Pläne, G-tt lacht!“ Vermutlich noch herzlicher als sonst, zumal wir als säkulare Juden nicht mal an ihn glauben. Leider hielt sich die Begeisterung der Amis in Grenzen und ließen uns über selbige auch nicht herein. So viel zu unserem tollen Plan. Der neue lautet: in Deutschland Asyl beantragen. Wir haben keine Zeit, unser Visum gilt nur für drei Wochen. Gesagt, getan. Nach vier Monaten darf ich schon am Goethe-Institut beginnen, die mir bis dato so verhasste Sprache zu lernen. Ob ich es will oder nicht, schwinden meine Resentiments den Deutschen gegenüber in dem Maße, wie meine Sprachkenntnisse wachsen. Auch wenn es ab und an noch zu kleineren Rückfällen kommt. Wie zum Beispiel bei einem Metzgerbesuch. Nein, er will uns nicht abstechen. Er ist

gar sehr freundlich und das trotz meines Stotterns. Von Sprechen kann noch beim besten Willen nicht die Rede sein. Als er herausfindet, dass wir aus Ungarn kommen, erzählt er uns mit breitem Grinsen, wie tief er Budapest ins Herz geschlossen hat. So weit, so gut, ist doch nett. Würde man meinen. Der (Fleischer) Haken an der Geschichte ist bloß, dass er 1944 mit der Wehrmacht die Vorzüge meiner Geburtsstadt entdeckte, was wiederum zur Folge hat, dass uns das Lachen im Halse gefriert. Klar, es ist ungerecht, vielleicht gehört er nur zu den armen Teufeln, die einberufen und in die Hölle geschickt wurden. Viele von ihnen hatten nichts verbrochen und versuchten nur irgendwie zu überleben. Aber was ist, was nicht? Höflich verabschieden wir uns von ihm und betreten seinen Laden nie wieder. Diese Erfahrung trifft den Kern meines Problems generell in der Bundesrepublik.

Ich kann keinem alten Deutschen trauen. Beim besten Willen nicht, es sei denn, ich kenne seine persönliche Geschichte und weiß, dass er nicht am Massenmord beteiligt war. Sonst verselbstständigen sich meine Gedanken, wenn ich fremde, alte Menschen treffe. Ich überlege mir immer, was sie wohl oder übel damals getan haben. Hat möglicherweise einer von ihnen meine Großmutter umgebracht? Ich weiß, es ist krank, genauso wie all das, was meinem Volk angetan wurde. Aber es lässt mich auch nicht los, was ich auch immer dagegen unternehme. Aber genug des Trübsal Blasens! Ich begreife mit jedem neu erlernten, deutschen Satz langsam, dass ich unterscheiden muss zwischen den möglichen Tätern

und ihren Nachfahren, denn die Erben der unrühmlichen Geschichte können nichts dafür und haben nicht einmal die Möglichkeit, ihr Erbe auszuschlagen. Die Frage ist, was sie daraus machen! Und meine Erfahrungen mit ihnen sind in der Tat überwiegend positiv. Sie vermitteln mir schnell den Eindruck willkommen zu sein, im Gegensatz zu den Ungarn, die alles taten, damit ich mich in meiner Heimat als Fremder fühle. Ich muss auch den Deutschen eine Chance geben, sonst bin ich genauso ein Idiot, wie die, die uns Juden einfach nur hassen! Das war mein Leitsatz während der letzten 37 Jahre, mit dem ich recht gut gefahren bin und selten enttäuscht wurde. Die bösen Geister gehören tatsächlich der Vergangenheit an – davon war ich überzeugt.

„Sag mal, was meinst du? Wann ist es Zeit unsere Koffer zu packen? Wenn es wieder speziell gezeichnete Parkbänke für uns gibt?“ – „Spätestens, wenn ich eine offizielle Aufforderung von der bayerischen Regierung bekomme, mich an einem bestimmten Tag an einer Sammelstelle zu melden, bin ich auf jeden Fall weg!“ Dieses „lustige“ Gespräch führte ich während des letzten Gaza-Krieges mit einem engen, jüdischen Freund, als im letzten Sommer in Deutschland fast täglich gegen Israel demonstriert wurde. Die Großeltern meines Freundes, der im Gegensatz zu mir in München das Licht der Welt erblickte, hatten ihr ganzes Leben lang einen Koffer unter ihrem Bett. Darin die nötigsten Sachen und etwas Bargeld. Der Grund: sie waren Auschwitzüberlebende! Und nu? Reise ich etwa doch im Kreise?

Steuergelder für Antisemiten

Wie deutsche Stiftungen radikale Organisationen im Nahen Osten unterstützen

Von Konstantin Schuchardt

Das Auge der Weltgemeinschaft ruht ständig auf Israel, um jede seiner Aktionen zu benennen, zu bewerten und zu verurteilen. So erstaunt es nicht, dass kein Land der Welt im UN-Menschenrechtsrat häufiger Gegenstand kritischer Diskussionen war und keines schärfer verurteilt wurde.

Nicht Saudi-Arabien, nicht Syrien, nicht einmal Nordkorea fanden eine derartige Beachtung. Die europäische und insbesondere die deutsche Öffentlichkeit observiert die Lage in dem Land von der Größe Hessens vergleichbar obsessiv. Monika Schwarz-Friesel ist Professorin für Linguistik an der TU Berlin und Leiterin des Forschungsprojekts: „Aktueller Antisemitismus in Deutschland, sprachliche und konzeptuelle Charakteristika“. In einem Interview mit Zeit Online von 2014 äußerte die Wissenschaftlerin: „Die deutschen Medien kritisieren kaum ein Land so oft wie Israel. Wir haben die Berichterstattung über den Nahen Osten mit Artikeln über die Lage der Menschenrechte und Konflikte in anderen Ländern verglichen, wie Russland, China, Saudi-Arabien und Nordkorea. Kaum eines der Länder schnitt so schlecht ab.“

Die Bundesregierung, allen voran die Kanzlerin, pflegt eine freundschaftliche und konstruktive Beziehung zum jüdischen Staat und erklärte das Existenzrecht Israels zur deutschen Staatsräson. Dennoch weist der israelische Professor und Vorsitzende der israelischen Organisation NGO Monitor, Gerald Steinberg, seit Jahren darauf hin, dass deutsches Steuergeld durch undurchsichtige Kanäle in den Nahen Osten fließt, wo es einen Beitrag zur Finanzierung teils offen antisemitisch agierender Organisationen leistet. Wie kann es sein, dass die deutsche Regierung solche Vorgänge billigt, wenn nicht gar fördert?

Nichtregierungsorganisationen mit zweiichtigen Motiven

Bei den Profiteuren handelt es sich um unabhängige Nichtregierungsorganisationen (NGOs), die in Israel und den palästinensischen Gebieten karitative Ziele verfolgen oder dies zumindest vorgeben. NGOs sind in überall auf der Welt aktiv und machen es sich zur Aufgabe, der Bevölkerung in verschiedenen Bereichen Aufbauhilfe zu leisten. Ihr Ansehen in der Öffentlichkeit ist groß und ihre Ziele werden kaum in Frage gestellt. Den meisten Menschen dürfte dabei nicht bekannt sein, dass zuweilen unter dem Deckmantel humanitärer Hilfe eine konkrete politische Agenda verfolgt wird.

Der Arbeit in Israel und den Palästinensergebieten scheint von UNO und NGOs eine rationale kaum nachzuvollziehende Priorität eingeräumt zu werden. Israel und die palästinensischen Gebiete weisen weltweit die größte Dichte an NGOs auf. Allein vom Westjordanland aus agieren ca. 1000 NGOs. Die UNO betreibt für die ungefähr 5,3 Millionen Nachkommen der 900.000 Palästinenser, die vor über 60 Jahren aus dem heutigen Israel flüchteten, ein eigenes Flüchtlingswerk. Die übrigen 50 Millionen Flüchtlinge auf der Welt werden dagegen in ihrer Gesamtheit von nur einem einzigen anderen Werk verwaltet. Während der Nahe Osten in Flammen steht, der syrische Diktator Assad und der „Islamische Staat“ Millionen Syrer und Ira-

ker in die Nachbarländer treibt, erhalten diese nur wenig Unterstützung durch die UNO und die NGOs. Dagegen hat die UNO in den palästinensischen Gebieten mit 22.000 Angestellten und einer großen Zahl internationaler Freiwilliger eine aufgeblähte Hilfsindustrie etabliert. Nicht immer ist ersichtlich, ob wirklich Frieden und Menschenrechte im Mittelpunkt ihrer Bemühungen stehen oder es eher um den Selbsterhalt eines riesigen Wirtschaftsapparates geht.

Selbstverständlich verfolgt ein Großteil der NGOs tatsächlich humanitäre Ziele und versucht die ärmliche Lage der Palästinenser zu verbessern. Es kommt jedoch ebenso vor, dass das Leid der Palästinenser einzig als Instrument antisemitischer Agitation missbraucht wird. Solche NGOs zeichnen sich durch politische Kampagnen aus, die das Existenzrecht Israels als jüdischem Staat in Frage stellen und das Land als imperialistischen Aggressor brandmarken. Die ideologische Grundlage der antiisraelischen Strategie der NGOs wurde 2001 auf der „Weltkonferenz gegen Rassismus“, die 2001 von der UNO im südafrikanischen Durban tagte, entwickelt. Israel wurde dort zur Zielscheibe schwerer, von zahlreichen Staaten vorgetragenen Rassismus-Vorwürfen. In einer parallel stattfindenden NGO-Konferenz schlug man einen ungleich schärferen Ton an. In einer Schlusserklärung wurde der jüdische Staat bezichtigt, ein „Apartheid-Regime“ zu sein und „ethnische Säuberungen“ gegen die Palästinenser durchgeführt zu haben. Zudem wurde der Zionismus als Erscheinungsform von Rassismus bezeichnet und als Konsequenz Boykotte, Sanktionen und eine Isolierung Israels auf diplomatischer Ebene gefordert. Einige NGOs schreckten nicht einmal davor zurück, Kopien des antisemitischen Pamphlets „Protokolle der Weisen von Zion“ während der Konferenz zu verteilen. Die Abschlusserklärung wird „Durban Strategie“ genannt und dient seither als Blaupause für die antisemitische Agitation antiisraelischer Organisationen. Im Kleid legitimer Kritik an der Politik Israels und dem ständigen Verweis auf Menschenrechtsverletzungen tarnt sich der alte Antisemitismus, der Israel als den „kollektiven Juden“ attackiert.

Der intransparente Weg des Geldes

Wie unterscheidet sich berechnete Kritik an der Politik Israels von Antisemitismus? Der israelische Politiker Nathan Scharansky hat typische Merkmale des Antisemitismus im Gewand von Israelkritik anhand von drei Begriffen zusammengestellt: 1. Die Dämonisierung Israels, indem Israel mit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und palästinensische Flüchtlingslager mit deutschen Konzentrationslagern verglichen werden. 2. Doppelstandards bei der Bewertung der Politik des jüdischen Staates, d.h. für die politische Bewertung Israels wird mit anderem Maß gemessen als bei anderen Nationen. 3. Delegitimierung des Landes durch das Infragestellen des Existenzrechts Israels als jüdischem Staat. Organisationen, die durch ihre Aussagen und Publikationen explizit alle Antisemitismus-Kriterien Scharanskys erfüllen, erhalten beträchtliche finanzielle Zuschüsse aus dem deutschen Fiskus. Der Weg der Steuermittel verläuft über die parteinahen politischen Stiftungen.

Deren jährliches Budget speist sich größtenteils aus Bundesmitteln in dreistelliger Millionenhöhe. Die Mittel entstammen dem Bundesministerium des Inneren, dem Auswärtigen Amt, dem Bundesumweltministerium, dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie Bundesministerium für Bildung und Forschung – und somit aus den Portemonnaies deutscher Steuerzahler. Als offizielle Betätigungsfelder der parteinahen Stiftungen werden die politische Bildung der Bevölkerung im In- und Ausland, die Begabtenförderung und die Entwicklungszusammenarbeit genannt. Unter den genannten Überschriften der Förderung und Bildung fließen Gelder der parteinahen Stiftungen an NGOs in Israel und den palästinensischen Gebieten, die ein israel- und judenfeindliches politisches Programm verfolgen. Ihren Antisemitismus übermalen sie mehr oder weniger geschickt mit einer Tünche aufrechtster humanitärer Absichten.

Ob sich die parteinahen Stiftungen täuschen lassen oder insgeheim hinter dieser Agenda stehen, ist unklar. Die „NGO Monitor“ wirft in einem Interview mit

eingeräumt werden. Dies würde das Ende Israels als jüdischem Staat bedeuten. Der Gründer der Organisation, Eitan Bronstein, sagte in einem Interview mit der wissenschaftlichen Plattform Al Sharq im Jahre November 2014: „Es muss das Rückkehrrecht geben. Ohne das wird es keinen Frieden geben. Ja, das anzuerkennen, wird das Ende des Konzepts des jüdischen Staates bedeuten, aber dieser Herausforderung müssen wir uns stellen.“ Hierzu wird von der Organisation der Begriff Nakba aufgegriffen, welcher auf Arabisch „Katastrophe“ bedeutet. Als Nakba bezeichnen arabische Aktivisten die Staatsgründung Israels, die sie für illegitim halten. Bronstein führt in dem Interview weiter aus: „Ein wichtiges Anliegen ist es, das Wort Nakba in die hebräische Sprache zu übernehmen. Die Nakba ist nicht bloß ein palästinensischer Narrativ, sie ist auch unsere Geschichte, die wir kennen und anerkennen sollten.“

Wer den Prozess der Staatsgründung Israels als Katastrophe anerkennt, delegitimiert damit den jüdischen Staat. Des Weiteren hält die NGO die Idee des Zionismus als solche für rassistisch und wirft der israelischen Regierung ethnische



Logo der Rosa-Luxemburg-Stiftung

der Zeitung Handelsblatt den deutschen Stiftungen unzureichende Transparenz in ihrer Arbeit vor. Einerseits würden von den Stiftungen keine finanziellen Details über die Mittelvergabe veröffentlicht, andererseits fehle es an Aufsichtsmechanismen durch die Bundesministerien, durch die sichergestellt werde, dass deutsche Steuergelder nur den offiziellen Leitlinien der deutschen Außenpolitik entsprechend vergeben würden.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung und ihr Engagement für die „Ein-Staat-Lösung“

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung steht der Linkspartei nahe und wird im Jahr 2015 mit rund 47 Mio. Euro öffentlicher Gelder beschenkt, die sie nach eigenen Angaben für gemeinnützige Zwecke wie die Förderung von politischer Bildung, Wissenschaft, Kunst und Kultur sowie für die internationale Verständigung einsetzt. Einer der Partner dieser Stiftung im Nahen Osten und Empfänger von Fördermitteln ist die äußerst umstrittene NGO Zochrot. Zochrot (Hebr.: Wir erinnern uns) strebt eine Ein-Staat-Lösung und damit die: Auflösung der jüdischen Identität des israelischen Staates an.

Denjenigen Arabern, welche als Folge der israelischen Unabhängigkeit und des verlorenen Angriffskrieges der arabischen Staaten, ihre Wohnorte verlassen mussten, soll ein Recht auf Rückkehr

Säuberungen vor. Aufsehen erregte auch die Zochrot-Aktivistin Natali Vaxman-Cohen, die in einer Videoperformance zusammen mit Eitan Bronstein, durch den Holocaust relativierende Äußerungen aufgefallen war. Ob die Rosa-Luxemburg-Stiftung die politische Agenda von Zochrot uneingeschränkt unterstützt, ist nicht geklärt. Zu einer Distanzierung von der NGO ist es, trotz deutlicher Kritik in deutschen und internationalen Medien, bis heute nicht gekommen. Dieser Fall ist keine Ausnahme, sondern auch andere parteinahe Stiftungen und kirchliche Stiftungen unterstützen ähnliche NGOs.

Eine Bundesregierung, die die Unterstützung solcher NGOs durch Steuermittel zulässt, handelt grob fahrlässig. Gerald Steinberg von NGO Monitor äußert dazu in einem Interview mit dem PolitiMagazin Cicero von 2014: „Die Fördermittelvergabe findet nicht unter der Kontrolle der Regierung statt. Die Budgets werden zwar auf der hohen Ministerebene abgenickt. Die Entscheidungen darüber aber, wer das Geld letztendlich bekommt, fällt auf einer niedrigen, lokalen Ebene.“

Die Bundesregierung ist gut beraten, verlässliche Kontrollen bei der Mittelvergabe parteinaher Stiftungen einzuführen, um wirksam zu verhindern, dass Finanzmittel, die für die internationale Verständigung zur Verfügung gestellt werden, statt dessen der Förderung von Hass und Feindschaft dienen.

Friede, Freude, Zeigefinger

Margot Käßmann, „EKD-Ratsvorsitzende der Herzen“, belehrt mit einem neuen Buch mal wieder die Welt

Von Monika Winter

Wer die Ostermärsche der Friedensbewegung ab 1979 mitbekam, weiß, dass es ab diesem Zeitpunkt um alle möglichen Aktionen ging, nach dem Motto „Dabeisein ist alles“.

Themen waren Südafrika, das Leid der „Palästinenser“ im zionistischen Staat Israel, Kriegsdienstverweigerung, der Kampf gegen die Neutronenbombe und den NATO-Doppelbeschluss zur Stationierung von Kurz- und Mittelstrecken-Raketen, um nur einige Themen zu benennen. Die Friedensaktivisten der „Internationale der Kriegsgegner“ (IDK) gingen eine Selbstverpflichtung ein:

„...Der Krieg ist ein Verbrechen gegen die Menschheit. Ich bin deshalb entschlossen, keine Art von Krieg weder direkt noch indirekt zu unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegursachen mitzuarbeiten...“

Die Differenzierung zwischen Angriffs- und Verteidigungskrieg wurde ausgeklammert. „Wir machen nicht mit, dann schaffen wir auch Frieden“ war die Meinung der Aktivisten. Man kann es nicht einmal als naiv bezeichnen, es ist brutal und eigensinnig, denn wenn von einem Volk verlangt wird, dass es sich nicht gegen Angriffe verteidigt, dann ist es ein Vergehen, so als wenn man einen Menschen in den Selbstmord zwingt.

Die evangelische Kirche unterstützte diese „Friedensbewegung“ teilweise sehr erheblich, wobei wir uns Frau Prof. Dr. Dr. h.c. Margot Käßmann, der ehemaligen Ratsvorsitzenden der EKD, zuwenden wollen.

Frau Käßmann hat keine Vorstellung vom Bösen in der Welt. Für sie sind beide Seiten gleichwertig schlecht, die Seite, die angreift und die Seite, die sich verteidigen muss. Es ist ihre persönliche Interpretation von Frieden. Aber wo bleibt die Kritik, der Aufschrei der Zuhörenden während einer Predigt in Hannover?

Der folgende Auszug aus einer Predigt aus einem Gottesdienst in der Marktkirche Hannover am 1. März 2015, der der Internetseite der EKD zu entnehmen ist, sagt viel über Käßmann:

„...Wie aber ist das Böse zu bekämpfen, wie treten wir an gegen Menschen, die mit derartiger Brutalität vorgehen? Da scheint doch die einzige Möglichkeit: Auge um Auge. Bomben auf die Bombenleger. Aber werden wir so wirklich Ecksteine einer neuen Friedensordnung legen? Immer wieder wird klar, dass die hearts and minds, die Herzen und Überzeugungen der Menschen berührt, ja gewonnen werden müssen, wenn sich etwas ändern soll. Wie kann das aussehen? Wir scheinen da ziemlich hilflos zurzeit. Wenn es denn, wie geschätzt, mehr als 50.000 IS-Kämpfer gibt, wird Frieden auch nicht entstehen, wenn sie alle erschossen werden. Wie wird Friede – das ist die große Frage und nicht erst seit heute! Ich habe keine bessere Antwort als andere. Aber mir imponiert die biblische Wegweisung, wenn der Apostel Paulus schreibt: Überwindet das Böse durch das Gute. Wie kann das gehen? Darüber und über die Frage, wie wir mit diesem Gefühl der Ohnmacht umgehen, möchte ich gern viele Nikode-



musnachtgespräche führen...“

Fast meint man, Margot Käßmann wolle sich als Kabarett-Autorin betätigen: Gewiss werden die Nikodemusnachtgespräche in Hannover beim „Islamischen Staat“ zu einem Umdenken führen und uns dem Frieden ein ganzes Stück näherbringen.

Man stelle sich vor, Margot Käßmann würde vor die akut bedrohten Jesiden, Kurden und Christen in Irak und Syrien treten und halte dort die selbe Predigt, die sie in Hannover vor sicheren und satten NATO-Bewohnern gehalten hat. Die Predigt wäre eine bittere Komödie, über die dort wahrscheinlich niemand lachen könnte.

Wenn Margot Käßmann, wie sie sich selbst in ihrer Predigt eingesteht, keine bessere Antwort auf Kriege und den „Islamischen Staat“ weiß – welchen anderen Wert hat dann ihr moralischer Zeigefinger als den der Selbstvermarktung?

Auffällig ist, dass wieder das „Auge um Auge“-Zitat in verkürzter Form fällt und dass scheinbar auch Frau Käßmann als ehemalige Ratsvorsitzende der EKD die eigentliche Bedeutung des Zitats nicht verstehen will.

„...Wenn es, wie geschätzt, mehr als 50.000 IS-Kämpfer gibt, wird Frieden auch nicht entstehen, wenn sie alle erschossen werden...“. Diese Ausführung muss erst einmal verdaut werden. Vielleicht will Frau Käßmann es so handhaben wie Jürgen Todenhöfer, ISIS-Besuche und gemeinsames Tee-Trinken?

Dieses Denken, dass nicht selten innerhalb der evangelischen Kirche zu finden ist, birgt eine Gefahr für die Menschheit, weil es alle diejenigen beleidigt, die zu Opfern des brutalen Vorgehens der IS-Kämpfer wurden, all die brutal Ermordeten, Geköpften, die Mädchen, die als Sexsklaven gehalten werden. Dass Menschen aus den eigenen Reihen von Frau Käßmann, nämlich Christen, hingerichtet werden, scheint auch keinen besonderen Aufschrei hervorzurufen.

Von einer protestantischen Funktionärin, die angesichts von 15 % Protestanten-Anteil in Wittenberg, der Gründungsstadt des Protestantismus, tatenlos bleibt, ist auch Tatenlosigkeit und Wegsehen in anderen Dingen zu erwarten. Sicher ist diese niedrige Quote der SED-Diktatur geschuldet, aber in anderen Ländern des Ostblocks haben die angestammten Kirchen mittlerweile längst eine Renaissance er-

lebt. Nur im ehemals protestantischen Stammland Ostdeutschland kann die EKD nichts zurückgewinnen und verwaltet – noch immer üppig subventioniert – nur noch ihren eigenen Niedergang. Die Kurve der Mitgliederzahlen der EKD kennt nur noch eine Richtung – nach unten.

Auf der Seite der EKD ist bereits in einem Beitrag von 2003 zu lesen: „Die evangelische Kirche hat binnen eines Jahrzehnts 2,75 Millionen Mitglieder verloren.“ Und weiter wird EKD-Sprecher Christof Vetter mit der Feststellung zitiert, dass diese Entwicklung für die Kirche nicht Besorgnis erregend sei! Wenn nicht das – was dann? Man stelle sich 15 % Moslems in Mekka, 15 % Katholiken in Rom oder 15 % Juden in Jerusalem vor – bei jeder anderen Religionsgruppe würden die Alarmglocken läuten. Im „Spiegel“ vom 11. August 2014 wird Margot Käßmann zu bedenken gegeben, dass Massenmörder wie Hitler oder Pol Pot nicht immer für friedfertige Argumente zugänglich seien.

Käßmann entgegnet „Das mag so sein. Aber mich faszinieren Menschen,

ten nur die Kurden im Irak oder die Israelis, würden sie angesichts ihrer Feinde Frau Käßmanns Vorschläge beherzigen. Einen Mut, den sie wahrscheinlich nicht lange überleben würden.

Frau Käßmann ist nicht in der Lage zwischen Angriffs- und Verteidigungskrieg zu unterscheiden, sie stellt beides auf eine Stufe. Deshalb richtet sich ihre Forderung nach einer Welt ohne Waffen, ohne (Verteidigungs-)Kriege, auch an Israel. Für Israel wäre eine Welt ohne Waffen jedoch gleich einem Selbstmord.

Einen für eine Geistliche bemerkenswerten Partner hat sich Margot Käßmann (Lutherbotschafterin) ausgesucht. Zusammen mit Konstantin Wecker (auf Veranstaltungen der bis 1989 von Honecker gesponserten DKP gern gesehener Liedermacher) ist sie vereint in ihren „Friedensbotschaften“ und durch ihr neu erschienenes gemeinsames Buch „Entrüstet Euch – Warum Pazifismus für uns das Gebot der Stunde bleibt“.

Im Frühjahr 2003, vor und während des Irakkrieges, als die Touristen in Israel



Der schwedische König Gustav Adolf rettet die deutschen Protestanten mit einer Militärintervention vor der Auslöschung – und sichert Margot Käßmann ihren Arbeitsplatz.

die es wagen, nicht mit Waffengewalt zurückzuschlagen.“ Das mag so sein! Sogar sie selbst sieht also womöglich ein, dass ihre Belehrungen zum richtigen Umgang mit Kriegen nichts taugen. Dieses kurze Aufflammen der Selbstreflexion wischt sie aber gleich wieder weg mit einem Bibelzitat „Lass dich nicht vom Bösen überwinden, sondern überwinde das Böse mit Gutem“, heißt es in der Bibel.“

Man fragt sich unwillkürlich, wie Frau Käßmann wohl dem Schwedenkönig Gustav Adolf zugeredet hätte, der mit Waffengewalt und Invasionsarmee die evangelische Kirche in Deutschland rettete und so nachhaltig Frau Käßmann ihren heutigen Arbeitsplatz ermöglichte.

Auf der Buchbestell-Plattform Amazon ist über ihr neues Buch zu lesen „Couragiert und lautstark rufen sie: ‚Nein!‘, wenn Nationen wieder der Illusion verfallen, Waffengewalt könnte mit Waffen bekämpft werden.“

Was daran „couragiert“, also mutig, sein soll, bleibt schleierhaft. Mut bräuch-

beinahe vollkommen ausblieben, reiste Konstantin Wecker als „lebendes Schutzschild“ nach Bagdad. Wo war Konstantin Wecker während des Raketen-Beschusses von Israel durch die Hamas? Keinem deutschen Pazifisten fiel es ein, sich schützend vor das jüdische Volk zu stellen. Israel ist an allem Schuld – so sehen es Deutsche, die sich „Pazifisten“ nennen.

Aber die Richtung ist auch klar, Konstantin Wecker unterstützt durch seine Unterschrift die Nabka-Ausstellungen in Deutschland. Es zeigt, auf welcher Seite er als Aktivist steht, und es bedeutet nichts anderes, als die Zustimmung zu einer Verkehrung von Wahrheiten durch die „Palästinenser“.

Zu hoffen ist, dass Stimmen wie die von Frau Käßmann und ihrem Partner Konstantin Wecker seltener werden. Frieden zu schaffen ohne Waffen ist eine Utopie. Eine ungefährliche und einträgliche Utopie für sichere und satte NATO-Bewohner wie Margot Käßmann, eine lebensgefährliche Utopie für die Menschen von Kobane und Israel.

Störfaktor Israel-Flagge

Symbole des jüdischen Staats werden in Deutschland immer wieder als Provokation gesehen

Von Jerome Lombard

Es war eigentlich ein ganz normales Fußballspiel an einem sonnigen Sonntagmittag. Das 2:2 von Eisern Union Berlin gegen den FC Ingolstadt 04 am 26. April war, mal abgesehen von den vier Toren, auch bestimmt kein Galafußball. In der Alten Försterei, dem Traditionsstadion von Union, spielten eben zwei Mannschaften aus der Zweiten Fußballbundesliga gegeneinander. Der Aufstiegskandidat und Spitzenreiter aus Ingolstadt war der große Favorit, konnte sich gegen die Eisernen aber nicht recht durchsetzen. Das Unentschieden war gerechtfertigt. Mit dem jeweils einen Punkt konnten beide Kontrahenten gut leben. An sich wäre die Partie so auch schnell in Vergessenheit geraten. Wäre da nicht dieser Zwischenfall gewesen, der für Schlagzeilen und Empörung sorgte.

Was passierte, hatte dann auch wenig mit Fußball zu tun: Bis kurz vor Anpfiff hing im Gästeblock der Ingolstädter das blau-weiß gestreifte Banner mit dem Davidstern in der Mitte – die Nationalflagge Israels. Die Fußballfreunde aus Bayern wollten mit dem Stück Stoff ihre Unterstützung für ihr Team und speziell für Mittelfeldspieler Almog Cohen ausdrücken. Der 26-Jährige stammt aus Be'er Schewa, spielte schon bei Maccabi Netanya und dem 1. FC Nürnberg und steht seit zwei Jahren in Ingolstadt unter Vertrag. Zu jeder Begegnung ihrer Mannschaft nehmen die Fans die Israel-Flagge mit und hängen sie an den Absperrzaun zwischen Tribüne und Spielfeld, um den Publikumsliebling Cohen ordentlich anzufeuern. Auswärts wie Heimwärts. Und auch dann, wenn der israelische Nationalspieler gar nicht zum Einsatz kommt, so wie es gegen Union der Fall war. Der Berliner Polizei war dieser Brauch aber offensichtlich völlig unbekannt. Auch eine Spielerliste, aus der sich der Umstand erklärt hätte, lag den Beamten scheinbar nicht vor. Der Einsatzleiter vor Ort wertete das Zeigen der Fahne als eindeutig politische Aussage. Nach Absprache mit dem Fan-Beauftragten aus Ingolstadt ließ die Polizei die Fahne vom Zaun abhängen. Ein Eklat. Ist es in einem deutschen Fußballstadion etwa verboten, die Fahne des jüdischen Staates zu zeigen?

Genau das wollte Cohen, der die Polizei-Aktion von der Reservebank aus beobachtet hatte, wissen und fragte einen Ordner. Dessen Antwort twitterte Cohen nach dem Spiel auf Hebräisch an seine israelischen Follower: „Ich fragte den Ordner, ob auch andere Fahnen im Stadion verboten sind. Er sagte ‚Nein, nur die jüdische Flagge‘. Ich war schockiert. Aber: Das passiert zum ersten Mal. Die Fans in Deutschland sind toll!“ In der Tat gab der Ordner nur das auf den Punkt gebracht wieder, was auch die Berliner Polizei auf Nachfrage des FC Ingolstadt später zur Begründung der Abhängaktion formulierte: Man habe sich aus Rücksicht auf „die große palästinensische Gemeinschaft in Berlin“ zu der Maßnahme entschlossen. Diese dulde keine derartigen pro-israelischen Bekundungen in Fußballstadien. Man habe auf der Rechtsgrundlage der „Gefahrenabwehr“ entschieden. Jede andere Fahne wäre in Ordnung gewesen. Nur die Staatsflagge Israels wird als Provokation gesehen.

Nach dem Spiel hagelte es Kritik an der Entscheidung der Berliner Polizei. Berlins Innensenator Frank Henkel (CDU),

der sich zu diesem Zeitpunkt in Israel aufhielt und die Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem besuchte, ließ durch einen Sprecher verlauten: „Ich unterstelle keine böse Absicht. Dennoch halte ich das für eine falsche Entscheidung.“ Berlins Polizeipräsident, Klaus Kandt, entschuldigte sich gar bei den Fans und

Europa zu werben, heißt es dort weiter. Es war offenbar die örtliche Nähe von Konferenzhalle und Fußballstadion, die die Berliner Polizei zum Abhängen der Flagge bewogen hatte.

Organisiert wird die Konferenz, bei der es in diesem Jahr offiziell um die Situation von palästinensischen Flüchtlingen in

für das „inhumane“ israelische Regime sei. Lord Dykes, Mitglied im britischen Oberhaus für die Liberaldemokraten, holte auf seiner diesjährigen Konferenzrede zum Rundumschlag gegen Israel aus, forderte einen „Platz an der Sonne“ für die Palästinenser und versetzte die Teilnehmer mit den Abschlussworten



Mittelfeldspieler Almog Cohen vom FC Ingolstadt 04 twitterte seine Empörung.

den Spielern. In einer Pressemitteilung schreibt er: „Es ist Aufgabe der Polizei, die Meinungsfreiheit zu schützen. Die Aufforderung zum Einrollen der Flagge war eine Fehlentscheidung, für die ich bei den Betroffenen um Entschuldigung bitte.“ Auch Verantwortliche von Eisern Union, die rein rechtlich von ihrem Hausrecht hätten Gebrauch machen können und die Polizei an ihrer Maßnahme hätten hindern können, kritisierten das Vorgehen der Polizei. Man habe die Beamten darum gebeten, die Fahne am Zaun hängen zu lassen. Der Verweis auf die Gefahrenprävention ließ dies aber nicht zu.

Provokation für Hamas-Anhänger

Auch wenn die geäußerte Selbstkritik der Berliner Polizei beachtlich ist und auch wenn der entsprechende Einsatzleiter womöglich eine Standpauke bekommen dürfte, bleibt nach dem Zweitligaspiel ein besonders bitterer Beigeschmack zurück. Denn das Argument, die Flagge würde aus Rücksicht auf die „große palästinensische Gemeinschaft“ abgehängt, bezog sich keineswegs allgemein auf in Berlin wohnende Palästinenser, deren Anzahl es auch nicht rechtfertigen würde, von einer großen Gemeinde zu sprechen. Tatsächlich fand an demselben Wochenende unweit der Alten Försterei in der Arena Treptow die „13. Konferenz der Palästinenser in Europa“ mit rund 3.000 Teilnehmern aus der ganzen Welt statt. Diese Konferenz, die bereits zum dritten Mal in Berlin stattfand, wurde in einem Bericht des Berliner Verfassungsschutzes im Jahr 2010 als „wichtigste Aktivität von Hamas-Anhängern in der Hauptstadt“ eingestuft. Die palästinensische Terrororganisation Hamas, die sowohl in der EU als auch in den USA auf der Terrorliste steht, nutze die jährliche Veranstaltung, um verdeckt für ihre extremistischen Ziele in

Syrien und den Nachbarländern gehen sollte, von der „Palästinensischen Gemeinde in Deutschland“ (PGD) und des in England ansässigen „Palestinian Return Centre“ (PRC). Beide Organisationen gelten als Hamas-nah. In der Vergangenheit wurde Hamas-Sympathisanten auch immer wieder ein Podium für ihre islamistisch eingefärbte anti-israelische Hetze geboten. Insbesondere das PRC vertritt eine radikal anti-israelische Politik und streitet dem jüdischen Staat unumwunden das Existenzrecht ab. Auf ihrer Internetseite fordert die Organisation das „Rückkehrrecht“ für alle Palästinenser in das Gebiet Israels in den Grenzen von 1948. Das PRC kümmert sich vor allem um Lobby-Arbeit in Großbritannien und versucht, britische Parlamentarier in seinem Sinne zu beeinflussen. So gehört die Vereinigung zu den Initiatoren der Kampagne „Britain – It's Time To Apologize – International Campaign Against The Balfour Declaration“, deren erklärtes Ziel die „Rücknahme“ der Balfour Deklaration aus dem Jahr 1917 ist, in der das Britische Empire erstmals das Recht des jüdischen Volkes auf Selbstbestimmung in einem eigenen Staat anerkannte und seine Unterstützung für die zionistische Sache bekundete. Das Logo des PRC zeigt, ganz ähnlich wie das Konferenz-Logo, die Umrisse Israels in den palästinensischen Farben. Ein eindeutiges Bekenntnis gegen den jüdischen Staat. Zu den europäischen Unterstützern des PRC, die auch an der Konferenz in Berlin teilnahmen, gehören beispielsweise die britischen Parlamentarier John Finnie und Lord Hugh Dykes. Finnie, Abgeordneter der „Scottish National Party“ (SNP), hat sich immer wieder für das schottische Waffenembargo gegen Israel stark gemacht und angesichts des mehrwöchigen Anti-Terroreinsatzes in Gaza im Sommer 2014 davon gesprochen, dass Gaza ein „militärisches Versuchsobjekt“

„Lang lebe Palästina“ in Ekstase. Die Parteien im Berliner Senat verurteilten fast einhellig, dass die Konferenz anti-israelischen und Hamas-nahen Positionen ein Podium bietet. An einer Demonstration gegen die Konferenz und gegen die Dämonisierung Israels nahmen 100 bis 200 Menschen teil. Der Demonstrationsteilnehmer Volker Beck reichte im Bundestag auch eine schriftliche Anfrage ein, in der er die Bundesregierung um Stellungnahme zu der Frage auffordert, ob sie die Ansicht teile, dass eine Israel-Flagge als Provokation verstanden werden kann. Eine Antwort steht noch aus. Es war die Linkspartei, die einmal mehr Verständnis für Hamas-Sympathisanten zeigte. Als einzige deutsche Partei beteiligte sich die Linke an der Konferenz mit einem Informationsstand.

Kein Einzelfall

Dass eine Israel-Flagge als Provokation für sogenannte „pro-palästinensische“ Organisationen und deren Anhänger gesehen wird, ist in Deutschland kein Einzelfall. Im März 2011 verboten Polizeibeamte das Zeigen der Israel-Fahne auf einer spontanen Kundgebung gegen eine Aktion palästinensischer Vereine, die zum Boykott israelischer Waren vor dem Berliner Hauptbahnhof aufgerufen hatten. Der spektakulärste Fall ereignete sich aber Anfang 2013 in Duisburg. Damals stürzten sich Teilnehmer einer pro-palästinensischen Demonstration an einer Israel-Fahne, die ein Anwohner entlang der Demonstrationsroute in sein Fenster gehängt hatte. Mehrere Beamte stürmten daraufhin die Privatwohnung des Mannes und entfernten die Flagge unter großem Applaus und „Tod Israel!“-Rufen der Demonstranten. In beiden Fällen entschuldigte sich übrigens die Polizeiführung später bei den Betroffenen und gestand Fehlverhalten ein.

Idealisten, Islamisten und Revanchisten

Über die „Konferenz der Palästinenser Europas“ in Berlin

Von Marie Wildermann

Die Hamas, so die Vermutungen im Vorfeld, werde unter dem Deckmantel der „Europäischen Palästinenser-Konferenz“ Ende April in Berlin ihre Hass-Ideologie verbreiten. Medien und Politik hatten Tage zuvor entsprechend gewarnt, zahlreiche Organisationen zu Gegendemonstrationen aufgerufen.

Die Betreiber des Veranstaltungsortes Arena ließen mitteilen: Sollte es zu Volksverhetzung und Gewaltaufrufen kommen, werde man die Veranstaltung abbrechen. Die Polizei schickte sprachkundige Beobachter, um im Falle von Hass-Propaganda umgehend einzuschreiten.



Gut hundert Pro-Israel-Aktivistinnen gegen mehrere Tausend Konferenzteilnehmer.



Hier ist DIE LINKE.



Die „Arena Treptow“ von innen. Die Reden waren alle auf Arabisch.

Entsprechend vorgewarnt waren die Veranstalter der 13. Palästinenser-Konferenz. Der Vorsitzende der Palästinensischen Gemeinschaft Deutschland (PGD), Suhail Abu Shammala, bemühte sich um ausgewogene Formulierungen. In seiner Rede hatte er alle verbalen Minenfelder demokratisch entschärft, hatte das Bekenntnis zur Gewaltfreiheit ebenso untergebracht wie die Achtung der „demokratischen Grundprinzipien“ und die „rechtsstaatliche Ordnung“.

„Wir akzeptieren keinen Antisemitismus oder anderweitigen Rassismus, der sich gegen die Prinzipien der Völkerverständigung wendet“, sagte der Vorsitzende und Pressesprecher der PGD, die zusammen mit dem in England ansässigen Palestine Return Centre die Konferenz ausrichtete.

In die Arena in Berlin-Treptow, in die normalerweise Metal-, Techno- und

nicht, auch eine offizielle Rednerliste gab es nicht.

Unter den Sprechern: eine ehemalige Europa-Abgeordnete, Sympathisanten aus England und Irland, und eine Vertretung der palästinensischen „Botschafterin“ in Berlin. Ein Grußwort des türkischen Präsidenten Erdoğan wurde verlesen. Folkloristische Tänze sorgten für Auflockerung zwischen den Redebeiträgen, draußen auf dem Arenagelände lockten Stände mit Essen und Süßigkeiten, eine Hüpfburg bot Abwechslung für die Kinder. Bei schönstem Frühlingwetter stellte sich bald so etwas wie Straßenfest-Atmosphäre ein, und am frühen Nachmittag ließen auch die Agitatoren kampfmüde die Flaggen sinken, um mit Familie und Freunden die Sonne zu genießen. Drinnen, in der dunklen Arena, gingen derweil die Redebeiträge mit den immer gleichen Aussagen unverdrossen weiter. Alle wiederholten die Forderung nach dem „elementaren Menschenrecht auf Heimat für die Palästinenser“, das völkerrechtlich außer Frage stehe.

Das Ziel der Konferenz sei es, an das Leid und die Geschichte der Vertriebenen zu erinnern und an dem Rückkehrrecht der vertriebenen Palästinenser „auf das

palästinensischen Autonomiegebiete nichts zu tun“, antwortete Shammala. Doch die Hamas, die das Existenzrecht Israels leugnet und von der EU als Terrororganisation eingestuft wird, bestimmt weite Teile der palästinensischen Politik. Wie soll das gehen: am Rückkehrrecht festhalten und nichts mit der Hamas zu tun haben wollen? Für die Hamas liegt die Lösung für die palästinensische Frage im Dschihad, wie sie in Artikel 8 ihrer Charta schreibt. Danach „gehört das Land Palästina nach der Scharia allen Muslimen und kann weder ganz noch teilweise aufgegeben werden“ (Artikel 11 der Hamas-Charta).

Fragen drängen sich auf:

1. Wenn die PGD nicht das Existenzrecht Israels in Frage stellen, wieso ist das Konferenzlogo dann eine Landkarte, auf der Israel verschwunden und das gesamte Land mit den Farben der palästinensischen Flagge gefüllt ist?

2. Wenn die Konferenz-Teilnehmer sich als „Europäer“ verstehen – wieso pochen sie dann so sehr auf ihr Rückkehrrecht nach Palästina?

Auch unter den Konferenzbesuchern ist der Same des über Jahrzehnte genährten Israelhasses längst aufgegangen. In

und Israel gilt als illegitimer Staat. Im persönlichen Umgang waren die arabischen Konferenzbesucher größtenteils freundlich und friedlich und reagierten auf uns als Vertreter der „Jüdischen Rundschau“ höchstens mit Erstaunen. Gehässige Worte oder Blicke gab es keine.

Während der Veranstaltung verkauften Kinder Broschüren mit selbstverfassten

Texten – ein Projekt des Palästinensischen Frauenverbands in Deutschland. Die Texte der in Deutschland geborenen Kinder handeln von einer verklärten „Sehnsucht nach dem schönen Heimatland Palästina“, in das sie zurückkehren wollen. Dass die Exil-Palästinenser diesen Mythos unaufhörlich pflegen, befördert nicht gerade die Integration ihrer Kinder in die europäischen Gesellschaften. Darüber selbstkritisch zu reflektieren, wäre ein lohnendes Konferenzthema geworden. Stattdessen: die Instrumentalisierung von Kindern und Jugendlichen für eigene politische Zwecke. Der Grünen-Abgeordnete Volker Beck war Teilnehmer der (viel kleineren) Gegendemonstration für das Existenzrecht Israels. Obwohl er gleichzeitig betonte, die Interessen der Palästinenser verstehen zu können, meinte Beck: „Vielleicht müssen die Palästinenser akzeptieren, dass sie Teil der Gesellschaft sind, in der sie angekommen sind.“

Volker Becks Einsatz für die Sache Israels wirkt ehrlich und scheint ihm eine Herzensangelegenheit zu sein. Man merkte jedoch, dass er nur auf einer der beiden Veranstaltungen war. Davon zu sprechen, dass die Teilnehmer der Pa-



„Wir stellen das Existenzrecht Israels nicht in Frage.“



Was wurde hier wohl mit „Israel Freunde“ überklebt?



Alle Einlass-Damen trugen Kopftuch.

Popkonzertbesucher pilgern, strömten Palästinenser mit Flaggen und Arafat-Tüchern, die weiblichen Besucher wa-

historische Land Palästina festzuhalten, wie es die UN-Resolution 194 vorsehe“, sagte der Vorsitzende der Palästinensi-

allen Gesprächen mit Teilnehmern am Rande der Konferenz werden „die Juden“ als Besatzer und Kolonisatoren betrachtet

löstina-Konferenz „Teil der Gesellschaft sind, in der sie angekommen sind“ könnte nicht ferner von der Wirklichkeit sein.

Arbeitskreis „Shalom“

Außenseiter in der eigenen Partei

Woher kommt Antisemitismus bei den Linken und speziell bei der Linksjugend in NRW, in der ihr aktiv seid?

Dominic: In der Linksjugend NRW dominieren zwei Strömungen. Zum einen das trotzkistische Netzwerk Marx21, zum anderen eine sich positiv auf Stalin und den Stalinismus beziehende Szene mit der Linksjugend solid Duisburg als Zentrum. Beiden gemein ist ein Weltbild mit einer klaren Freund-Feind-Unterscheidung. Der Westen, allen voran die USA und Israel, fungieren dabei als Hauptfeinde. Charakteristisch ist zudem die Denkweise in Völkern, Kulturen, Religionen und anderen Kollektivsubjekten. Es wird zum Beispiel von der „Freiheit Palästinas“ geredet, aber ignoriert, dass die Menschen in den Palästinensergebieten in einem autoritären Regime, das ein palästinensischer Staat wäre, weniger frei sein könnten als in einer bürgerlichen Demokratie wie Israel.

Mercedes: Die politische Linke ist ein sehr breites Spektrum. Dem linken Selbstverständnis nach ist man in der Regel antifaschistisch eingestellt. Diese Idee allein reicht jedoch bei weitem nicht, um auch so zu handeln. Viele Ressentiments sind eher unterbewusst. Antisemitismus zum Beispiel wurde selten so offen ausgelebt wie etwa Frauenverachtung oder Sozialchauvinismus heute, sondern immer in Form von Verschwörungstheorien und Umschreibungen weitergetragen. Ein Linker oder eine Linke ist davor offenkundig nicht gefeit. Die Linksjugend NRW würde sich nie ausdrücklich „pro Antisemitismus“ positionieren, positioniert sich aber klar antisemitisch, wenn man ihre Ansätze mal auseinandernimmt und zu Ende denkt. Ihre „Israelkritik“ bleibt eine indirekte Aufforderung zum Völkermord.

Inwiefern ist ihre Israelkritik denn eine Aufforderung zum Völkermord?

Mercedes: Letzten Sommer haben Teile der Linksjugend NRW eine Demonstration mit dem Titel „Stoppt die Bombardierung Gazas – für ein Ende der Eskalation im Nahen Osten“ organisiert. Der Konflikt, auf den sich die Demo bezog, wurde abermals von der Terrororganisation Hamas begonnen. Zunächst durch die Entführung der israelischen Jugendlichen. Zum Zeitpunkt der Demonstration gab es im Jahr 2014 über 250 Terrorwarnungen in Israel. Was die israelische Armee getan hat, lässt sich am treffendsten als harte, aber nicht anders durchführbare Terroristenfahndung bezeichnen. Wer dies verhindern oder gar verbieten will, solidarisiert sich mit den Dschihadisten auf der anderen Seite, deren oberstes Ziel, laut Charta, die Vernichtung Israels und aller Juden ist. Natürlich ist es schlimm, wenn dabei unschuldige Palästinenser zu Schaden kommen, aber das betonten auch Netanjahu und Liebermann vergangenes Jahr mehrfach.

Wart ihr denn in Essen dabei? Wie habt ihr die Demo erlebt?

Mercedes: Einige von uns waren anwesend. Es war unserer Meinung nach



Der Interviewpartner wollte sein Gesicht nicht zeigen.

einer der schlimmsten antisemitischen Aufmärsche in Deutschland seit Jahren. In einer winzigen Gruppe waren wir stundenlang eingekesselt, während hunderte Israelfascher um uns herum „Kindermörder Israel“ und „Hamas, Hamas, Juden ins Gas“ riefen. Die üblichen Parolen eben. Alles dank des organisatorischen Talents der Linksjugend möchte ich noch einmal betonen. Eine Freundin und ich hatten einem Freund für diesen Tag einen klassischen Schabbat versprochen und es irgendwie auch geschafft, den zu improvisieren. Während wir die Kerzen anzündeten, flogen uns gefährliche Gegenstände um die Köpfe - und weiterhin natürlich die Rufe.

Was ist bei eurem Gründungstreffen in Wuppertal passiert?

Mercedes: Faktisch gab es ein solches gar nicht. Es war wohl etwas naiv von uns anzunehmen, an einem Freitag könnte einer von uns in Wuppertal eine Kippa tragen. Es kamen fünf junge Männer auf uns zu, als wir gerade die Treppen zum AstA der Universität Wuppertal emporstiegen, die unser Treffpunkt sein sollte. Zwei von uns wurden festgehalten und geschlagen. Die anderen eilten zu Hilfe, sofern sie nicht zu geschockt dafür waren, und bekamen ebenfalls Schläge ab. Eines der Opfer trug, weil er Jude und es Schabbat war, eine Kippa und wurde mehrfach angeschrien, ob er denn Jude sei. Als er das dann irgendwann bejahte, ließen sie langsam von uns ab und rannten dann so schnell weg, wie sie konnten. Ich schätze, das hat uns alle in zwei Ansichten bestärkt. Erstens mussten wir total meschugge sein. Und zweitens: jetzt erst recht!

Dominic: Es war geplant, dass wir eine Arbeitsgemeinschaft der BAK

(Bundesarbeitskreis) Shalom-Bundesstruktur werden, weil ein Anschluss an die Landesstruktur der Linksjugend Solid NRW nicht möglich gewesen wäre. Dieser Anschluss, in Form eines Landesarbeitskreises Shaloms wäre nur mit einer Mehrheit bei der Landesversammlung der Linksjugend NRW möglich gewesen.

Lena: Später kam dann heraus, dass die uns auslachenden Antiimperialisten sich vorher in Facebook zum Aufmischen verabredet haben. Als ich die Polizei rufen wollte, wurde ich angefeindet, ausgelacht und schließlich abgefilmt.

Warum werden denn Leute, die sich gegen Antisemitismus engagieren, in der Linksjugend NRW so stark angefeindet?

Mercedes: Offiziell sind alle gegen Antisemitismus. Vielmehr ist es unsere Anerkennung des Existenzrechts Israels, also des größten Schutzes gegen Antisemitismus, der ihnen übel aufstößt.

Dominic: In der traditionellen Linken nahm die Kritik des Antisemitismus immer wenig Raum ein. Dass es nun seit etwa 20 Jahren eine Strömung innerhalb der Linken gibt, die nun diese Kritik einfordert und auch vor einer selbstkritischen Aufarbeitung des Antisemitismus in der Geschichte der Linken nicht haltmacht, ist vielen natürlich ein Dorn im Auge, weil sie in ihrem Selbstbild dadurch, dass sie Linke sind, schon per se auf der richtigen Seite stehen.

Der besondere Grund ist in diesem Fall, dass der BAK Shalom sich bundesweit recht gut etabliert hat und in anderen Bundesländern Veranstaltungen des BAK Shaloms in Kooperation mit Partei und Jugendverband möglich sind. NRW

allerdings sieht sich als so eine Art letztes Bollwerk gegen pro-israelischen Einfluss.

Lena: Außerdem empört sie natürlich der Antisemitismusvorwurf, weil gute Linke keine Antisemiten sein können. Per Definition schon nicht.

Ist denn dieser krasse Gegenwind, wie er in NRW ist, auch bundesweit so?

Dominic: Es ist vor allem ein NRW-Problem. Es gibt Bundesländer in denen der BAK Shalom stärker verankert ist und solche, in denen er zumindest toleriert wird. Eine derart feindselige Haltung wie in NRW gibt es sonst nirgendwo.

Michael Schreiner: Das Problem ist, dass in NRW Gruppen und Zusammenschlüsse in Partei und in noch stärkerem Maße im Jugendverband eine politische Deutungshoheit haben, die jedes neue Mitglied und jeden Sympathisanten sofort indoktrinieren und Feindbilder kreieren, bevor überhaupt eine kontroverse Diskussion entstehen kann.

Und was wollt ihr dagegen machen?

Michael: Interventionsmöglichkeiten gibt es derzeit aus unserer Sicht wenige. Auch in der Partei ist durch den aktuellen Landesvorstand die Situation schlimmer, als sie jemals zuvor war. Der Aufbau von zum Beispiel Shalom-Strukturen kann aber durchaus sinnvoll sein, um eine Anlaufstelle für kritische und diskussionswillige Mitglieder und Sympathisanten zu bieten. Im Grunde: Mal den Teufelskreis durchbrechen, der durch die absolute Unkenntnis und die daher leicht mögliche Hetze entsteht.

Das Gespräch führte Richard Diesing.

Die heruntergekommene UNO

Wie eine Organisation des Friedens zum Forum der Diktatoren-Kumpanen verkommt

Von Alex Feuerherdt

Seit 1946 gibt es bei den Vereinten Nationen eine „Kommission für die rechtliche Stellung der Frau“, die sich dem eigenen Selbstverständnis nach für globale Geschlechtergerechtigkeit einsetzt, gegen die Benachteiligung von Frauen kämpft und beobachtet, wie sich die diesbezügliche Lage auf der Welt entwickelt. Einmal im Jahr tritt das derzeit 45 Mitglieder umfassende Gremium zusammen, um den Stand der Dinge zu resümieren, politische Schritte zu beraten und Beschlüsse zu fassen. Es ist die höchste und wichtigste Einrichtung der UNO, was Frauenrechte betrifft.

Auf ihrer jährlichen Sitzung im März verabschiedeten die Teilnehmer eine Resolution, in der sie einen Staat – genau einen einzigen (!) – für die Verletzung von Frauenrechten verurteilten. Dessen Verstöße müssen demnach besonders gravierend sein. Um welches Land handelt es sich also? Um Pakistan, wo prozentual den meisten Frauen Gewalt durch ihren Partner widerfährt? Um den Sudan, wo 88 Prozent der Frauen unter 50 Jahre eine Genitalverstümmelung über sich ergehen lassen mussten und wo das Mindestalter für eine Heirat von Mädchen bei nur zehn Jahren liegt? Um Saudi-Arabien, wo Frauen physisch bestraft werden, wenn sie nicht die vorgeschriebene Kleidung tragen, und wo sie nicht Auto fahren dürfen?

Oder vielleicht um die „Islamische Republik“ Iran, wo Frauen keinem Gericht vorstehen dürfen, einem rigiden Kopftuchzwang zu folgen haben und das Einverständnis ihres Mannes benötigen, um außerhalb ihrer Wohnung zu arbeiten? Um Syrien, wo das Regime Vergewaltigungen und andere Formen sexualisierter Gewalt gegen Frauen als Kriegsstrategie einsetzt? Um China, wo es Zwangsabtreibungen und -sterilisationen gegen Frauen gibt? Oder um eines jener zahlreichen Länder, in denen „Ehrenmorde“, Frauenhandel, Zwangsprostitution und die gesamte Palette der Vorenthaltung politischer, individueller und sozialer Rechte für Frauen an der Tagesordnung, also „normal“ sind?

Nein, dieser Staat, der als einziger explizit verurteilt wurde, ist tatsächlich Israel. „Die israelische Besatzung“, so heißt es in der von den Palästinensern und Südafrika eingebrachten Resolution, „bleibt das Haupthindernis für palästinensische Frauen, was ihre Fortschritte, ihre Eigenständigkeit und ihre Integration in die Entwicklung ihrer Gesellschaft betrifft“. Ein schlimmeres Verbrechen an Frauen ist also offenkundig nicht denkbar. 27 Ja-Stimmen gab es für diesen antisemitischen Unsinn, nur zwei Kommissionsmitglieder – die USA und Israel selbst – stimmten dagegen, 13 enthielten sich, darunter die Mitglieder der EU. In Europa findet man es also zumindest nicht völlig abwegig, in Israel die Nummer eins unter den Frauenrechtsverletzern auf dem Globus zu sehen.

Ein Skandal? Sicherlich. Ein Einzelfall? Keineswegs. Es gehört vielmehr zu den großen Irrtümern, die UNO für etwas per se Grundgutes, Vernünftiges und Überparteiliches zu halten und in ihr gewissermaßen die globale Hüterin der Menschenrechte zu sehen. Gewiss, die Vereinten Nationen – die in diesem



Delegierte in der UN-Vollversammlung klatschen Beifall, als am 29. November 2012 der Status der „Palästinensischen Autonomiebehörde“ in den Vereinten Nationen aufgewertet wird.

Jahr ihr 70-jähriges Bestehen feiern – waren ursprünglich, wie Lotta Grinstein in einem sehr lesenswerten Beitrag für die Zeitschrift Phase 2 schrieb, ein „antifaschistisches Kriegsbündnis“, gegründet, um „künftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren, die zweimal zu unseren Lebzeiten unsagbares Leid über die Menschheit gebracht hat“. So steht es jedenfalls in der Präambel der UN-Charta. Doch bereits in ihrer Gründungsphase offenbarte sich, wie Grinstein weiter analysierte, „der unauflösbare Gegensatz zwischen der idealistischen Vorstellung universeller Menschenrechte und der harten Realität nationalstaatlicher Souveränität, der die UN immer begleiten wird“.

Während die Gründungsmitglieder in ihrer Mehrzahl aber bürgerliche Demokratien waren, änderten sich die Kräfteverhältnisse im Zuge der Dekolonisierung: „Eine Vielzahl neugegründeter oder unabhängig gewordener Staaten strömte in den sechziger und siebziger Jahren in die UN, von denen sich viele allzu bald als despotische Regime konsolidierten und die Gründungsideale der UN häufig als Neokolonialismus verunglimpften, um damit die Menschenrechtsverletzungen an ihren Bürgern zu überdecken.“ Gleichzeitig blieben die grundsätzliche Struktur der Vereinten Nationen und ihr Modus Operandi bestehen. Weiterhin gilt: ein Staat – eine Stimme. „Die Qualität der internationalen Menschenrechts-

politik wird dementsprechend zu einer Frage der Mehrheit“, konstatierte Grinstein, und diese Majorität ist mittlerweile „in fast allen UN-Gremien, den Sicherheitsrat ausgenommen, auf der Seite der arabischen und islamischen Länder“.

Diese Staaten verfügen beispielsweise im UN-Menschenrechtsrat über rund ein Drittel der Stimmen und sind gemeinsam mit vielen der insgesamt 120 „blockfreien“ Länder – sowie immer wieder mit Russland und China – in der Überzahl. Innerhalb dieser Mehrheit unterstützt man sich gegenseitig, wählt sich in verschiedene Gremien und sorgt dafür, dass Menschenrechtsverletzungen im eigenen Land nicht zur Sprache gebracht werden. Gleichzeitig erwidern die Autokratien, Despoten und Diktaturen in der UNO seit dem Sechstagekrieg von 1967 die westliche Kritik an ihren Menschenrechtsverstößen immer wieder mit lautstarken Angriffen auf Israel – um auf diese Weise ein eigenes Engagement in Menschenrechtsfragen zu simulieren. So und nicht anders erklärt sich die exorbitant große Zahl an Resolutionen, in denen der jüdische Staat verurteilt wird.

Nicht nur am Beschluss der Frauenrechtskommission, sondern auch an einer ganzen Reihe weiterer Entscheidungen, Berichte und Maßnahmen der Vereinten Nationen wird deutlich, wie sehr sich die Mitgliedsstaaten der UNO auf Israel als Sündenbock und Weltübel eingeschossen haben. Die

Generalversammlung der UNO beispielsweise verabschiedete auf ihrer Sitzung zu Beginn dieses Jahres nicht weniger als 20 Resolutionen, in denen Israel kritisiert oder verurteilt wurde – und nur drei gegen andere Länder (Syrien, Nordkorea, Iran). Ein Drittel aller Resolutionen und Entscheidungen, die der sogenannte „Menschenrechtsrat“ der Vereinten Nationen seit seinem Bestehen verabschiedet hat, richtet sich gegen den jüdischen Staat.

Bei den turnusmäßigen Sitzungen dieses Gremiums im März sah die Agenda unter Punkt 4 die Beschäftigung mit Menschenrechtsverletzungen weltweit vor. Doch es gab eine Ausnahme: Die „menschrechtliche Situation in Palästina und anderen besetzten arabischen Gebieten“ hatte einen eigenen Tagesordnungspunkt. Sieben Berichte und vier Resolutionen richteten sich schließlich explizit gegen Israel. Die Zahl der Berichte und Resolutionen, die etwa Pakistan, Katar, Saudi-Arabien oder den Sudan betrafen, belief sich auf genau null.

Wenn Israel also wieder einmal von einem UN-Gremium verurteilt wird, sagt das wenig bis nichts über den jüdischen Staat aus, dafür aber eine ganze Menge über die elende Gegenwart der Vereinten Nationen.

Deren selektive und einseitige Resolutionen untergraben „das Kernprinzip, wonach Menschenrechtsstandards universell sind, und treiben die Parteien weiter auseinander“, wie Hillel Neuer, der Geschäftsführer der UNO-kritischen Nichtregierungsorganisation UN Watch, im November 2013 schrieb. „Es ist die Uno, die sich dafür entschuldigen sollte, dass sie Israel als Sündenbock benutzt und dass sie den jüdischen Staat als Metakriminellen, dem für alle Übel der Welt die Schuld zu geben ist, dämonisiert und delegitimiert“, so Neuer weiter. Vor allem aber müsse sie sich „dafür entschuldigen, die Schreie der Millionen echter Opfer von Menschenrechtsverletzungen in aller Welt zu ignorieren – und diese Opfer zu verhöhnern“.

Ron Prosor, Israels Botschafter bei den Vereinten Nationen, stieß Ende März in einem Gastkommentar für die New York Times ins gleiche Horn. Die UNO sei „als Tempel des Friedens geplant“ gewesen, schrieb er, „aber diese einst große globale Organisation wurde überrannt von repressiven Regimen, die Menschenrechte verletzen und die internationale Sicherheit untergraben“. Genau diejenigen Nationen, die ihren Bürgern demokratische Rechte verweigerten, missbrauchten „das demokratische Forum der Vereinten Nationen, um ihre eigenen Interessen zu fördern“ – und Israel anzuklagen. „Unsere Antwort auf die Anschuldigungen der Vereinten Nationen ist, unermüdlich für die zu sprechen, denen im Nahen Osten ein Mitspracherecht verweigert wird – Frauen, Minderheiten, Schwule, Lesben – und zu kämpfen gegen die täglichen Bemühungen totalitärer Regime, demokratische Gesellschaften zu untergraben“, so Prosor weiter. „Aufgrund der Tatsache, dass Israel eine blühende Gesellschaft ist, glaube ich, dass wir gewinnen.“

Fraglos eine zutiefst humanistische Ansicht. Dass sie bei den Vereinten Nationen die Oberhand gewinnen wird, muss man jedoch stark bezweifeln.

Tom, der Brückenbauer

Ein Koch ist der berühmteste Deutsche in Israel

Von Chaya Tal

Als er diesen Satz sagt, lächelt Tom Franz verschmitzt, so, als sei sein Übermut bei der israelischen Koch-Show „Masterchef“ damals noch, 2013, eine richtige Chutzpe gewesen. Und seien wir ehrlich – war es denn etwa keine? Ein deutscher Koch aus dem Rheinland, frisch zum Judentum konvertiert, tritt in der beliebtesten israelischen Koch-Show gegen Meister/-innen der mediterranen Küche an, und will den Juden beibringen, wie man koscheres Weltklasse-Essen herzaubert.

Als er diesen Plan tatsächlich umsetzt, und den „Masterchef“ gewinnt, bleiben viele Münder offen und es bricht eine Begeisterungswelle aus – bei den Israelis, bei den Deutschen. Und der hochgewachsene Mann mit dem blonden Pferdeschwanz und dem resoluten Blick wird über Nacht zu Israels Lieblingskoch und Lieblingsdeutschem.

Obwohl er es ja eigentlich gar nicht mehr ist. Denn Thomas Franz, 42, in Erfstadt geboren, in Köln studiert und 2004 nach Israel ausgewandert, von Beruf Jurist, ist seit einigen Jahren Jude und Israeli. Im Januar 2013 gewann er den ersten Platz bei der Teilnahme am Kochwettbewerb der israelischen Sendung „Masterchef“ und änderte danach seine Karriere grundlegend. Mit seiner Frau Dana und zwei kleinen Jungs lebt er in Tel Aviv. Ich hatte die Ehre gehabt, Tom bei einem Treffen in einem bequemen kleinen Café in Tel Aviv mit Fragen löchern zu dürfen – zu seiner Karriere, dem persönlichen Werdegang und seinem Bild von Israel und Deutschland.

Natürlich dreht sich die erste Frage um den Werdegang.

Wie kamst du zur Teilnahme bei „Masterchef“?

Ich habe erst in der dritten Staffel mitgemacht. Meine Frau arbeitet in der Gastronomiebranche, sie wusste natürlich sofort von der Show, und sagte „das ist was für dich!“. Ich meinte da nur – „kannst du vergessen!“. Ich selbst habe seit 15 Jahren keinen Fernseher gehabt und ich mag Reality-Shows nicht. Ich habe die Sendung selbst kaum gesehen. Als ich sie mir schließlich doch angesehen habe, fand ich sie klasse. Diese Show ist für die ganze Familie, wie „Wetten, dass...“ in seinen besten Jahren. Es wird von allen Alters- und Sozialschichten geschaut.

Auch bei der zweiten Staffel meinte meine Frau, ich solle doch mitmachen. Meine Reaktion: „Kannst du vergessen.“ Zwischen der zweiten und der dritten Staffel hatten wir eine schwere Zeit in der Familie. Meine Frau ist bei der Geburt des ersten Kindes fast gestorben, ich war einen Monat praktisch allein mit dem Kleinen, es gab Riesensorgen. Nachdem meine Frau wieder gesund geworden war, sagte sie zu mir, „du hast einen Monat für uns geopfert, jetzt mach das hier für dich. Vielleicht öffnen sich für dich dadurch Türen.“ Irgendwo war ich noch immer widerwillig, habe es dann aber doch gemacht.

Tom Franz ist gläubig und hält die jüdischen Gebote ein. Mit aller Selbstverständlichkeit bestätigt er, dass die Gerichte, die er bei „Masterchef“ zauberte, der Kaschrut entsprachen, und man sie allesamt in einer koscheren Küche nachkochen könnte.



Tom Franz wurde in Israel durch die Teilnahme in einer Fernseh-Kochshow berühmt.

Ich habe bei „Masterchef“ eine Art Ansage gemacht. Ich will beweisen, dass man koscheres Essen auf Gourmet-Niveau kochen kann. Die meisten denken, das sei nicht möglich. Das koschere Essen hat einfach nicht diesen Ruf. Eigentlich gibt es dafür aber gar keinen praktischen Grund mehr. Heute bekommt man alle Produkte in ihrer höchsten Qualität, man bekommt alles, was man will.

Gibt es denn keine entwickelte koschere Küche in Israel?

In Israel gibt es keinen Chefkoch, der nur koscher kocht. Sie kochen alle unkoscher. Sie bereiten dir vielleicht etwas Koscheres zu, weil man sie dafür zahlt, aber per se sind sie unkoscher. Ich bin der einzige bekannte Koch, der durchgehend koscher kocht. Bei mir wollen die Leute aber essen, weil sie mein Essen gut finden! „Koscher“ ist dann nur der Zusatz.

Nach „Masterchef“ bist du gefeierter Koch in Israel. Verdienst du damit heute sprichwörtlich dein tägliches Brot?

Seit 2 Jahren arbeite ich nun mit meiner Frau im Team, die als PR-Managerin arbeitet und sich in der Gastronomiewelt Tel Avivs auskennt. Es gibt Deutschlandbesuche, die anstehen, Veranstaltungen aller Art mit entweder deutsch-jüdischem oder deutsch-

israelischem Bezug. Ich habe vor anderthalb Jahren ein Buch herausgebracht. Es gibt natürlich viele Fernsehauftritte, denn es ist super, wenn der Koch selbst auftritt und nicht einfach Rezepte vorgelesen und nachgemacht werden.

Hast du über eine Festanstellung in einem Restaurant nachgedacht? Bist du daran interessiert?

Fest angestellt? – Also, ein eigenes Restaurant würde ich haben wollen, und es gibt durchaus Möglichkeiten und Angebote. Sowohl in Israel als auch in Deutschland. Ich bin zurzeit in Verhandlungen und muss auch für mich wissen, wann genau es das Richtige für mich ist. Ich kann mich nicht irgendwo festketten, es müssen viele Komponenten dafür stimmen, und bisher war es noch nicht so der Fall. Ich denke aber, dass es in Israel irgendwann anstehen wird, oder vielleicht auch in Deutschland? Vielleicht sogar ein gutes koscheres Restaurant?

Ich will von Toms professioneller Kenntnis profitieren und verstehen, wie die mannigfaltige israelische Küche tickt - und wie er als Europäer mit einer ursprünglich eher distanzierten Einstellung zu Gewürzen und mediterranen Spezialitäten mit diesen Verschiedenheiten umgeht.

Kannst du uns einen kulinarischen Geheimtipp aus der israelischen Küche geben?

Der sicherste und beste Einstieg in die israelische Küche ist das Streetfood. Damit meine ich Hummus, Falafel, Sabih. Was ist denn die israelische Küche? Wir reden hier von an die 80 Nationalküchen, die alle im Endeffekt israelisch sind. Daher bildet die Basis der israelischen Küche das regionale Essen, das lokal-arabisch ist. Wenn ich in Deutschland koche, dann bringe ich etwas Farbiges, Intensives, etwa aus Nordafrika, Persien oder Jemen. Da bringe ich doch keinen gefüllten Fisch! Das ist zwar jüdische Küche, aber ist nur das die israelische? Man muss auch wissen, die Mengenverhältnisse und die Zusammenstellungen sind anders in den verschiedenen Küchen. Kräuter, Gewürze, Gemüse – im Endeffekt werden beim Kochen die gleichen Zutaten benutzt, es gibt nichts „Fremdes“, was es in der einen oder anderen Küche nicht gibt, aber in völlig anderen Proportionen. Wenn man in Deutschland Salat macht – dann sind es drei Scheiben von diesem hier, drei Scheiben von diesem dort. In Israel macht das andere Mengenverhältnis es bunt, intensiv und froh.“

Damit wären wir bei der deutschen Küche und deutschen Spezialitäten. Dass das Schnitzel in Israel eine große Rolle im Alltagsmenü spielt, ist bekannt. Welche anderen Gerichte aus deutschsprachigen Ländern sind regelmäßig auf israelischen Tellern anzutreffen?

Da müsste ich nachdenken. Die aschkenasische Küche ist hier ziemlich verlorengegangen. Was sich erhalten hat, das sind die Sachen mit Hering, oder das, was mit Quiche zu tun hat... aber das ist schon wieder Französisch. Etwas, was man tatsächlich im Streetfood wahrnehmen kann, eher nicht. Die klassische Küche, im Großraum Deutschland, Österreich und Ungarn beheimatet, ist zum Teil vernichtet worden. Diejenigen, die hierhergekommen sind, waren entweder noch zu jung, um sie zu kennen und kochen zu können, oder haben es einfach schleifen gelassen.

Die Aschkenasen in Israel haben andere Berufe ausgeübt. Die Küchenberufe waren größtenteils von den Sepharden besetzt, und diese haben ihre Gerichte hineingebracht, und sich nicht die Mühe gemacht, andere Rezepte zu lernen.

Hast du vor, dies heute zu ändern?

Wenn ich koche, nutze ich viele Einflüsse, aber ich mache keine klassische deutsche Küche. Ich lasse deutsche Einflüsse im Essen spüren, sie werden auch gut angenommen, aber es sind per se keine deutschen Rezepte, man kann sie auch nicht einfach so übernehmen wegen der Kaschrut. Das kann eher bei der Konditorei übernommen werden, denn dort gibt es keine Probleme mit der Kaschrut.

Welche Reaktionen bekommst du auf deine Kochkunst?

Von den Profis wurde ich gut aufgenommen – und das trotz deren jahrelanger Erfahrung, und ohne jegliche Anerkennung. Es waren Reaktionen von Chefköchen in Restaurants, welche nie bei „Masterchef“ mitgemacht haben. Dutzende Chefköche, die ich getroffen habe, und die mir gesagt haben, es wäre eine super Leistung gewesen. Das hat

mir fast noch mehr Selbstbewusstsein gegeben als der Sieg bei der Show an sich.

Ich bekam auch Rückmeldungen von Jecken (deutschstämmigen Juden), sie meinten sogar, ich hätte bei Masterchef mit meinen Gerichten ihrer Küche die Ehre zurückgegeben.

Nun kann man die israelische Küche nicht auf etwas Bestimmtes festlegen. Wie würdest du sie trotzdem im Allgemeinen einschätzen?

Die Küche Israels ist irgendwo gesünder. Sie ist näher am Vegetarischen dran, als man denkt.

Im Jahr 2013 ist dein erstes Buch herausgekommen, „So schmeckt Israel“ (AT Verlag). Wie empfindest Du dessen Erfolg in Deutschland und hatte es auch Anklang in Israel?

Soweit ich es von meinem Verlag weiß, verkauft es sich gut, der Verlag ist zufrieden. In Israel ist es aber nicht angekommen. Es ist auf Deutsch und erklärt dem deutschen Publikum die jüdische Küche, Kaschrut. In Israel wäre es Quatsch, es in so einem Format herauszubringen, dann müsste man es praktisch neu schreiben.

Toms Verhältnis zu Deutschland ist sehr positiv, und auch noch immer sehr eng – obwohl er schon über 10 Jahre in Israel lebt, und auch so schnell nicht vorhat, hier wegzuziehen. Seit „Masterchef“ in sein Leben kam, ist er noch häufiger zu Besuch in der alten Heimat als früher, ist Stargast bei Veranstaltungen und Talkshows, allerdings nicht immer in Köln.

„Leider, denn meine Eltern können mich aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr besuchen kommen.“ Daher verbringen Tom und seine kleine Familie ihre Urlaube auch in Deutschland, bei den Eltern in Köln. „Ich habe nicht den Bedarf, irgendwohin wegzureisen, ich bin ja schon ‚weg‘. Viele haben Träume davon, wo sie später leben werden, und sie machen es nicht, und ich bin genau da hingegangen, wo ich immer sein wollte. Ich habe Köln nicht verlassen, weil ich es nicht mochte, sondern ich hatte einen Grund, hierhin nach Israel zu gehen, weil ich jüdisch werden wollte.“

Wie war es denn tatsächlich, einfach mal „jüdisch“ zu werden? Ganz ohne Familienbezug oder anderweitigen Hintergrund, in ein trotz Freunden und Bekannten fernes, fremdes Land zu ziehen?

Seine erste Berührung mit Israel hatte Tom Franz mit 16 Jahren, in der Schule in Erfstadt. Seine Stadt hatte eine Partnerschaft mit Holon bei Tel Aviv betrieben, und es wurden regelmäßig Schülerdelegationen aufgenommen und hingeschickt. Tom hatte selbst nicht viel davon mitbekommen:

„Ich kam nach den Herbstferien in die Schule und in der Cafeteria standen Israelis. Die fand ich super!“

Es war gar nicht das Land – es waren die Menschen. Tom war fasziniert von den Namen und dem Aussehen, und hatte sich schnell mit der kleinen Gruppe angefreundet. Als dann die Zeit kam, eine deutsche Austauschgruppe nach Israel zu schicken, versuchte er alles, um in die Auswahl zu gelangen. Als ein Mitschüler die Reise absagte, war das seine Chance.

Nach dem Schüleraustausch machte Tom mit seinem normalen Leben weiter – Zivildienst (übrigens auch in Tel Aviv, bei der „Aktion Sühnezeichen“), dann Bankenlehre und Jura-Studium. Das Kochen war, wenn überhaupt, ein Hobby, das er seit jüngeren Jahren hatte. Er erinnert sich an Früchte, die er in der Kindheit von Bäumen gepflückt und verarbeitet hatte, und an Einkäufe beim Bauern. Danach

wurde das Kochen ein Mittel zur Selbstversorgung in der Studentenzeit. Tom kochte gerne, und Freunde aßen gern bei ihm. Er selbst sagt, das meiste Geld gab er für Küchengeräte aus, und so wurde die Küche zum bestausgerüstetsten Platz in seiner Wohnung. Leidenschaft für das Kochen war da, keine Frage. Die Berufsplanung ging aber Richtung Jura.

Mitte 20 begann Tom sich dann langsam, aber sicher für den Glauben zu interessieren, und als er sich entschloss zu konvertieren, kontaktierte er die Gemeinde in Köln. Damals war noch Rabbiner Netanel Teitelbaum im Amt. Nach einem Gespräch mit ihm meinte der Rabbiner – wenn du es wirklich willst, dann geh nach Israel. Das tat der junge Mann auch und erschein 2004 in Tel Aviv, ohne Aufenthalts- oder Arbeitslaubnis, und erst recht keiner Möglichkeit, lokal zu konvertieren – nur voller Motivation, und ein-

später war er Jude. „Du vergisst fast, worum du das Ganze machst.“

Nach der Konversion lebte Tom weiterhin in Tel Aviv. Er lernte Dana kennen, die mit 2 Jahren mit ihren Eltern aus den USA nach Israel gekommen war. Ihr Vater – Jerusalemer mit syrischen und marokkanischen Wurzeln, ihre Mutter mit Großeltern aus dem ukrainischen Lemberg, Schoah-Überlebende.

Wer war alles bei der Hochzeit eingeladen?

Für israelische Verhältnisse war die Hochzeit klein – nur 160 Leute. Für mich war es größer, als ich es mir je vorstellen konnte. Ich habe keine große Familie, acht oder zehn Freunde aus Deutschland waren gekommen, mein Bruder, meine Eltern. Es kamen Danas Familie und Leute aus unserem gemeinsamen Freundeskreis, die wir von gemeinsamen

Die Beziehung zwischen Deutschland und Israel spielt natürlich nicht zufällig eine Rolle in unserem Interview. Schließlich ist Tom Franz eine Art deutsches Aushängeschild in den Augen der Israelis – für viele sicherlich unbewusst, vermittelt er dennoch ein Bild von Deutschland, das man sich vor 50 Jahren nicht hatte träumen können.

Wie würdest du persönlich aus deiner Erfahrung die Beziehung zwischen den beiden Ländern charakterisieren?

Sie haben sich stetig verbessert. Das merkt man an den Menschen. In den letzten zehn Jahren kann ich es mehr an den Israelis messen als an den Deutschen. Sie haben eine offenerere, eine positivere Einstellung zu Deutschland. Einmal ist es sicherlich wegen der deutschen Staatsräson Israel gegenüber. Deutschland steht offiziell zu Israel. Es ist nicht mehr verpönt, deutsche Produkte gut

Salat mit Orangen und schwarzen Oliven

Eine hinreißende und überraschende Geschmackskombination.

Harissa, eine Paste aus getrockneten süßen Chilischoten, die es heute in jedem Supermarkt zu kaufen gibt, die man aber auch selber machen kann (siehe unten), ist für den ungewöhnlichen und pikanten Geschmack verantwortlich.

Für 4 Portionen

50 g schwarze Oliven ohne Kern
4 Orangen, geschält und in Würfel geschnitten
1 gehäufte EL Harissa
1 EL Korianderblätter, fein gehackt
½ TL Kreuzkümmel, gemahlen
Saft von 1 Zitrone
3 EL Olivenöl
1 Knoblauchzehe, geschält und fein gehackt

Für die Harissa:

200 g getrocknete milde Chilischoten
½ Knoblauchknolle, die Zehen geschält

½ TL Koriander, gemahlen
1 TL Rosenpaprika
1 TL Kreuzkümmel, gemahlen
1 EL Salz
Saft von 2 Zitronen
Olivenöl

Die genannten Zutaten sorgfältig miteinander vermengen und 2 Stunden bei Zimmertemperatur ziehen lassen. Nicht in den Kühlschrank stellen!

Die Harissa:

Von den Chilischoten die Enden abschneiden. Anschließend in warmem Wasser einweichen und zusammen mit den übrigen Zutaten im Mixer fein pürieren. In ein Vorratsglas füllen und mit Olivenöl bedecken. Harissa kann für viele Speisen verwendet werden, die eine gewisse Schärfe benötigen, insbesondere für Gerichte und Saucen mit Tomaten.

gen Bekannten, bei denen er dann die erste Zeit übernachten musste, bevor er sich schließlich, nach anderthalb Jahren, den Aufenthalt und die Zulassung zu einem orthodoxen Konversionskurs beim Haupttrabbinat von Tel Aviv sichern konnte.

Es war ein harter Kampf, und ist niemandem zu empfehlen, wie Tom sagt.

Schabbat-Besuchen kannten, aus den Synagogen. Ich gehe auch in den Kollal und lerne dort. Auch Jeschiwa-Studenten aus Bnei Brak kamen angefahren.

Die Hochzeit haben wir in einer Synagoge gemacht, wir durften sogar den Catering-Dienst dorthin bestellen. Irgendwann kamen 25 ultraorthodoxe Studenten rein und tanzten. Und dann, als schon die meisten inklusive der Jeschiwa-Studenten gegangen waren, machten wir Karnevalslieder an! Das muss man sich leisten können – als Deutscher in einer Synagoge heiraten und dann Karnevalslieder bei der Hochzeit. Aber es hat wirklich gepasst, die Leute waren begeistert.

Nun leben Tom und Dana Franz in einer Stadt, die für ihre Säkularität und westliche Orientierung berühmtberühmt ist. Will man den Medien und sozialen Netzwerken glauben, so ist der größte Traum der Tel Aviver von heute eine Auswanderung nach Berlin.

Kannst du als Deutscher, der nach Israel gegangen ist, um dort als Jude zu leben, die „Berlin-Welle“ verstehen?

Ich kann das schon gut verstehen, ich bin ja auch dorthin gegangen, wo ich sein wollte. Israelis gehen ja nicht nur nach Berlin, sondern auch nach New York beispielsweise. Innerhalb Deutschland ist Berlin der Magnet schlechthin, eine fantastische Stadt. Ich denke, es ist die New York-Berlin-Tel Aviv-Achse, die Städte, die im gleichen Puls schlagen.

zu finden. Deutsche Qualität steht weit oben auf der Präferenzliste israelischer Kunden.

Auf der anderen Seite wollen viele Deutschland besuchen und dort leben. Es gibt eine starke Affinität seitens Israelis zu Deutschland. Das weist vielleicht darauf hin, was es früher gegeben hat: Die Juden hatten sich in Deutschland wohl gefühlt, sie waren Teil der deutschen Kultur, so wie auch diese ein Teil von ihnen war. Vielleicht kommt es heute natürlicher heraus.

Beim Stichwort „Kulturunterschiede“, was fällt Dir dabei zuerst ein?

Eins der ersten Worte, die man in Israel kennenlernt, ist „Balagan“. Weil es ganz typisch ist, „Balagan“ zu veranstalten. Es ist eine Art positive, keine negative Unordnung. Der Normalzustand von Ordnung, die eben unordentlicher ist als die normale Ordnung, wie man sie kennt.

Natürlich kommt Tom auch auf die (Un-)Pünktlichkeit von Israelis zu sprechen, und auf den so auffälligen Glauben, das alles am Ende doch noch irgendwie gut sein wird, auch wenn man nicht vorplankt: „Yiye beseder“ – alles wird in Ordnung sein – ist nicht einfach so daher gesagt, sondern es ist die Lebenserfahrung eines ganzen Volkes. Irgendwann wurde alles eben immer „beseder“. Es hat seinen Ursprung im jüdischen Glauben, und es ist auch gut so.

Im Endeffekt, wenn der eine vom anderen lernt, was er selbst gerne hätte, der eigenen Mentalität und Erziehung aber fremd ist, dann gelangt man einfach zu einer goldenen Mitte.

„Es ist genau, was ich in meiner Beziehung mache“, beschließt Tom, der „leibhaftige deutsch-israelische Kulturaustausch“, lächelnd seine Ausführungen.



In seinem Buch erklärt er deutschsprachigen Lesern die israelische Küche.

„Ich war so davon überzeugt, ich tue es für Gott, und wenn Er das will, da kann mich keine Regelung davon abhalten, und kein Gesetz mir sagen, dass hier das Ende ist.“ 2007 hatte er es geschafft, 500 Kursstunden und dutzende Bescheinigungen

Ein Poker mit falschen Karten

Wie man Schritt für Schritt antiisraelischen Lügern den Wind aus den Segeln nehmen kann

Von Shany Mor

Antiisrael-Aktivisten benutzen oft manipulierte Landkarten, um Israels angebliche Vergehen im Verlauf des letzten Jahrhunderts zu zeigen. Solche Behauptungen werden von Leuten aufgestellt, die im besten Fall keine Faktenkenntnis, im schlimmsten Fall keinen moralischen Kompass haben.

Dieser Tage kann man auf einem amerikanischen oder europäischen Universitäts-Campus nicht weit gehen, ohne irgendeiner Version der Landkarten zu „Verlust von palästinensischem Land“ zu begegnen. Diese Serie von vier – gelegentlich fünf – Landkarten gibt vor zu zeigen, wie räuberische Zionisten fortlaufend auf palästinensisches Land übergreifen haben. Sie schleichen sich gelegentlich sogar in angeblich seriöse Medienquellen wie „Al-Jazira English“ ein.

Autor entschuldigte sich dafür, nicht in der Lage zu sein, seine Quellen ausfindig zu machen und erklärte, er arbeite nicht länger beim „New Statesman“. Er ist zum „Guardian“ weitergezogen und angesichts der Haltung dieses Organs zu Israel sollte er kein Problem haben sich dort schnell wohlfühlen.

Es gibt einen Grund, warum diejenigen, die diese Landkarten gebrauchen, vermeiden, deren Herkunft oder ihre Genauigkeit zu überprüfen. Die Karten sind unerhört, beinahe kindisch verlogen. Doch sie sind derart allgegenwärtig, dass es sich lohnt, sich die Zeit zu nehmen, sie und das zu untersuchen, was ihre Verlogenheit uns über die Sache der Palästinenser und ihrer Unterstützer lehren kann.

Welche Form auch immer sie annehmen, diese „Landverlust“-Karten zeigen wenig Variation. Die Standardversion sieht ungefähr so aus:

ße Lügen hinaus. Sie entstammen einer ziemlich bewussten Ablehnung zwischen Privatland und Staatsland zu unterscheiden, ebenso wird jeder politische Kontext völlig gelöscht.

Dieser letzte Punkt ist besonders wichtig. Er führt zu der Frage, ob die Palästinenser tatsächlich dieses Land „verloren“ und wie der Kontext des angeblichen „Verlustes“ aussieht. Ohne den politischen Kontext wird eine völlig irreführende Geschichte erzählt, die auf eine glatte Lüge hinausläuft. Man lügt durch Verschweigen und Weglassen.

Nimmt man sich eine der Karten nach der anderen vor, dann kann man leicht demonstrieren, dass die erste die bei weitem verlogenste ist. Soweit ich feststellen konnte, gründet sie auf einer Karte über Landerwerb durch den Jewish National Fund (JNF), die aus den 1920er Jahren stammt. Der JNF war gegründet

wurde gegründet, um ein Ziel zu realisieren, das vom Wesen her zionistisch war.

Nicht in jüdischem Besitz befindliches Land gilt automatisch als arabisch

Doch diese Lüge wird von etwas verstärkt, das in seinem Ausmaß noch gewaltiger ist: Jedes einzelne Stückchen Land, das nicht dem JNF gehörte, wird als arabisch oder palästinensisch bezeichnet. Das war schlicht nicht der Fall. Wir haben unvollständige Daten zum Landbesitz im modernen Palästina und noch weniger zu arabischem Landbesitz als zu jüdischem, zum Teil wegen der sehr komplizierten Beschaffenheit des Landbesitzrechts in ottomanischer Zeit. Doch jede Karte über privaten Landbesitz im Mandat Palästina aus dieser Zeit wäre weitgehend leer – die Hälfte des Landes ist immerhin Wüste. Sie würde kleine Flecken privaten jüdischen Landes zeigen – wie es diese Karte tut – neben kleinen Flecken privaten arabischen Landes zeigen, wie es diese Karte ganz dreist nicht tut.

Der Plan von 1947 war immer nur ein Plan, nie Tatsache

Die nächste Karte ist mit „1947“ beschriftet. Das ist ungenau, denn die Landkarte stellt weder die Situation vor Ort 1947 noch zu irgendeiner anderen Zeit dar. Stattdessen repräsentiert sie den von der UNO-Vollversammlung 1947 als Resolution 181 verabschiedeten Teilungsplan. Dieser forderte die Bildung zweier unabhängiger Staaten nach dem Ende des britischen Mandats, einen jüdischen und einen arabischen.

Es muss gar nicht erst gesagt werden, dass die Resolution nie umgesetzt wurde. Sie wurden von einer palästinensisch-arabischen Führung abgelehnt, die erst zwei Jahre zuvor noch mit Nazideutschland verbündet gewesen war. Am Tag nach ihrer Verabschiedung begannen Araber gegen jüdische Geschäfte zu randalieren, gefolgt von tödlichen arabischen Angriffen auf jüdische Zivilisten. Die Ereignisse eskalierten schnell in einem uneingeschränkten Krieg, in dem die Araber wichtige jüdische Bevölkerungszentren belagerten – alle Versorgung abschnitten, auch Lebensmittel und Wasser. An einigen Orten funktionierte die Belagerung, aber zum größten Teil wurde ihr erfolgreich Widerstand geleistet.

An diesem Punkt, als die Teilung von den Arabern abgelehnt war und keine Hilfe der internationalen Gemeinschaft in Sicht war, erklärten die Juden die Unabhängigkeit und bildeten das, was die Israelischen Verteidigungskräfte werden sollten. Die arabischen Staaten begannen sofort eine großangelegte Invasion, deren Ziele – abhängig davon, welchen arabischen Führer zu zitieren man sich entscheidet – von der Vertreibung bis zum unverblühten Völkermord reichten. Und die Araber verloren. Am Ende des Krieges, 1949, sah die Lage in etwa so aus, wie auf der dritten Karte der Serie – die erste der Serie, die wenigstens nah an die politische Realität vor Ort herankommt.

Ich sage „nahe heran“, weil auch sie bemerkenswert verlogen ist. Nur weil das Maß der Verlogenheit durch die vorhergehenden Karten soweit gedehnt wurde, erscheint sie fast wahr. Das ist sie aber leider auch nicht. Die Karte ist mit „1967“ beschriftet. Was sie zeigt, sind die sogenannten „Waffenstillstandslinien“, d.h. die Gebietsbegrenzungen, an denen die



Die Lüge

In der Tat erschienen sie gerade als „Grafik des Tages“ im respektierten britischen Magazin „New Statesman“. Darunter gab es eine winzige Textzeile, die ihre Quellen als das „UNO-Büro für die Koordination der humanitären Angelegenheiten“ und einen CIA-Atlas von 1973 nannte. Angesichts der Tatsache, dass die Karten Informationen von lange nach 1973 beinhalten, kam mir die Quelle gleich etwas fragwürdig vor.

Ich kontaktierte den Journalisten, der den Beitrag geschrieben hatte, und befragte ihn dazu. Er gab sehr zögernd zu, dass er aus antiisraelischen Propaganda-Quellen geklaut hatte und verwies mich auf den CIA-Atlas von 1973. Leider gibt es im „CIA World Factbook“ nichts dergartiges wie diese Bildserie und nichts davon hätte in einem Atlas erscheinen können, der Jahrzehnte vor einigen der Ereignisse erschien, die er angeblich porträtiert. Der

Manchmal wird eine fünfte Karte hinzugefügt, versehen mit dem Datum 1920. Sie zeigt die Gesamtheit dessen, was einst das britische Mandatsgebiet Palästina war, in einer einzigen Farbe mit der Bezeichnung „palästinensisch“. Das vollendet das scheinbar Unmögliche und macht die Serie der Karten sogar noch verlogener als zuvor.

Ob es nun vier oder fünf Karten sind – die Botschaft der Serie ist klar: Die Juden Palästinas haben beharrlich mehr und mehr „palästinensisches Land“ geschluckt, sich wie eine Art Pilzinfektion verbreitet, die irgendwann ihren Wirt verschlingt.

Keine Unterscheidung zwischen Privat- und Staatsland

Allerdings gibt es in diesen Karten einige unverblühte Lügen. Die ungeheuerlichsten Unwahrheiten gehen über blo-

Belanglosigkeit, vergleicht man sie mit der gewaltigen Lüge, die diese Landkarte darstellt: Sie verbindet bewusst privaten Landbesitz mit politischer Kontrolle.

Vor 1948 hatten weder Juden noch Araber in Palästina etwas zu melden

Die sind überhaupt nicht dasselbe. Die schlichte Tatsache ist die, dass nichts vom Palästina vor 1948 unter der politischen Gewalt von Arabern oder Juden war. Es wurde von der britischen Mandatsregierung regiert, die vom Völkerbund für den ausdrücklichen Zweck der Schaffung einer „jüdischen nationalen Heimstatt“ eingerichtet worden war. Das war auch – entgegen den Behauptungen unzähliger propalästinensischer Aktivisten – das erste Mal, dass in der modernen Geschichte eine eigenständige politische Instanz namens „Palästina“ existierte. Und diese Einrich-



Die Wahrheit

israelischen und die arabischen Armeen 1949 aufhörten zu kämpfen. Diese Linien hielten mehr oder weniger bis 1967. Was Israels Grenzen angeht, stellt diese Karte also die Lage während dieser 19 Jahre richtig dar.

Jordanien und Ägypten - 1967 gab es keinen unabhängigen Quadratmeter „Palästina“

Doch was auf der anderen Seite der Linie liegt, in den Gebieten, die heute die Westbank und der Gazastreifen genannt werden, ist wiederum auf radikal verlogene Weise dargestellt. Dieses Land war nicht – weder vorher, noch nach 1967 – „palästinensisch“ in dem Sinne, dass es von einem palästinensisch-arabischen Gebilde kontrolliert wurde. Beide Gebiete waren von eingedrungenen arabischen Armeen besetzt, als 1949 der Waffenstillstand erklärt wurde – der Gazastreifen von Ägypten und die Westbank von Jordanien. Letztere wurde bald annektiert, während der erstere unter ägyptischer Militärverwaltung blieb. Dieser Status quo dauerte bis 1967, als beide von Israel erobert wurden.

Den größten israelischen Landverlust im Sinai zeigt keine Karte

Im Sechstagekrieg von 1967, der von arabischer Rhetorik gekennzeichnet war, die manchmal noch völkermörderischer war als die von 1948, nahm Israel zudem Syrien die Golanhöhen und Ägypten den Sinai ab, womit es die Landmasse unter seiner Kontrolle mehr als verdreifachte. Israel hat sich seitdem aus mehr als 90 Prozent des von ihm besetzten Landes zurückgezogen – größtenteils mit dem Abzug aus dem Sinai, der zum Frieden mit Ägypten führte. Es überrascht nicht, dass es keine Landkarten des „israelischen Landverlustes“ gibt, die das darstellen.

Die ersten drei Karten bringen ethnische und nationale Kategorien durcheinander (jüdisch und israelisch, arabisch und palästinensisch), zudem privaten Landbesitz und staatliche Souveränität und die palästinensische Nationalbewegung mit arabischen Staaten wie Ägypten und Jordanien, die eine Generation lang über besetztes Territorium herrschten. Sie sind ein Meisterwerk schamloser Irreführung.

Die kleinen Flecken sind die erste „Palästinensische“ Souveränität – nicht die letzte

Wenn wir zur vierten Karte weitergehen, ist Irreführung das einzig Beständige. Diese Karte wird gewöhnlich mit „2005“ oder „heute“ beschriftet. Sie gibt vor die Verteilung der politischen Kontrolle nach dem Oslo-Prozess und dem israelischen Abzug aus dem Gazastreifen zu zeigen. Die Flecken palästinensischen Landes in der Westbank sind Bereiche, die der PA in den 1990er Jahren übergeben wurden, zumeist unter dem Oslo-II-Abkommen von 1995. Ein komplexes Flickengerüst an Verwaltungs- und Sicherheitszonen, die das Westjordanland in Bereiche ausschließlicher palästinensischer Kontrolle, gemeinsamer Kontrolle und israelischer Kontrolle aufspaltete. Das war als fünf Jahre dauerndes Interim-Arrangement gedacht, nach dem eine Endstatus verhandelt werden sollte.

Endstatusverhandlungen fanden tatsächlich statt. Aber es wurde keine Vereinbarung erreicht. Wie 1947

war der Hauptgrund palästinensische Verweigerung. Diesmal lehnte die Palästinenserführung einen Staat auf mehr als 90 Prozent des Westjordanlands und 100 Prozent des Gazastreifens ab. Sie brach dann ihr Versprechen, nicht zum bewaffneten Kampf zurückzukehren und begann eine Kampagne der Selbstmord-Bombenanschläge und anderer terroristischer Gräueltaten, die nicht nur moralisch unentschuldigbar waren, sondern sie die Insignien der Souveränität verlieren ließ, die sie im Verlauf des vorangegangenen Jahrzehnts gewonnen hatte.

Nachdem die schlimmste Gewalt unterdrückt war, entschied sich Israel den Gazastreifen zu verlassen, den es ein Jahrzehnt zuvor nicht evakuiert hatte. Der Abzug fand 2005 statt. Zwei Jahre später übernahm die islamistische Gruppe Hamas den Streifen in einem gewalttätigen Staatsstreich. Seitdem hat es zwei palästinensische Regierungen gegeben – das Hamas-Regime in Gaza und das von der Fatah geführte Regime im Westjordanland.

Beide Regime sind auf dieser vierten Landkarte mit derselben Farbe gekennzeichnet, womit man versagt, die Spaltung zwischen den beiden Regimen anzuerkennen, obwohl es die erste Karte ist, die die Bereiche unter politischer Kontrolle der palästinensischen Araber korrekt markiert.

Eine ehrliche Herangehensweise würde völlig anders aussehen. Sie würde jede dieser Kategorien nehmen und beschreiben, wie sie sich im Lauf der Zeit entwickelte. Zum Beispiel könnten wir auf Grundlage der am unverfroren betrügerischsten Karte, 1946, die chronologische Entwicklung der Verteilung von privatem Landbesitz zeigen. Aber zuerst müssten wir die Karte „1946“ der Originalserie korrigieren, indem wir nur arabischen Landbesitz als arabisch kennzeichnen, statt einfach das gesamte Land mit der gewünschten Farbe zu füllen.

Andererseits sind die Kategorien der politischen Kontrolle und der internationalen Teilungspläne im Verlauf der Zeit recht einfach als Karte auszuarbeiten. Da das Anliegen derer, die die beschriebene Karten-Serie veröffentlichen, darin besteht, dass das Land palästinensisch kontrolliert wird, können wir das mit einer ehrlicheren Reihe von Karten illustrieren, die die Bereiche politischer Kontrolle zeigen und dazu dieselben Jahre benutzen wie das Original.

Vor 1948 herrschten die „Palästinenser“ über nichts

Wie oben zu sehen ist, war 1946 genau Null Land unter palästinensisch-arabische Kontrolle – nicht autonom, nicht souverän, gar nichts – da alles unter britischer Obrigkeit stand. Wir könnten zeitlich weiter zurückgehen, z.B. in die osmanische Zeit, und die Karte würde sich nicht im Geringsten ändern. 1947 sieht keine Veränderungen in der Karte, da sich Palästina immer noch unter britischer Kontrolle befand. Vor dem Krieg im Juni 1967 ist die Kontrolle zwischen drei Staaten aufgeteilt und keiner davon ist palästinensisch. Die Karte 2005 würde genau so präsentiert wie in der ursprünglichen Reihe. Erstmals werden palästinensische Araber von palästinensischen Arabern regiert.

1994 regierten ersmal „Palästinenser“ über „Palästinenser“ – niemals vorher

Fakt ist: Der Friedensprozess in den 1990er Jahren hatte das erste palästinensisch-arabische Regime zum Ergebnis, die über irgendein Stück Land herrschte. Das geschah 1994 mit der Gründung der palästinensischen Autonomiebehörde in Gaza und Jericho. Diese Kontrolle dehnte sich im Verlauf der Jahre über immer mehr Land

aus, was so bis zu den fehlgeschlagenen Endstatus-Gesprächen weiterging. Alle diese palästinensischen Landgewinne haben in den letzten 20 Jahren stattgefunden, und jeder Quadratmeter davon kam nicht von der Türkei oder Großbritannien oder Jordanien oder Ägypten, sondern allein von Israel. Fast alles davon durch Friedensverhandlungen.

Vergleich mit Indien und Pakistan

Der vielleicht beste Weg die Pleite des Mythos der „palästinensischen Landverluste“ zu veranschaulichen ist der Vergleich mit ähnlichen Situationen andernorts: Ein gleichermaßen absurder Satz Landkarten könnte vom indischen Subkontinent vor und nach dem Ende der britischen Herrschaft gefertigt werden. Er könnte mit einer Karte des gesamten Subkontinents 1946 beginnen und alles von Hindus privat besessene Land als „indisch“ und den Rest als „pakistanisch“ bezeichnen.

Kein denkender Mensch kann „palästinensischen Landverlust“ ernstnehmen. Der ist absurd und ebenso eine Fiktion. Doch er ist auch auf seine eigene Art extrem destruktiv. Denn diese Karten und die von ihnen propagierten Lügen ermutigen nur die palästinensische Verweigerung und Gewalt. Und wie oben gezeigt, haben diese den Palästinensern immer weniger übrig gelassen, als sie vorher hätten haben können.

Übersetzung von Herbert Eiteneier

Discover the real Japanese
KOBE BEEF

beefbar
Born in Monte-Carlo

HAUSVOGTEIPLATZ 10
10117 BERLIN
ÖFFNUNGSZEITEN:
MO – FR AB 12 UHR, SA/SO AB 18 UHR
RESERVIERUNGEN UNTER:
030 - 2067 93 01

Die Autisten-Einheit der Armee

Die israelischen Streitkräfte setzen auf ganz besondere Soldaten

Von Arye Sharuz Shalicar

Sie werten Satellitenbilder aus, analysieren Karten, interpretieren Daten, und entdecken dabei auch die kleinsten Details: die Soldaten des „Roim Rachok“-Programms.

Es sind ganz besondere Soldaten, denn alle Mitglieder dieser speziellen Einheit, die einen wichtigen Beitrag zum Schutz der israelischen Bevölkerung leisten, sind Autisten. „Roim Rachok“, ist hebräisch, bedeutet sinngemäß „weit schauen“, über den Horizont hinaus.

Soldaten, die diesen hoch eingestuftem Zweig der Armee bilden, sind einige der bestqualifizierten Soldaten bei den israelischen Streitkräften und besitzen herausragende Fähigkeiten. Autistische Menschen sind nicht krank oder behindert, sondern anders, wie es heißt. Und

wirklich ist Autismus keine Krankheit, sondern vielmehr eine tiefgreifende Entwicklungsstörung.

Meist tun sich Autisten mit zwischenmenschlichen Beziehungen etwas schwerer, verfügen aber über große analytische Fähigkeiten. Genau durch ihre visuellen und analytischen Fähigkeiten sind die Soldaten des „Roim Rachok“-Programmes qualifiziert, um zusammen mit allen weiteren Soldaten der „Intelligence Corps“ Unit 9900 ihren Dienst zu leisten. Das tun sie freiwillig. Die Dauer ihres Dienstes beträgt rund ein Jahr.

Darüber hinaus wird ihnen die Möglichkeit gegeben, nach Abschluss ihres Dienstjahres diesen zu verlängern. Neun von elf Soldaten des jüngsten Jahrgangs des „RR-Programms“ entschieden sich dazu, ihren Dienst fortzusetzen. Alle dort

dienenden Soldaten durchlaufen zuvor ein strenges und hochselektives Verfahren, um in diese Spezialeinheit aufgenommen zu werden.



Diese Einheit ist zugleich ein weiteres Beispiel für die einzigartige Integrationsarbeit der israelischen Zahal. Denn die

Armee sollte von Anfang an eine „Volksarmee“ sein – getragen vom Volk und ein Symbol der „jüdischen Identität“. Eine „Volksarmee“, in die alle Bevölkerungsschichten integriert sind. So bietet das israelische Militär beispielsweise eine Reihe von Programmen zur Integration von Soldaten aus unterprivilegierten Schichten an, es gibt zahlreiche Kampfeinheiten für Frauen sowie besondere Einheiten für ultraorthodoxe Soldaten. Jeder Mensch ist besonders, jeder Zahal-Soldat unterschiedlich, so wie eben auch die Mitglieder der „Roim Rachok“-Einheit.

Die Bräuche am Schawuot

Von Rabbiner Elischa Portnoy

Mit freundlicher Genehmigung vom „ORD-Magazin“ (Orthodoxe Rabbinerkonferenz Deutschland) übernommen.

Es steht im Schulchan Aruch, dass man die Gesetze von Pessach schon 30 Tage vorher anfangen zu lernen soll.

Chafetz Chaim sagt dazu in Mischna Brurah, dass das auch für andere jüdische Feste gilt. Jedoch erwähnt Mischna Brurah die Meinung von dem Gaon von Vilna, dass für Schawuot keine 30 Tage nötig sind. Es reicht, wenn man am 1. Sivan (6 Tage davor) beginnt.

Was ist der Grund für diese Meinung? Ganz einfach: es gibt nicht viel zu lernen! Wir müssen für Schawuot keine Matza backen, keine Sukka bauen und wir blasen an diesem Fest auch kein Schofar. Es gibt also keine Schawuot-spezifische Mitzwot!

Dafür gibt es vielfältige und inhaltsreiche Bräuche, die wir nun im Folgenden diskutieren werden.

Die bekanntesten Traditionen am Schawuot sind:

- das Lernen der Thora, die ganze Nacht durch
- das Essen von milchigen Speisen und vor allem Käsekuchen

– das Dekorieren von Synagogen und Häusern mit schönen Blumen und anderen Pflanzen

– Das Vorlesen von Sefer Ruth

Es ist interessant, dass fast alle diese Bräuche nicht unumstritten sind. Deshalb ist es wichtig zu wissen, was die Gründe dafür sind und warum nicht alle Rabbonim mit diesen Bräuchen glücklich sind.

Wenn wir an Schawuot denken, dann fällt uns gleich „ganze Nacht Thoralernen“ ein. Das ist der meist bekannte Minhag von diesem Fest. Jedoch wird dieses Lernen nicht im Schulchan Aruch erwähnt, sondern im Mischna Brurah im Namen von Sch“A Arizal.

Auch wenn es schön ist, die ganze Nacht der Thora zu widmen, haben viele Rabbonim große Bedenken mit diesem Lernen: die Probleme beginnen schon am Morgen, gleich nach dem Lernen. Wie sagt man die Segensprüche, wenn man nicht geschlafen hat? Wie sagt man den Segenspruch auf Talit Katan, wenn man ihn die ganze Nacht anhatte? Aber das Hauptproblem besteht darin, dass die Lernenden beim Morgengebete einschlafen und nicht in der Lage sind ordentlich „Schma Jisrael“ zu sagen, was



Kinder feiern am Schawuot symbolisch den Empfang der Thora von Gott.

ein Gebot der Thora ist. Deshalb empfehlen diese Rabbonim symbolisch nach der abendlichen Festmahlzeit zu lernen und schlafen zu gehen.

Sollte sich jemand aber doch fürs Lernen entscheiden, verspricht ihm Sch“A Arizal große Belohnung: „wenn jemand tatsächlich die ganze Nacht sich mit Thora beschäftigt, kann er sicher sein, dass er seine Jahre vollständig durchlebt und ihm keine große Unglücke passieren!“

Auch das Essen von milchigen Speisen (besonders am 1. Jom Tov) ist ein sehr bekannter Minhag. Er wird schon durch Ramo in Schulchan Aruch erwähnt. Ramo schreibt auch den Grund dafür: da wir außer milchigen Speisen noch Fleisch essen sollen, brauchen wir zwei Brote, für den milchigen Teil der Mahlzeit und für den fleischigen. Und das ist die Erinnerung an die zwei Brot-Opfer, die im Tempel nur am Schawuot dargebracht wurden.

Jedoch gibt es mehr als zehn weitere Erklärungen für diesen Brauch. Schon Mischna Brurah sagt, dass die Juden, als sie in der Wüste die Thora bekommen haben, zuerst kein Fleisch essen konnten: sie mussten zuerst die Gesetze der Schchita

lernen, ihr Geschirr kaschern usw. Deshalb konnten sie sofort nach dem Thoraempfang nur milchige Speisen essen.

Andere Gründe dafür sind: die Gematria (Zahlenwert) von dem Wort Chalav (Milch) ist 40. Und bekanntlich hat Mosche Rabejnu 40 Tage auf dem Berg Sinai verbracht, um die Thora bei G'tt zu lernen. Im Shir ha Schirim (4:11) wird die Thora mit der Milch verglichen (Die Süße der Thora tropft von deinen Lippen, wie Milch und Honig unter deiner Zunge). Deshalb ist ein weiterer Brauch entstanden, zur Milch auch ein wenig Honig zu nehmen.

Aber auch mit diesem Brauch gibt es Probleme: alle Rabbonim warnen, bei solchen Mahlzeiten auf die Trennung zwischen dem Milchigen und Fleischigen zu achten! Und wenn es für jemanden problematisch sein könnte, ist es besser auf milchige Speisen zu verzichten (Pri Megodim).

In vielen Synagogen werden vor Schawuot Bäume, Zweige und Blumen aufgestellt. Auch dieser Brauch wird durch Ramo in Sch“A erwähnt. Das soll uns an das Gras und die vielen schönen Blumen erinnern, die den Berg Sinai während Matan Tora bedeckten. Und woher wissen wir

das? Es steht geschrieben, dass man das Vieh davon abhalten sollte, sich dem grünen Berg zu nähern.

Auch wenn dieser Minhag sehr schön ist und viel zu der festlichen Atmosphäre beiträgt, war vor allem Vilna Gaon stark dagegen. Er meinte, dass es ein nichtjüdischer religiöser Brauch sei und dieser nicht übernommen werden sollte. Dieses wird auch von der Mischna Brurah empfohlen.

Jedoch an vielen Orten, besonders außerhalb von Israel, wird dieser Minhag gern befolgt.

Auch das Lesen von Megilat Ruth, das schon in Schulchan Aruch HaRav (Baal haTania) erwähnt wird, ist sehr verbreitet.

Wie wir sehen, gibt es viele gute Gründe für diese Minhagim. Deshalb muss man die Bräuche befolgen, die in seiner Gemeinde anerkannt sind und praktiziert werden. Denn alle erwähnten Bräuche sind in erster Linie dafür da, dass jeder Einzelne von uns von diesem bedeutenden Feiertag inspiriert und begeistert wird.

Der Autor ist Gemeinderabbiner der Jüdischen Gemeinde zu Dessau

Israel ist kein „Apartheidsstaat“

Politik, Fußball, Militär – ethnische Minderheiten sind in Israel überall vertreten

Von Maria Merian

Zu gerne wird Israel als rassistisch bezeichnet, was seine Militär- und Sicherheitspolitik angeht, angesichts des Siedlungsbaues oder dem Umgang mit Minderheiten. In Teilen der palästinensisch-arabischen Propaganda gibt es keinesfalls ein Umdenken – Israel soll als Apartheidstaat wahrgenommen werden, oft auf eine Stufe gestellt mit dem früheren Südafrika.

Die palästinensische Zeitung El Hayat Al Dschedida gestand in einem Artikel von September 2014 ein, dass Palästinenser in den Fabriken von Soda Stream von Juden in Israel besser behandelt werden als von Arabern. Unbequeme Wahrheiten.

Trotz des Glaubens der westlichen Welt an die Propaganda, gibt es auch Menschen, die erkennen, was die „Apartheid“ Israels für die Menschheit geleistet hat und weiter leistet. Israel ist ein Licht des Fortschritts in der Region und der Welt, neueste technische und medizinische Errungenschaften kommen aus Israel.

Viele Menschen denken noch immer, berufliche Erfolge gelten in Israel nur für Juden – auch ein Ergebnis jahrelanger antiisraelischer Propaganda. Durchaus kann aber jeder, der gewillt ist, Erfolge im jüdischen Staat verzeichnen, sei es privat oder beruflich.

Start-up Unternehmen in Israel erweisen sich mittlerweile als Giganten, insbesondere in der Technik-Branche. Mittlerweile florieren unter ihnen auch arabische Start-ups, so z.B. in der Stadt Nazareth, wo der Softwareentwickler Jamil Mazzawi gemeinsam mit weiteren arabischen Mitarbeitern eine Software für elektronische Chips zur Vermeidung von Autopannen entwickelte. Investmentfirmen und Geldgeber in



Prina Tamano-Sata, schwarze jüdische Knesset-Abgeordnete.

Israel werden aufmerksam auf diese arabisch-israelischen Start-ups, denn oft sind diese die einzigen, die die große Nachfrage arabischer Staaten nach solchen Neuerungen eben in arabischer Sprache bedienen. Jamil Mazzawi und seine Mitarbeiter haben wahrscheinlich verstanden, dass Israel sehr wohl Chancen für Araber bietet und dass Er-

findungsreichtum mehr bringt als Hass und Terror.

Selbstverständlich dienen in der israelischen Armee (IDF) nicht nur Juden, sondern auch Muslime, Drusen, Beduinen und Christen. Sie leisten nach ihrer Grundausbildung ihren Eid auf den Staat Israel. Insbesondere die Drusen zeichnen sich durch große Loyalität zum Staat Israel aus, einige haben Führungspositionen in der Politik und im öffentlichen Dienst erreicht.



Mira Awad (li.), arabische Vertreterin Israels bei dem Grand Prix der Eurovision 2009.

Einer dieser Erfolgsmenschen ist Madschalli Wahbi. Er erwarb einen Bachelor in Islamischer Geschichte von der Hebräischen Universität Jerusalem und einen M.A. in Geschichte des Nahen Ostens von der Universität Haifa. Madschalli Wahbi diente in der israelischen Armee, stieg zum Offizier auf, nahm am Libanonkrieg teil und war anschließend stellvertretender Kommandeur der Golanhöhen-Division. Als Stabs-offizier im Nordkommando bekleidete er den Rang eines Oberstleutnants. Bis 2013 war Madschalli Wahbi außerdem Mitglied der Knesset. Während der Beurlaubung des Präsidenten Mosche Katzaw übernahm Madschalli Wahbi für kurze Zeit die Position des Präsidenten von Israel. Auf eine ähnliche Erfolgsgeschichte kann Josef Mishlav zurückblicken, der erste israelische Druse, der den Rang eines Generals der IDF erreichte.

Eine persönliche Erfolgsgeschichte ist sicherlich auch die des Schadi Halul, ehemaliger Offizier bei den Fallschirmspringern. Schadi Halul ist Aramäer, also arabisch-sprechender Christ. Weil seine Eltern sich geweigert hatten, ihn als Araber registrieren zu lassen, besaß er keine Dokumente. Schadi kämpfte mit Freunden dafür, dass arabisch-sprechende Christen als eigene Volksgruppe, als Aramäer anerkannt werden. Dafür wurde er von Muslimen heftig kritisiert. Im Oktober wurde seiner Bitte stattgegeben. Schadi Halul betonte immer wieder, dass Israel das einzige Land in der Region sei, in dem

Christen wegen ihres Glaubens nicht verfolgt oder benachteiligt werden. Sein Sohn Yaakov wurde als erster Israeli im Alter von 2 Jahren als Aramäer registriert.

Als Erfolgsgeschichte für eine ganze Minderheit in Israel ist durchaus erwähnenswert, dass der Schrein des Bab in den hängenden Gärten der Bahai in Haifa, im Jahre 2008 von der UNESCO zum Weltkulturerbe erklärt wurde. Das Bahaitum ist mit rund 5 Millionen

wann gar vier Meistertitel in fünf Spielzeiten für Maccabi Haifa. Zwischen 1979 und 2007 erzielte er für die Israelische Nationalmannschaft 12 Tore in 74 Spielen.

Der erste Araber, der in der israelischen Nationalmannschaft spielte und Israel während der Olympischen Spiele vertrat, Rifaat Turk, wurde später stellvertretender Bürgermeister von Tel Aviv. Das sind Erfolgsgeschichten, von denen im Westen kaum Kenntnis genommen wird.

Auch kulinarisch ergänzen sich die Bevölkerungsgruppen in Israel. Arabische Restaurant- und Cafésbesitzer säumen die Städte und Straßen und sind beliebt bei Israelis wie Touristen. Das Noga Knaffe in Jaffa ist insbesondere bekannt für seine orientalischen „Süßigkeiten“ und ein Geheimtipp für Touristen. Der Jude Yotam Ottolenghi und der Araber Sami Tamimi schrieben gemeinsam ein Kochbuch, das zum Bestseller wurde. Es ist das Buch zweier Freunde. Sami stammt aus dem östlichen Teil Jerusalems, Yotam aus dem jüdisch dominierten Westen. Sie haben ihre Jerusalemer Heimat zwar schon lange Zeit verlassen, aber die beiden Kumpel sagen, dass der Geschmack und Geruch von Jerusalem ihre gemeinsame Muttersprache sei. Jerusalem habe sie kulinarisch zu dem gemacht, was sie sind. Ein positives Zeichen, dass Freundschaft zwischen Juden und Nichtjuden in Israel sehr wohl funktionieren kann und wie in diesem Fall auch noch erfolgreich sein kann.

Make Humus not war!
Die Oberaufsicht über die kürzlich stattgefundenen Parlamentswahlen hatte bemerkenswerterweise der arabisch-christlich-maronitische Oberrichter Salim Joubran.

Zum Schluss noch eine deutsch-israelische Erfolgsgeschichte. Dr. Sven Dethlefs, ging als Teva Spitzenmanager von Deutschland (Ulm) nach Israel und war damit der erste Deutsche in der obersten Führungsriege bei Israels Pharmariesen Teva. Dr. Sven Dethlefs hatte ursprünglich das Engagement von Ratiopharm im Basketball-Sponsoring ausgebaut, und wird sich nun auch in Israel seinem Lieblingssport, dem Basketball, weiter widmen.

Die Liste von schwarzafrikanischen Parlamentariern und Fotomodellen, nicht-jüdischen Fernsehschau-Teilnehmern und Nachrichtensprechern im Staate Israel ließe sich noch lange fortsetzen. All diese Menschen finden erst in Israel die Entfaltungsmöglichkeiten, die sie in ihren Heimatländern oder in den arabischen Nachbarstaaten niemals hätten.

DIE ÄLTEREN AUSGABEN DER „JÜDISCHEN RUNDSCHAU“ SIND IN DER REDAKTION ERHÄLTlich.

Wenn Sie eine oder mehrere Ausgaben brauchen, teilen Sie uns bitte auf dem Postweg (J. B. O., Postfach 12 08 41, 10598 Berlin) mit, welche genau, an welche Adresse sie geschickt werden sollte und legen Sie bitte als Bezahlung Briefmarken zu je 62 Cent bei:

- Für eine Ausgabe – 3 Briefmarken;
- Jede weitere Ausgabe – eine zusätzliche Briefmarke.

Außenseiter unter halben Freunden

Ein neues Buch von Joseph Heid zur Karriere eines jüdischen Sozialdemokraten

Von Hans Erler

Peter Blachstein (geboren am 30. April 1911) gehört vielleicht zu den faszinierendsten Persönlichkeiten des demokratischen politischen Lebens im Deutschland des 20. Jahrhunderts. Umso erstaunlicher ist es, dass erst heute eine umfassende politische Biographie dies offen legt. Blachstein war Jude aus bürgerlichem Elternhaus und lehnte eine „jüdische Sonderexistenz“ ab, aber auf die sich selbst gestellte, ganz und gar jugendgemäße Frage „Wer bin ich?“ und „Was habe ich als Jude zu tun“, antwortet er auf einer Kundgebung des Jüdischen Jugendrings mit 19 Jahren: „Das Judentum ist unsere Grundlage,... der Glaube die Kraft zum Handeln“. Diese Antwort bleibt Motiv und Fundament seines politischen Denkens und Handelns bis zu seinem Tod 1977. Dennoch hat er sich immer wieder „merkwürdig distanziert von den Juden als ‚unglückliches Volk‘, so als gehöre er nicht dazu“, geäußert. Es gehöre daher auch zu den „Merkwürdigkeiten seiner Biographie, dass seine Rückkehr nach Deutschland aus dem Exil „nicht von seiner jüdischen ‚Vergangenheit‘ beeinträchtigt wurde“.

Zu Beginn der 1930er Jahre wird aus seiner jüdischen „Grundhaltung“, die er als „Kampf... um eine sinnhafte Ordnung“ versteht, sein Engagement in der sozialistischen Bewegung. Mit 24 Jahren stehen die Koordinaten seines Lebens fest: Der Antisemitismus ist ein „soziales Problem“, er selbst in „unlösbarer Verbundenheit mit Deutschland“ und als „jüdischer Mensch von selbstverständlicher Zugehörigkeit... zur europäischen Kultur“ (Zionismus war daher für ihn keine Option). Seinen Platz und seine Aufgabe sah er in der „Arbeits- und Kampfgemeinschaft der sozialistischen Partei“, schließlich spielte schon in deren Jugendverband die „jüdische Herkunft“ im Gegensatz zur bürgerlichen Jugendbewegung keine Rolle.

Worin aber liegt das Faszinierende des filmreifen Lebensweges der Persönlichkeit Blachsteins? Es ist die selbstbewusste Konsequenz in seinen Lebensvollzügen. Er behielt das Drehbuch seines Lebens in jeder Biegung selbst in der Hand. Ludger Heid macht das in seinem politisch sensiblen und spannenden Portrait Blachsteins bewusst. Die Gliederung, die Heid dem biographischen und politischen Stoff der ineinander greifenden Lebensabschnitte Blachsteins gibt, deutet auf die Weite und Intensität seines Engagements und zugleich auf die unbeugsame Einsamkeit des Außenseiters: Der jüdische Jugendbewegter – Der Widerständige und Verfolgte – Der Flüchtende und Exilierte – Der Sozialdemokrat – Der Parlamentarier – Der Botschafter – Der Kämpfer für Menschenrechte – Der Medienpolitiker – Der politische Privatmann – Der Außenseiter: Nur 66 Lebensjahre, in denen Blachstein aber die welthistorischen Gegensätze des „kurzen 20. Jahrhunderts“ (Eric Hobsbawm) scharfsinnig erkannt, ausgehalten und zum Besseren zu wenden versucht hat.

Vielleicht am offensichtlichsten macht das sein Blick auf die nationalsozialistischen Verbrechen. Als der „Judenmord in vollem Gang“ war,

L. Joseph Heid

Peter Blachstein

Von der jüdischen Jugendbewegung zur Hamburger Sozialdemokratie
Biographie eines Sozialisten (1911-1977)

Herausgegeben von der Galerie Morgenland/Geschichtswerkstatt Eimsbüttel



VSA

©Galerie Morgenland

stellt Heid fest, „fand er (Blachstein) nur wenige Worte für dieses Großverbrechen“, damit sei „nichts über den Charakter der Deutschen gesagt. Es sei kein deutsches, sondern ein allgemein politisches Problem“. Das außerordentliche solch bestialischer Zeiten war Blachstein klar. Wenn schon „Kinder Selbstmord“ begehen, wie aus einem Prager Kinderheim berichtet wurde. Blachstein schreibt daher schon 1942 an einen Freund: Das „wird, wenn wir es erleben, unsere Aufgabe sein: Neuland zu schaffen für eine menschliche Zivilisation und Kultur“.

Verfolgt als Jude und Sozialist hatte Blachstein Deutschland einst verlassen, als „Sozialdemokrat“, so Heid, „sollte er es wieder betreten“, denn als Jude „definierte er sich nicht mehr“. So problemlos, wie Heid unterstellt, war Blachsteins Distanz zu seinem Judentum jedoch nicht, wenn er gleichzeitig bemerkt, Blachstein wollte nach dem Exil kein „Nischen-Jude, den der Staat wie einen Angehörigen einer aussterbenden Gruppe behandelte“ sein. Aber er gehörte eben doch zu der „kleinen, hochgradig politisch motivierten Gruppe zurückwandernder deutscher Juden“. Er stand für eine „Position“, die „durch alle linken Raster“ fiel. Spätestens seine Kritik am Godesberger Programm und damit der Grundsatzzpolitik der SPD machte das deutlich.

In seinem persönlichen Kandidatenbrief 1949 als Hamburger Bundestagskandidat verzichtete der 1947 aus dem schwedischen Exil Zurückgekehrte darauf, sein Engagement im „jüdischen“ Jugendverband zu erwähnen, kurz: „Er verschwieg seine jüdische ‚Vergangenheit‘“. Mit der SPD traf er sich im vorbehaltlosen „Bekenntnis zu Demokratie und demokratischen Freiheitsrechten“. Als Jude war Blachstein heimlicher Außenseiter unter halben Freunden. Als solcher gewann er vier Jahre nach der Schoah sein Bundestagsmandat über den Direktwahlkreis bei den norddeutschen Wählern. Er bewegte sich dabei „auf einer kritischen, linken Linie“.

Bei der Abstimmung über das Godesberger Programm 1959 gehörte Blachstein zu den 16 Delegierten, die mit „Nein“ stimmten. 10 Jahre später galt seine Kritik an der Parteiführung auch „ihren Reaktionen auf die Studentenbewegung“ und der „Einschränkung der Diskussion über den Vietnamkrieg aus außenpolitischen Rücksichten auf die USA“. Seiner „antimilitaristischen Haltung blieb Blachstein treu“, nicht nur in dieser Frage „ließ er sich nie den Mund verbieten“ resümiert Heid.

Im Mai 1968 bot ihm Willy Brandt den Botschafterposten in Jugoslawien an, Blachstein schien auf dem „politischen Olymp angekommen“. Nach einer kurzen, aber durchaus erfolgrei-

chen Zeit in Belgrad, in der fast „alle Probleme, die sich in den zehn Jahren der botschafterlosen Zeit angestaut hatten“ zur „weitgehenden Zufriedenheit beider Seiten gelöst“ waren, musste Blachstein seinen Posten aus gesundheitlichen Gründen aufgeben. Mediale Gehässigkeiten, Niedertracht und ein fast einstimmiges „höhnisches Presse-echo“ begleiteten seinen Abgang. Danach war eine Rückkehr in den Bundestag ohne Chance. Blachsteins Zukunft war ungewiss.

Seine heimliche, in seinem Kandidatenbrief zur Bundestagswahl 1949 verschwiegene jüdische Vergangenheit blieb aber das Fundament seines politischen Lebens. Er hatte zwar bei seiner Vereidigung zum Botschafter 1968 das „so wahr mir Gott helfe“ der Eidesformel gestrichen. Doch nicht nur sein Antimilitarismus, auch die Tatsache, dass Blachstein überall, wo er die „Menschenrechte bedroht sah“ sich angesprochen fühlte und seine „Solidarität mit den Unterdrückten“ erweckte, weisen auf seine ungebrochene Verbundenheit mit den Prinzipien der jüdischen Ethik.

Blachsteins politischer Weitblick zeigte sich auch in vielen Bereichen der Innenpolitik und wurde besonders in seinem medienpolitischen Engagement deutlich. „Gesellschaftliche Entwicklungen, die ihn an die NS-Zeit erinnerten, machten ihn hellhörig“. Seine - wenn auch verdrängte - jüdische Herkunft und seine stets präsente Erinnerung an eigene Verfolgungen bewahrten ihm ein „feines Gespür für jüdenfeindliche Tendenzen“. Wie dünn letztlich die Schicht war, hinter der Blachstein seine jüdische Vergangenheit verborgen hatte, wurde deutlich als er versuchte, noch einmal in seinem einstigen Eimsbütteler Wahlkreis in Hamburg für die Bundestagswahl aufgestellt zu werden. Als das scheiterte, warf er Hamburger „Spitzenfunktionären“ der SPD vor, „antisemitisch konnotierte Äußerungen gegen seine Person gerichtet“ zu haben.

„Blachsteins Vorwurf löste innerhalb der Partei Befremden aus, selbst seine engsten politischen Freunde waren ratlos“. Sie wiesen zurück, dass die „geringsten antisemitischen Tendenzen eine Rolle gespielt hätten“, die Mehrheit habe gar nicht gewusst, „dass Blachstein Jude sei“. Der antisemitische Vorwurf kann unter der Voraussetzung von Philosemitismus jedoch nur Befremden auslösen. Heid erinnert darüber hinaus daran, dass die „Partei Blachstein in wichtigen Fragen auch auflaufen“ ließ.

Zu einer acht Monate anhaltenden Kampagne von Spiegel und Hamburger Springer-Presse gegen Blachstein schwieg die Partei. Wer jedoch einmal selbst in einer Partei war, weiß, dass den Wahrheitsgehalt der Redewendung „Feind, Todfeind, Parteifreund“ nicht nur Peter Blachstein am eigenen Leibe zu spüren bekommen hat.

Ludger Joseph Heid. Peter Blachstein, Von der jüdischen Jugendbewegung zur Hamburger Sozialdemokratie. Biographie eines Sozialisten. Galerie Morgenland – Geschichtswerkstatt Eimsbüttel, Hamburg 2014 ISBN 3-899656-12-1

Balagan auf Bötzow

Der deutsche Maler Norbert Bisky tauschte sein Atelier mit dem israelischen Künstler Eretz Israeli

Von Simon Akstinat

In der alten Bötzow-Brauerei im Berliner Stadtteil Prenzlauer Berg, die heute dem Orthopädie-Weltmarktführer „Otto Bock“ gehört, läuft derzeit die kleine, aber dennoch besuchenswerte

Großbilder, auf denen man nur Männer und keine Frauen sieht, sind sehr unruhige Wimmelbilder mit trauernden Soldaten, Verletzten, Halbnackten und voller Zerstörung.

Bisky hat sich in Israel und in die Bauhaus-Stadt am Mittelmeer im Be-

sonderen verliebt. Aber wie so viele vor ihm entflammt der Maler offenbar besonders für die Extreme des Landes, nicht so sehr für den Alltag der Israelis.

Das ist bedauerlich, weil Israel dadurch eben wieder nur als „Land der Extreme“ wahrgenommen wird, als

Land des Chaos und der Unruhe. Verübeln kann man es dem 44-Jährigen trotzdem nicht – der israelische Alltag mit Büroangestellten, die im Tel Aviver Autostau des Berufsverkehrs feststecken oder Freundinnen, die sich zum Plausch im Jerusalemer Café treffen,



Die Bötzow-Brauerei im Berliner Stadtteil Prenzlauer Berg.



Die Galerie erläutert die Ausstellung.

Ausstellung „Balagan auf Bötzow“ von Werken des Malers Norbert Bisky.

Der deutsche Maler hat einige Monate im israelischen Tel Aviv gelebt und gearbeitet, nachdem er kürzlich sein Atelier mit dem israelischen Künstler Eretz Israeli getauscht hat. Nun präsentiert er die Ergebnisse dieser Zeit dem interessierten Publikum in der äußerlich verfallenen, aber innen schick renovierten Bötzow-Brauerei. In einer ehemaligen Werkhalle finden sich einige kleine und großformatige Bilder, die gleichermaßen interessant sind.

Der Titel „Balagan“ ist ein persisches Wort, das für Wirrwarr und Unordnung steht. Dieses persische Wort, das er als Titel für seine Ausstellung wählt, ist ein Fremdwort, das mittlerweile Eingang in die hebräische Sprache gefunden hat. Es könnte treffender nicht sein: Die



Die gewaltigen Bilder wurden in Einzelteilen nach Deutschland transportiert.

geben künstlerisch einfach weniger her als die abgebildeten Soldaten und tiefreligiösen Juden. Auffällig in Biskys Kunstwerken sind auch die Fledermäuse, die gleich durch mehrere Gemälde flattern.

Interessanterweise waren nach Angaben Biskys die Wände des Tel Aviver Ateliers, in dem er die Bilder anfertigte, kleiner als die Gemälde selbst – das größte ist 4,80 mal 6 Meter groß.

Schöne Dekorationsstücke und kleine Details wie israelische Absperrgitter und Uhren mit hebräischen Schriftzeichen runden die Ausstellung ab und schaffen eine passende Atmosphäre in dem düsteren Industrie-Gebäude, das die Bilder noch mehr leuchten lässt.

Die Ausstellung läuft noch bis 30. August 2015.



Chaos, Zerstörung und ein Raumschiff.



Fledermäuse über Israel.

Mendelssöhne und Töchter

Die Übersetzung der Thora ins Deutsche, ein Lessing-Freud, eine Bank und ein Komponist

Von Ulrike Stockmann

Stadtführungen durch Berlin sind eine interessante und zugleich herausfordernde Sache. Die Stadt, von der man sagt, dass sie niemals ist, sondern immer wird, hat im Laufe der verschiedenen Epochen einige Gestaltwandlungen erfahren. Berlin hat der Welt schon viele Gesichter gezeigt:

Die verschlafene preußische Residenzstadt, über die bis ins 19. Jahrhundert ganz Europa spöttelte, begann um 1850 durch die Industrialisierung rasant zu wachsen. Die Ernennung zur Hauptstadt des deutschen Kaiserreiches trug ihr übriges zum raschen Wachstum und zur Entwicklung Berlins bei.

Um 1900, als die Stadt sowohl von der Fläche als auch von der Einwohnerzahl her zu den größten Städten der Erde gehörte, hatte Berlin als Weltstadt internationale Bedeutung erlangt.

Es folgten krisenhafte Zeiten. Der Erste Weltkrieg, die Inflation, als einziger Lichtblick fünf Jahre Goldene Zwanziger, danach das Ende der kurzen und chaotischen Weimarer Republik, die Nazi-Diktatur, die anschließende Teilung der Stadt und die kommunistische Diktatur.

Das 20. Jahrhundert zerstörte durch seine Unruhen große Teile der alten Berliner Architektur, veränderte das Stadtbild. An manchen Stellen ist ein bestimmtes Zeitalter noch gut sichtbar, an einigen Orten überlappen sich die Jahrhunderte und an wieder anderen Punkten ist die Vergangenheit zerstört – ausgelöscht für das Auge, dem verborgen bleibt, was sich hier einst befand.

Seit der Revolution von 1989 werden die Karten neu gemischt und Berlin entwickelt sich weiter. Veränderung nimmt weiterhin ihren Lauf.

Seit gut einem Jahr arbeite ich als freie Stadtführerin für StattReisen, einen Verein, der sich alternative Stadtführungen zum Programm gemacht hat. Klassisches Sightseeing im Sinne von Fernsehturm – Siegessäule – Zoo und wieder zurück, soll vermieden werden. Stattdessen geht es um thematische Schwerpunkte, darum, Geschichte in Geschichten zu erzählen und den Gästen nachhaltige Berlin-Eindrücke zu ermöglichen. Und dank eines differenzierteren Blickes auf die Stadtlandschaft sich ein individuelles Bild der Hauptstadt verschaffen zu können.

Daher sind die Themen so breitgefächert wie Berlin selbst. Angeboten wird beispielsweise ein Spaziergang auf den Spuren Fontanes, dessen schriftstellerische Emanzipation begann, als Berlin Mitte des 19. Jahrhunderts aufblühte. Eine andere Tour untersucht die Streitigkeiten rund um die mediale Bebauung des Kreuzberger Spreeufers – Stichwort „Wem gehört die Stadt?“. In weiteren Rundgängen werden das Berliner Nachtleben, die letzten Wege Bertolt Brechts oder das jüdische Berlin erkundet.

Eine meiner Touren trägt den Titel „Mendelssöhne und Töchter“ und erkundet das Werden und Wirken dieser wichtigen Familie Berlins, die mit der Stadt eine interessante Wechselwirkung einging. Es ist jedes Mal aufs Neue spannend, diese Dynastie in ihrem umfangreichen Schaffen und die einzelnen bedeutenden Mitglieder in einer treffenden Skizze darzustellen. Es ist aufregend, die Orte, die mit den Mendelssöhnen zusammenhängen, zum Leben zu erwecken, auch wenn man ihnen die Verbindung nicht ansieht oder

ihre Wohnhäuser durch neue Gebäude ersetzt wurden.

Moses Mendelssohn – der Stammvater der Familie – machte sich mit 14 Jahren auf den Weg nach Berlin. Er passierte die Stadt durch das Rosenthaler Tor, welches heute mitten in der Stadt liegt und zudem kein Tor mehr darstellt, sondern zum Rosenthaler Platz geworden ist. Nichts erin-



Moses Mendelssohn – Begründer der Berliner Dynastie

nert mehr an den früheren Stadtrand und nur mit Fantasie kann man einen Eindruck davon erhalten, wie der Sohn einer mittellosen Dessauer Familie die Erlaubnis der mürrischen Wachen erhielt, passieren zu dürfen.

Seine Aufenthaltsgenehmigung musste sich Moses erkämpfen, unterstützt wurde er von seinem Lehrer, dem er nach Berlin gefolgt war. Die Hoffnung auf eine gute Ausbildung wurde ihm hier erfüllt. Nach Studienjahren in Armut wurde er Hauslehrer und begann, philosophische Schriften zu veröffentlichen. Moses stand in Kontakt zu Voltaire, bald war er ein guter Freund Lessings, der ihm im „Nathan der Weise“ ein Denkmal setzte. Als überzeugter Aufklärer legte er den Grundstein für die Haskala. Nicht zuletzt brachte ihm seine Übersetzung der Thora ins Deutsche über Berlin hinaus einen Ruf als großer Denker ein. Sogar Friedrich II. soll Moses persönlich gekannt haben. Nachdem er in einer seiner Literaturbesprechungen auch Verse des Königs leise kritisierte, war dieser jedoch derartig beleidigt, dass er die geplante Aufnahme Moses' in die Preußische Akademie der Wissenschaften persönlich verbot.

Nachdem Moses 1786 im Alter von 56 Jahren starb, wurde er auf dem damaligen jüdischen Friedhof beigesetzt. Dieser wurde 1943 komplett zerstört, allein Moses' Grab wurde nach Ende des Krieges wieder errichtet. So steht auf der heutigen Gedenkstätte ein einziges Ehrengrabmal in Gestalt der letzten Ruhestätte Moses' – nur wenige hundert Meter entfernt vom Rosenthaler Tor, wo das Berliner Wirken des Philosophen einst seinen Anfang nahm.

Moses hatte in seinem Leben viel

Ruhm erlangt, war aber auf ebenso viele Widerstände gestoßen. Für Juden gab es damals nur wenige Möglichkeiten, Teil der christlichen Gesellschaft zu werden. Nicht selten wurde er aufgefordert, als Gelehrter besser zum Christentum überzuwechseln. Darüber geriet er mit dem Pfarrer und Goethe-Freund Johann Caspar Lavater derart in Streit, dass Moses – der mit Leib und Seele seine Religion verteidigte – sich von diesem Zusammenstoß moralisch erst einmal erholen musste. Für ihn war es Ehrensache, als Teil des ausgewählten Volkes sich den Widrigkeiten seiner Umgebung zu stellen.

Ganz anders empfand dies der Großteil seiner Nachkommen. Vier seiner sieben Kinder konvertierten zum Christentum. Einerseits fühlten sich diese dem jüdischen Glauben nicht mehr verbunden, andererseits erlagen sie wohl auch dem permanenten Stigma, das ihnen ihre Umgebung anheftete.

Moses' Söhne Joseph und Abraham Mendelssohn begründeten 1804 das bekannte Bankhaus, dessen erster Standort nur wenige Schritte vom Grab ihres Vaters entfernt lag. Ironischerweise befindet sich anstelle des ehemaligen Bankgebäudes dort heute die Theologische Fakultät der Humboldt-Universität.

Später zogen die Brüder mit ihrer Filiale zum Gendarmenmarkt, wo sie ein



Seinen Enkel Felix ernannte der preußische König zum Generalmusikdirektor von Berlin.

Gebäude bezogen, das zum Stammsitz ihrer Bank wurde und in welchem auch ein Teil der Familie lebte. Die heutige Mendelssohn-Remise in der Jägerstraße beherbergt eine Ausstellung über die Familiengeschichte, initiiert von der Mendelssohn-Gesellschaft. Diese wurde 1967 von Familienmitgliedern ins Leben gerufen. Die Remise ist heute die augenscheinlichste Hinterlassenschaft der Mendelssohns im Berliner Stadtbild. Durch die Begründung ihrer Bank an diesem Ort der Stadt, legten Joseph und Abraham den Grundstein für das Berliner Bankenviertel, das sich in der Folge um den Gendarmenmarkt und das Mendelssohnsche Bankhaus herum etablier-

te. Der Familie gehörten zeitweise sechs Häuser in dieser Straße – Arbeiten und Wohnen spielte sich im selben, damals aufblühenden Viertel der Stadt ab.

Auf bemerkenswerte Weise scheint sich der gesellschaftliche Aufstieg der Mendelssohns im Gleichklang mit der Etablierung Berlins seit 1800 vollzogen zu haben. War es zwar auch für die folgenden Generationen noch schwer, ungeachtet ihres Erfolges Anerkennung in der Gesellschaft zu finden, waren sie immerhin nicht mehr mit jenen existenziellen Kämpfen belastet, mit denen sich noch Moses Mendelssohn herum-schlagen musste. Nicht zuletzt steht die Familie beispielhaft für die vielen gutbürgerlichen jüdischen Familien, die seit dem 19. Jahrhundert einen Platz in der Berliner Gesellschaft gefunden hatten, sie bereicherten und mit ihrem Esprit der Stadt einen kosmopolitischen Hauch verliehen. Die berühmten jüdischen Salons zogen Künstler und Gelehrte ganz Berlins an. Gewisse Schranken vermochte die Freundschaft zwischen Juden und Nicht-Juden jedoch vorerst nicht zu überwinden.

Der Sohn Abrahams – der berühmte Komponist Felix Mendelssohn-Bartholdy – machte sich einen Namen als Wiederentdecker Bachs sowie Erneuerer protestantischer Kirchenmusik. Große Erfolge als Dirigent feierte er u. a. im Berliner Dom bzw. im Schauspielhaus, wenige Schritte entfernt von der Bankfiliale seines Vaters. Er war getauft und verhalf der Kirchenmusik zu neuen Höhen. Die Zeiten Friedrich II. waren vorbei – mittlerweile saß Friedrich Wilhelm IV. auf dem Thron, der Felix zum Generalmusikdirektor Berlins ernannte. Ausschlaggebend für seine Karriere war übrigens kein Geringerer als Johann Wolfgang von Goethe. Er allein vermochte es, Felix' Vater Abraham dazu zu bringen, seinem Sohn die „windige“ Laufbahn als Musiker zu gestatten. Nicht zuletzt durch ihre finanziell privilegierte Stellung gelang es den Mendelssohns nun, zu Macht und Einfluss zu gelangen und sich durch ihre Unabhängigkeit über gesellschaftliche Schranken hinwegzusetzen.

Bis zur Zwangsliquidierung der Bank im Jahr 1938 wurde die Bank familiengeführt. Große Teile der Mendelssohn-Bank wurden auf Druck der Nazis von der Deutschen Bank übernommen. Den genannten Mitgliedern der Mendelssohns des frühen 19. Jahrhunderts folgte eine sich immer weiter verzweigende Dynastie, die einige weitere wohlgebildete und vielseitig tätige Menschen – in erster Linie Künstler, Wissenschaftler und Bankiers – hervorbrachte. Heute leben die Nachkommen der Familie auf der ganzen Welt verstreut, Berlin ist längst nicht mehr ihr Stammort.

In jedem Fall bildet die Familie Mendelssohn einen wichtigen Teil der Berliner Geschichte. Zahlreiche ihrer Spuren sind verwischt, bei näherem Hinsehen und genügend Kenntnis erschließt sich jedoch noch heute ihre einstige Welt. Als ich mich in die Mendelssohn-Führung einarbeitete, verblüffte mich die Allgegenwärtigkeit der Familie im historischen Kern Berlins. Spannend ist es jedes Mal, ihre Wege nachzuspüren und durch ihre Perspektive Berlin zu betrachten.

Weitere Infos zu StattReisen Berlin und dem Stadtführungs-Angebot des Vereins gibt es unter www.stattreisenberlin.de.

Mehr als Staubsaugen

Seit zwölf Jahren organisiert die jüdische Gemeinde in Würzburg Nachbarschaftshilfe

Von Pat Christ

Herzlich wird Irina Druian begrüßt, als sie, wie jede Woche, zum Ehepaar Horodetsky nach Hause kommt. Sie legt ihre Jacke ab und greift zum Staubtuch. Dann macht sie sich an die Möbel im Wohnzimmer. Narzis Horodetsky hat unterdessen schon mal den Staubsauger hervorgeholt. Den nimmt Irina als nächstes in Betrieb. Die 58-Jährige ist eine von 21 Nachbarschaftshelferinnen und Nachbarschaftshelfern der jüdischen Gemeinde in Würzburg. 27 Seniorinnen und Senioren werden von diesem Team derzeit betreut.

Narzis Horodetsky und Tatiana Horodetska stammen aus der Ukraine. Wie viele andere jüdische Zuwanderer kamen sie vor mehreren Jahren nach Deutschland, um hier ihren Lebensabend zu verbringen. Ihre Tochter wohnt noch immer in der Ukraine. Sie kann ihnen im Alter also nicht zur Hand gehen. Auch dies ist typisch. Viele jüdische Zuwanderer haben in ihrer Nähe keine Angehörigen.

Narzis versteht inzwischen ziemlich viel Deutsch. Doch mit dem Reden tut sich der 80-Jährige nach wie vor schwer. Seine 83-jährige Frau Tatiana spricht die Sprache ihrer neuen Heimat kaum. Sie ist stets dankbar, wenn sie Übersetzungshilfe erhält.

Lange kam das ältere Ehepaar in Würzburg ganz gut über die Runden. Dann wurde Tatiana Horodetska herzkrank. „2009 lag ich länger im Krankenhaus“, erzählt sie. Die beiden Stockwerke mit schweren Einkäufen im Wohnhaus ohne Fahrstuhl hochzugehen, das wurde immer beschwerlicher. 2012 entschloss sich das Paar, die Dienstleistungen des Projekts „Nachbarschaftshilfe“ in Anspruch zu nehmen.

Vor zwölf Jahren wurde die Initiative von Erika Frank, Zuwanderungsberaterin im jüdischen Gemeindezentrum „Shalom Europa“ gegründet. „Wir bemerkten damals, dass viele ältere jüdische Zuwanderer Hilfe benötigen“, sagt sie. Natürlich gibt es in Würzburg eine Menge Sozialstationen, die auch Haushaltshilfe anbieten. Doch die sprachliche Barriere, stellte sich heraus, war zu groß, sagt Frank: „Es kam immer wieder zu Verständigungsschwierigkeiten.“

Sehr persönliche Hilfe

Die Nachbarschaftshilfe hat aber auch den Vorteil, dass die jeweiligen Handreichungen und Hilfen nicht, wie bei Sozialstationen üblich, minutengenau abgerechnet werden müssten. Die Helferinnen und Helfer haben ein viel persönlicheres Verhältnis zu den älteren Menschen. Sie sprechen ihre Sprache. Und teilen Erfahrungen.

Klar war von Anfang an, dass nicht nur die Gemeindemitglieder, sondern alle jüdischen Zuwanderer, also auch solche ohne jüdische Mutter, in den Genuss des neuen Dienstes kommen sollten. Zum Träger des Projekts wurde deshalb der in „Shalom Europa“ etablierte „Jüdische sozio-kulturelle Verein“ (JSKV) gewählt. Die Organisation kümmert sich explizit auch um jüdische Zuwanderer, die nicht der Gemeinde angehören.

Die Stadt Würzburg war bereit, den Dienst in vielerlei Hinsicht zu unterstützen. Zum einen zahlt sie den Hel-



Alla Kaminska vor einer Infowand über das Projekt „Nachbarschaftshilfe“ im jüdischen Gemeindezentrum „Shalom Europa“.

ferinnen und Helfern sieben Euro pro Stunde. Eine enge Kooperation besteht außerdem zur städtischen Beratungsstelle für Senioren und Menschen mit Behinderung. Aber auch mit dem Würzburger Verein „Hilfe für alte Menschen im Alltag“ (Halma), der sich der Unterstützung demenzkranker Personen verschrieben hat, sowie dem Würzburger Pflegestützpunkt wird zusammengearbeitet.

Rührige Koordinatorin

Mit Alla Kaminska fand sich von Beginn an eine rührige Koordination des Projekts. Der 65-Jährigen, die aus der Ukraine stammt, ist es wichtig, dass es betagten Menschen an ihrem Lebensende gut geht: „Ich habe auch meine Mutter gepflegt, bis sie starb.“ Fast täglich klingelt ihr Telefon. Kaminska berät, wenn es, was allerdings selten vorkommt, Probleme gibt zwischen Helfern und Hilfeempfängern, sie nimmt neue Anfragen entgegen, sucht geeignete Hilfskräfte und betreut die Helfer. Die leisten pro Jahr, je nach Nachfrage, zwischen 3.000 und 4.300 Stunden Arbeit.

Irina Druian ist die einzige Person, die regelmäßig zu den Horodetskys nach Hause kommt. Zwei Stunden ist die Helferin, die mehrjährige Erfahrungen als Betreuungsassistentin in einem Würzburger Altersheim gesammelt hat, derzeit bei dem älteren Ehepaar im Einsatz. „Doch wir versuchen, um eine Stunde aufzustocken“, sagt Alla Kaminska. Der Hilfebedarf der Horodetskys wäre tatsächlich höher. Nicht nur, was die Haushaltsarbeit angeht. Das Ehepaar schätzt es auch sehr, dass ihre aus St. Petersburg stammende Helferin fließend Deutsch spricht. Gern zeigen sie Irina Druian offizielle Schreiben, mit denen sie sich schwertun. Irina: „Zum Beispiel einen Brief der Wohnungsbaugesellschaft, die die Wohnung vermietet.“

Manchmal werden den Helferinnen

und Helfern auch knifflige Fragen gestellt. Wie ist das in Deutschland mit den Pflegestufen? Wer bekommt sie und wie läuft das Verfahren ab? „Wir schulen unsere Helfer, damit sie solche Fragen beantworten können“, sagt Zuwanderungsberaterin Erika Frank. Neben dem Thema „Pflegeversicherung“

identifizieren und dies Koordinatorin Alla Kaminska mitteilen können. Die kümmert sich dann um alles Weitere. Andere Schulungseinheiten befassen sich mit Fragen rund um die Ausweise für Menschen mit einer Schwerbehinderung. Die Helfer erfahren, wer einen solchen Ausweis in Deutschland erhält,



Irina Druian sorgt dafür, dass die Wohnung des Ehepaars Horodetsky immer sauber ist.

steht auch die Thematik „Rechtliche Betreuung“ auf dem Schulungsprogramm. Die Helferinnen und Helfer sollen einen Blick dafür bekommen, ob jemand so weit in seinen Kompetenzen eingeschränkt ist, dass er oder sie besser eine Betreuung erhält, um im Alltag gut klarzukommen.

Schulung für die Helfer

Schließlich spielt das Thema Demenz eine immer größere Rolle in der jüdischen Gemeinde. Die Nachbarschaftshelfer sind so ausgebildet, dass sie Zeichen einer beginnenden Demenz

welche Vorteile er mit sich bringt und wo man ihn beantragt.

Mehr als 60 Hilfebedürftige wurden seit dem Jahr 2003 vom Projektteam betreut. In all diesen Fällen hätten sich die Betroffenen sehr schwergetan, ihren Alltag weiterhin ganz alleine zu bewältigen. Deutliche Einschränkungen in der Lebensqualität und Einsamkeit wären die Folgen gewesen.

Erika Frank berät auch jüdische Gemeinden, die ebenfalls einen Nachbarschaftsdienst aufbauen möchten. Sie ist unter frank-shalomeuropa@gmx.de oder 0931-4041422 zu erreichen.

Der Tradition verpflichtet – Sukkat Schalom

Über die größte jüdische Reformgemeinde Berlins

Von Reinhard Rickertsen

Als sich 1999 eine Handvoll Menschen zusammenfand und die Synagoge Hüttenweg wiederbegründete, hat sicher niemand daran gedacht, dass diese sich innerhalb weniger Jahre zur größten jüdischen Reformgemeinde Berlins entwickeln würde.

Aber erst einmal zur Geschichte: Der Synagogenstandort Hüttenweg in Berlin-Dahlem existiert, seit unmittelbar nach dem Kriegsende von der US-Armee dort ein religiöses Zentrum errichtet wurde, das in seinem Gebäudeensemble auch protestantische und katholische Gebetsräume (Kapelle und Kirche) beherbergt. In unmittelbarer Nähe befand sich das US-Hauptquartier, das amerikanische Einkaufszentrum Truman Plaza, amerikanische Schulen, Wohnhäuser, Hotel, Kino, Logenhaus usw.

Von 1945 bis 1994 diente das Chaplain Center der Amerikaner als religiöses Zentrum seiner Soldaten und deren Angehöriger. Woche für Woche wurden dort jüdische Gottesdienste abgehalten und die Militärrabbiner halfen den Holocaust-Überlebenden in Berlin mit dem Nötigsten aus. Wie wir wissen, formierte sich die Berliner Jüdische Gemeinde recht schnell und der unvergessene Oberkantor Estrongo Nachama sel. A. kam allwöchentlich nach den Gottesdiensten, die er in der Synagoge Pestalozzistraße gestaltete, in den Hüttenweg, um auch dort, zusammen mit Rabbiner Louis Fischer, dem die Betreuung der jüdischen Armeeinghörigen seit 1953 oblag, den Gottesdienst mit seiner herausragenden Stimme zu veredeln.

Im Juni 1994 fand dort der letzte Gottesdienst statt. Bedingt durch die politischen Ereignisse – Wiedervereinigung, weitgehender Abzug der amerikanischen Schutzkräfte – schloss die US-Armee diese Einrichtung. Prof. Dr. Andreas Nachama, der zu dieser Zeit bereits seit über 20 Jahren die Kinder unterrichtet hatte und im Gemeindeleben involviert war, erwarb Thoraschrank, Gebetspulte und Menora und stellte damit sicher, dass diese Gegenstände im Centrum Judaicum aufbewahrt werden konnten.

1999 ergriff Albert Meyer, ein Mitglied der Repräsentanten-Versammlung, die Initiative in dem inzwischen als religiöses Zentrum wiedereröffneten Gebäude auch jüdische Gottesdienste abzuhalten. In der Familie Nachama, Estrongo Nachama sel. A., Sohn Prof. Dr. Andreas Nachama und Enkel Alexander Nachama fand er begeisterte Mitstreiter. Oberkantor Estrongo Nachama ließ es sich trotz seines hohen Alters nicht nehmen, zusammen mit seinem Sohn Andreas als Rabbiner, die Gottesdienste zu gestalten. Zunächst 14-tägig fanden seit Anfang 2001 wöchentlich Kabbalat-Schabbat-Gottesdienste statt.

Im Jahre 2002 wurde der Trägerverein unter dem Namen Sukkat Schalom gegründet, der heute fast 200 eingetragene jüdische Mitglieder sowie mehr als fünf Dutzend Fördermitglieder hat. Seit 2008 ist die Synagoge institutionelle Gemeindegemeinde der Berliner Jüdischen Gemeinde. Sie steht in der Tradition der 1855 gegründeten Reformsynagoge in der Berliner Johannisstraße, die 1939 von den Nazis geschlossen wurde.

Eine jüdische Reformgemeinde formiert sich: Die Gründung des Träger-



Reinhard Rickertsen ist seit 2003 Beter der Synagogengemeinde Sukkat Schalom.

vereins bedingte auch, dass die erforderlichen Organe gewählt wurden. Von Anfang an war es den Vorständen wichtig, die Synagoge Hüttenweg als egalitäre Reformsynagoge zu führen, die auch interessierten Menschen anderer Glaubensrichtungen zur Verfügung stand. So wurden zahlreiche Fördermitglieder gewonnen, teils Freunde oder Eheleute jüdischer Mitglieder, teils einfach interessierte Menschen anderer Religionen.

Gottesdienste finden wöchentlich statt, sowohl Kabbalat Schabbat wie auch Schacharit. Zu allen Feiertagen finden Gottesdienste statt, Bar- und Bat-Mitza-Unterricht wird erteilt, Freud

und Leid wird mit den Gemeindemitgliedern geteilt.

Wer an einem Gottesdienst bei Sukkat Schalom teilnimmt, wird schnell bemerken: Hier finden sich nicht nur Menschen zum gemeinsamen Gebet zusammen, hier kennt man sich, hier wird gelacht oder auch getrauert, hier tauscht man Neuigkeiten aus, hier ist man willkommen. Ganz im Sinne der wörtlichen Übersetzung von Beit Knesseth = Haus der Versammlung.

Sicher ist es diese Atmosphäre, die schnell dazu führt, dass Woche für Woche mehr Menschen am Gottesdienst teilnehmen. Die Raumkapazität ist schnell erschöpft. Hinzu kommt, dass allwöchentlich der Raum als Gebetsraum neu herzurichten ist, da die Gemeinde Sukkat Schalom nur ein Untermieter des Hauptmieters All Saints ist. Dieser hat mit dem Bezirk Zehlendorf, dem die Liegenschaft inzwischen gehört, einen entsprechenden Mietvertrag geschlossen. Baumaßnahmen müssen getroffen werden, die Größe des Raumes reicht nicht aus, die Verhältnisse sind einer eingetragenen Gemeinde nicht angemessen.

Die Jüdische Gemeinde zu Berlin bietet die Synagoge in der Herbartstraße, die dem Jüdischen Altersheim angegliedert ist, als (vorübergehende) Unterkunft an. Sukkat Schalom macht von diesem Angebot Gebrauch und verfügt nun über eine ständige Synagoge in der nicht allwöchentlich Umräumungsarbeiten zu leisten sind. Allerdings ist auch diese Synagoge klein. Die Anzahl der

Sitzplätze reicht manchmal kaum aus und es gibt keinen separaten Kiddusch-Raum.

Sukkat Schalom in der Synagoge Herbartstraße: Die Gemeinde ist mit ihren Beterinnen und Betern in die zur Verfügung gestellten Räumlichkeiten eingezogen. Allwöchentlich finden die Gottesdienste unter der Leitung von Rabbiner Prof. Dr. Andreas Nachama und der Kantorin Esther Hirsch statt. Die Gemeinde ist Mitglied in der „World Union for Progressive Judaism“, dem größten Zusammenschluss jüdischer Gemeinden weltweit. Sie verfügt über einen engagierten Vorstand mit Dan Moses an der Spitze. Gabbai Heidi Griesert und Gabbai Konstantin Münz sorgen allwöchentlich für den reibungslosen Ablauf der Gottesdienste.

Wir sind stolz darauf, dass die Synagoge Woche für Woche von etwa 60 Beterinnen und Betern aufgesucht wird. Wir sind stolz darauf, dass unsere Synagoge Anziehungspunkt auch für viele jüngere Beterinnen und Beter aus Israel und aus der ganzen Welt geworden ist. Wir sind stolz darauf, dass Mitglieder, Fördermitglieder und interessierte Freunde die Arbeit unserer Gemeinde mit Geldspenden und mit Rat und Tat unterstützen. Wir sind stolz darauf, dass wir unseren Beterinnen und Betern allwöchentlich dank der Arbeit unserer israelischen Köche einen authentischen koscheren Kiddusch anbieten können.

Bei alledem verlieren wir unser Ziel nicht aus den Augen. Ziel unserer Gemeinde ist es, eines Tages an den Ursprungsort Hüttenweg zurückzukehren und dort als Teil des Berliner Interreligiösen Zentrums unser Haus für alle interessierten Beterinnen und Beter wieder zu eröffnen. Diesem Ziel widmet sich der Vorstand mit großem Nachdruck, viel Kraft und viel Zeit. Es wird natürlich einen längeren Zeitraum erfordern, da nicht nur Renovierungsarbeiten, sondern auch Baumaßnahmen und Bauerweiterungen notwendig sind. Wir hoffen, dass wir eines Tages in Abwandlung des Pessachwunsches: nächstes Jahr in Jerusalem – sagen können: nächstes Jahr am Hüttenweg.

Kampfkunstschule Mikoyan Karate, Kampfkunst, Selbstverteidigung

Kampfkunst und Nahkampf wie Systema liegen voll im Trend. Wachsende Kriminalität macht Selbstverteidigung immer wichtiger. Der erfolgreiche Weg zur körperlichen und geistigen Stabilität beginnt mit der Wahl der richtigen Kampfschule. Aram Mikoyan hat diesen Trend erkannt und bietet in seiner Kampfkunstschule auf die Bedürfnisse der Schüler abgestimmten Unterricht.

Er schult den Umgang und das Verhalten in möglichen Gefahrensituationen und stärkt zugleich das Selbstbewusstsein. Ob Manager, Hausfrau oder Schüler, jeder kann in eine gefährliche Situation geraten. So bietet die Kampfsportschule verschiedenste Kurse bereits ab dem 3. Lebensjahr.

Von Kinderkarate, Frauen-Selbstverteidigung bis Senioren-Selbstverteidigung dienen die Kurse der Stärkung des Selbstbewusstseins, der Verbesserung der Konzentrationsfähigkeit und dem Stressabbau. Die Kampfkunstschule bietet auch Kurse in den Bereichen Karate, Nahkampf Systema, Kyokushinkai, Tae-Kwon-Do, Kickboxen, Thaiboxen, Boxen, MMA.

Die Kampfkunstschule zeigt sich mit erfahrenen und erfolgreichen Meistern in einer puristischen und angenehmen Unterrichtsatmosphäre und einem qualitativ hochwertigen Equipment.

Im Trend liegt auch der angebotene Nahkampfstil „Systema“. Aram Mikoyan trainierte selbst 8 Jahre beim Schöpfer des Stils und kann dadurch das Original aus erster Hand wiedergeben.

Wir befinden uns im Herzen der City Berlin West, nur wenige Gehminuten vom Kurfürstendamm, in der Uhlandstraße.



Kontakt:
Uhlandstraße 19 10623 Berlin
Tel.: +49 (0)30 88 6281 80
eMail: kontakt@kampfkunstschule-mikoyan.de
Weitere Informationen unter
www.kampfkunstschule-mikoyan.de



**KAMPF
KUNST
SCHULE
MIKOYAN**

Das fröhliche Feuer-Fest

Was hat es mit den Traditionen des Lag Baomer auf sich?

Von Michael Selutin

„Und Ihr zählt euch wie den Tag nach dem Sabbat, von dem Tag, da ihr das Omer darbringt, sieben volle Wochen abzählen, bis zu dem Tag, der auf den siebten Schabbat folgt, nämlich 50 Tage sollt ihr zählen, und dann dem Herrn ein neues Speisopfer darbringen.“ (3. Mose, 23; 15)

In den Versen oben wird den Juden aufgetragen, 50 Tage zwischen Pessach und Schawuot zu zählen. Über die Feier am Lag Baomer steht dort jedoch nichts und man wird auch vergeblich in der Thora nach diesem Fest suchen.

Es gibt zwei Gründe für das Lag-Baomer-Fest. Der erste ist auch der Grund, dass sich Juden während der Omer-Zählung nicht rasieren, die Haare schneiden, keine neue Kleidung kaufen und keine Musik hören. Denn während der ersten 33 Tage des Omers starben im zweiten Jahrhundert 24.000 Schüler des Rabbi Akiva durch eine Plage, die erst am 33. Tag der Omer-Zählung aufhörte. Dieser Tag ist Lag Baomer, Lag steht hier für 33, denn der hebräische Buchstabe Lamed hat den Zahlenwert 30 und Gimmel den Zahlenwert 3.

Der zweite Grund für die Feier des 33. Tag der Omer-Zählung ist der Todestag eines anderen Schüler Rabbi Akivas, Rabbi Schimon Bar Jochai. Nachdem seine ersten 24.000 Schüler gestorben waren, nahm sich Rabbi Akiva fünf neue Schüler zur Übermittlung der mündlichen Lehre, die wir heute als Talmud in schriftlicher Form vorfinden. Einer dieser fünf Schüler war eben dieser Rabbi Schimon Bar Jochai, der an sich schon eine legendäre Persönlichkeit ist: Als die Römer über Israel herrschten und jegliche Lehre der Thora untersagten, wobei sie die Rabbiner verfolgten und töteten, versteckte sich Rabbi Schimon 13 Jahre lang mit seinem Sohn in einer Höhle und ernährte sich nur von den Früchten eines Johannisbrotbaums. In dieser Zeit drang er tief in die innersten Geheimnisse der Thora ein und wurde zudem zu einem großen Kabbalisten. Am Tag seines Ablebens lehrte er seinen Schülern die Kabbalah, die bis dahin streng geheim gehalten wurde.

Deswegen ist Lag Baomer ein kabbalistisches Fest, mit Ritualen, die merkwürdig erscheinen, aber tief in die Geheimnisse der menschlichen Seele und der Schöpfung dringen. Besonders bei Chassidim ist Lag Baomer beliebt, denn sie sehen sich als Träger der kabbalistischen Ideen, die Rabbi Bar Jochai im zweiten Jahrhundert enthüllte, Rabbi Isaak Luria im 16. Jahrhundert weiterverbreitete und der Baal Schem Tov, der Gründer des Chassidismus, im 18. Jahrhundert an die breite Masse seiner Chassiden weitergab.

Pfeil und Bogen

Eine Art, Lag Baomer zu feiern, ist mit Kindern in Parks oder Felder zu gehen und sie dort mit Pfeil und Bogen spielen zu lassen. Der Lubawitscher Rebbe erklärte dieses Ritual folgendermaßen:

„Wer einen Bogen schießt, wird mit dem Paradox konfrontiert, dass er den tödlichen Pfeil zuerst ganz nah an sein eigenes Herz ziehen muss, um ihn weit abzuschließen und je weiter man ihn an sich zieht, desto weiter schießt man den Pfeil. Dieses Prinzip gilt auch für die Gebote der Thora, die zwar klar und deutlich vor einem stehen: Man soll nicht morden, am Schabbat ruhen, koscher essen und



Kinder bereiten das Lag Baomer-Feuer vor.

viele weitere, aber hinter diesen Geboten gibt es noch die innere Dimension, die das Herz des Juden berührt. Bei allen Geboten ist die Intention fast genauso wichtig wie die Ausführung und man muss sich, wie beim Spannen der Sehne eines Bogens, zuerst auf sein eigenes Herz konzentrieren und die richtige Intention für die Ausführung finden, um das Gebot dann auszuführen.“

Warum, sollte man sich zum Beispiel fragen, führe ich dieses Gebot aus? Will ich den Willen des Schöpfers tun, oder habe ich andere Motive? Will ich meine Bekannten beeindrucken? Meine Eltern zufriedenstellen, oder gar gegen sie rebellieren?

Hier kommt die mystische Komponente der Thora ins Spiel, die uns tief in die menschliche Seele führt. Indem sie uns dazu bringt, uns über unsere Motive klar zu werden, erkennen wir, wer wir sind und warum wir auf bestimmte Weise handeln. Wir können uns darüber klar werden, was wir richtig und was wir falsch machen. Dies gilt für die Ausführung der Gebote der Thora, genauso wie für alle unsere Handlungen: Die Intention spielt eine sehr wichtige Rolle, die uns anzeigt, ob wir mit unseren Handlungen auf einem guten Weg sind.

Das Feuer

Der weitaus bekannteste Brauch am Lag Baomer sind die riesigen „Lagerfeuer“ – Medurot, die man an diesem Tag überall in Israel sieht. Kinder freuen sich besonders auf die Feuer und tragen schon Wochen vorher Holz zusammen. Am Lag Baomer laufen sie dann von Medura zu Medura und kommen mit verkohlten, aber freudigen Gesichtern nach Hause zurück.

Der Ursprung der Tradition, Feuer zu zünden, basiert auf der Legende, dass am Tag, an dem Rabbi Schimon Bar Jochai seinen Schülern die Kabbalah lehrte, die Sonne nicht unterging, bis der Rabbi mit seiner Lehre fertig war. Als er schließlich seine Unterweisung beendete und verstarb, umgab spirituelles Feuer sein Totenbett. Eine andere Erklärung für die Feuer am Lag Baomer wird denen, die nicht an Wunder glauben, besser gefallen: Rabbi Bar Jochai gilt als Autor des Zohar, des Basiswerks der Kabbalah. Zohar bedeutet so viel wie „leuchten“, oder „scheinen“, denn die Kabbalah soll die Dunkelheit und Konfusion der Welt wie ein Licht vertreiben. Auch der Rabbi selbst wird in seinem Buch „Botzina Kadisha“ genannt, eine „heilige Lampe“.

Pilgerfahrt nach Meron

Unter den Schülern des Rabbi Schimon Bar Jochai wurde es Brauch, zu seinem Grab in Meron in den Bergen Galiläas zu pilgern. Diese Tradition setzte sich im Laufe der Jahrtausende fort und viele große Rabbiner besuchten das Grab des großen Kabbalisten. Der erste dokumentierte Besuch wurde von Rabbi Ovadiah von Bertinoro aufgezeichnet, der im 16. Jahrhundert nach Meron kam. Er schrieb: „Am 18. Tag des Monats Ijar (Lag Baomer), am Todestag des Rabbi Bar Jochai, kommen Juden aus der Gegend zu seinem Grab in Meron, wo sie Feuer anzünden und feiern ... Frauen, die keine Kinder bekommen können, werden schwanger und viele Kranke werden geheilt, denn sie spenden an diesem Tag für die Aufrechterhaltung der Grabstätte.“

Heutzutage pilgern nicht nur Juden aus der Umgebung nach Meron, sondern

alle, die sich mit der spirituellen Seite des Judentums verbunden fühlen, aber natürlich auch solche, die auf Wunder hoffen. Denn wer keine Kinder bekommen kann, oder keinen Partner fürs Leben findet, oder finanzielle Probleme hat, oder was auch immer, erhofft sich, durch inniges Gebet am Grabe des Rabbis seinen Wunsch erfüllt zu bekommen.

Zusätzlich reisen jüdische Touristen manchmal nur für diesen Tag aus dem Ausland an, denn Lag Baomer in Meron ist eine Riesenparty, wie man sie sonst nirgendwo erleben kann. Hier wird nicht nur wild getanzt, gesungen und getrunken, sondern auch jüdische Einheit und Nächstenliebe in reinsten Form praktiziert. Wagenladungen an Nahrung und Getränken werden nach Meron gebracht und kostenlos verteilt. Ein wunderbares Gefühl von Zusammengehörigkeit durchtränkt den Tag und die Nacht. Schlafplätze werden eigentlich nicht gebraucht, denn an Schlaf ist in dieser Nacht nicht zu denken und wer am nächsten Tag noch vor Ort ist, legt sich unter einen Baum und macht dort ein Nickerchen im Schatten.

Die Kabbalah

Das Erbe des Rabbi Schimon Bar Jochai, der an diesem Tag geehrt wird, ist die Kabbalah. Zu diesem Thema existieren viele Meinungen, und ob Madonna, Verkäufer von roten Armbändchen an der Klagemauer oder Amulette die Kabbalah repräsentieren, ist mehr als fraglich.

Kurz zusammengefasst, kann man die Kabbalah folgendermaßen erklären:

Man kann die Thora grundsätzlich in zwei Bedeutungsstufen aufteilen, „Pschat“ und „Sod“. Während Pschat die einfache Bedeutung des Texts darstellt, beschreibt Sod (wörtlich: Geheimnis) die tiefere Bedeutung der Worte. Sod beschreibt den verborgenen Teil eines Eisbergs, oder die DNS, deren Auswirkungen man zwar sieht, sie selbst jedoch verborgen bleibt.

Die Lehre des Sod wird auch Kabbalah genannt, und da sie die Geheimnisse um „das Leben, das Universum und den ganzen Rest“ behandelt, kann sie nur von einem gelehrten Rabbiner an einen sehr talentierten Schüler weitergegeben werden. Kabbalah bedeutet „Empfangen“. Sie kann nur durch einen erfahrenen Lehrer empfangen werden. Die Lehre der Kabbalah wurde bereits am Berg Sinai von Moses empfangen und sie wurde immer mit der Thora gelernt. Im Talmud wird die Kabbalah daher oft angesprochen.

Genauso wie man nicht Infinitesimalrechnung lernen kann, ohne vorher die Grundlagen der Arithmetik zu beherrschen, kann man nicht Kabbalah, oder Sod lernen, ohne vorher Pschat zu beherrschen, also die Thora sehr gut zu kennen. Rabbi Bar Jochai hat die Kabbalah nicht erfunden, sondern sie lediglich systematisiert. Später wurde sie noch einmal von Rabbi Itzchak Luria weiter geordnet und erläutert. Doch selbst diese Erläuterungen sind für einen Anfänger genauso unverständlich wie Quantenphysik für jemanden, der seine Physik-Kenntnisse aus der Schule hat.

Die Lehre der Kabbalah ist daher für den „normalen“ Durchschnittsjuden nicht von vordergründiger Bedeutung. Bedeutsam für uns ist es jedoch, zu wissen, dass die Geschichten der Bibel tiefstes Wissen über unsere Welt in sich tragen.

Von Agnes Monka

Was tun, wenn plötzlich Besuch aus Israel vor der Tür steht und nichts zu essen im Haus ist? Den koscheren Lieferdienst anrufen natürlich!

Lieferdienste sind eine segensreiche Erfindung für Faule, Vielbeschäftigte, kulinarisch Unbegabte. Manchmal hat es fast etwas von Notfallversorgung, Essen zu hungrigen Menschen durch die halbe Stadt zu fahren. Nicht umsonst wirbt ein bekannter deutscher Lieferdienst mit einem muskulösen Superhelden im Logo.

Der koschere Superheld von Charlottenburg heißt Samuel Zach und hilft, wann immer jemand in Berlin ein Gericht braucht, das den komplizierten jüdischen Speisevorschriften voll und ganz entspricht. „Thank you for bringing food to my friends at the airport“, schreibt eine Facebook-Nutzerin dem koscheren Lieferservice an die Pinnwand. Sofort stellt man sich vor, wie vier Personen verzweifelt und mit knurrenden Mägen auf ihren Koffern in Schönefeld sitzen, weil ihr Flug ausgefallen ist. Jemand ruft in Charlottenburg an. Es muss schnell gehen. Samuel Zach stellt sich der Mission. Die Zeit läuft. Das Fleisch zischt, das Kochwasser sprudelt. Der Kurierfahrer hält mit quietschenden Reifen vor dem Hinterausgang der Küche, packt die wertvolle Fracht ein, rast mit Tempo 200 über den Berliner Ring, bricht fünfzehn Verkehrsregeln und hält – erneut mit quietschenden Reifen – vor dem Flugsteig in Schönefeld, wo ihm vier erleichterte Israelis in die Arme fallen.

Gut, das war jetzt halb ausgedacht. Tatsächlich läuft es meistens planvoller beim Lieferdienst Zach und die Bestellungen kommen ein paar Tage im voraus. Etwa wenn eine Familie einen Gast aus Israel hat und ihn zu Hause bewirten will. „Manchmal bestellen die Leute dann für die ganze Familie koscheres Essen, weil sie ihrem Gast nicht das Gefühl geben wollen, dass er ein Außenseiter ist und nur er etwas anderes essen muss. Das ist natürlich viel schöner“, sagt Inka Avigail Zach.

Gutes Essen macht glücklich und fünf Minuten mit dem Ehepaar Zach reichen aus, um das zu verstehen. Vor zwei Jahren haben die beiden das Restaurant Milo im Chabad Lubawitsch (ein jüdisches Bildungszentrum in Berlin) in Charlottenburg übernommen und bieten zusätzlich Lieferdienst mit fleischigen koscheren Gerichten an. Die Stationen ihrer letzten Jahre waren Hamburg, Frankfurt und Jerusalem. Koschere Küche und koscheres Catering machen sie seit etwa zehn Jahren. Dass Samuel Zach seinen Beruf liebt, ist unübersehbar. Seine Augen leuchten, er lacht und kommt leicht ins Erzählen, wenn es um die Speisevorschriften geht. „Wenn ich aufhören soll, sagen Sie Bescheid. Aber ist das nicht spannend, dass der koschere Honig von der unkoscheren Biene kommen kann?“ Er erzählt von Fischen mit und ohne Schuppen, Aal, Wolfsbarsch, Wild und Kamelen. Es ist herrlich. Giraffen sind übrigens auch koscher. „Aber wer würde schon Giraffe kochen?“, sagte er und lacht. Und wie war das noch mal mit Heuschrecken? Er sieht seine Frau an. „Ja, wie war denn das noch mal mit den Heuschrecken?“ Sie schaut zurück und lächelt. Man wird sich schlau machen. Zum Glück gehören die Insekten ohnehin nicht zur nouvelle cuisine von Samuel Zach. Doch man kann sich sicher sein, dass er auch darüber ganz genau Bescheid wüsste, wenn er sie auf der Karte hätte.

Auf der Karte stehen also nicht Heuschrecken, sondern Fisch, Hähnchen-

Bei Anruf – Koscher!

Lieferdienste für Koscheres Essen füllen eine Lücke



Ehepaar Zach

brustfilet mit Grillgemüse, Kartoffeln oder Reis, Rindergulasch, Pargitsteak und natürlich Chumus. Seit letztem Jahr gibt es ein besonderes Angebot im Lieferservice: Das Schabbat-Paket. Drei Salate, zwei Hauptgerichte, Schabbat-Brot, Kiddusch-Wein und Kuchen sorgen dafür, dass religiöse Menschen auch ohne eigene Vorbereitungen für 65 € am Schabbat koscher essen können. Ein Segen für Touristen, Durchreisende und Geschäftsleute! Kaum ein Hotel in Berlin bietet permanent koschere Verpflegung an, denn man benötigt zusätzliches Kochgeschirr, geschultes Personal und sehr teure Zutaten, vor allem bei fleischiger Küche. In Samuel Zachs Küche im Chabad Lubawitsch gibt es das alles. Und da ist noch ein Mann, ohne den gar nichts geht: Michoel Beynisch, der Maschgiach (ein Aufseher über die jüdischen Speisegesetze). Von ihm ist heute mehrmals die Rede, doch gerade ist er noch im Urlaub, denn die Pessachwoche ist noch nicht ganz vorbei und das Restaurant ist geschlossen. Normalerweise aber schlägt Herr Beynisch beispielsweise die Eier auf, um sicherzugehen, dass kein Blut darin ist. Oder er legt den Salat zum Reinigen ins Salzwasser, damit keine Würmer oder Raupen ins Essen gelangen. „Eine halbe Stunde im Salzwasser ist natürlich nicht so toll für frischen Salat“, sagt Samuel Zach. „Aber ich finde das großartig, dass diese Leute ganz genau durchsetzen, was geschrieben steht, Gastronomie hin oder her. Und ich muss dann eben manchmal zaubern.“ Kleines Menü und alles frisch, das ist seine Philosophie. Die meisten Fallstricke der Kaschrut kennt der gebürtige Jerusalemer, aber vor Fehlern ist keiner

gefeit: „Sogar ein Rabbi darf nicht alleine in der Küche sein, wenn er Essen für Andere zubereitet.“

In den meisten deutschen Großstädten gibt es überhaupt keine koscheren Restaurants oder Lieferdienste. Auch in Berlin sind sie eine Seltenheit. Zum Glück kommen die Zachs sich nicht mit der Konkurrenz ins Gehege, denn die Zachs kochen parve und fleischig, während das Restaurant Bleibergs in der Nürnberger Straße parve und milchig kocht. Das ist praktisch, denn so können sie sich die Kundschaft gegenseitig zuschicken. Wer bei den Zachs nach Pizza fragt, wird zu Frau Bleiberg geschickt. Wer bei Frau Bleiberg nach Hähnchen oder Fisch fragt, wird zu den Zachs geschickt. Wenn Samuel Zach für Veranstaltungen kocht, gibt es auf Wunsch übrigens auch koscheres Sushi. Auch bei diesem schein-

bar so einfachen Gericht lauern überall Fallen: Nur aus Israel importierte Noriblätter genügen den Anforderungen der Küche. Nur ein bestimmtes Wasabipulver ist erlaubt, nur eine bestimmte Sorte eingelegter Ingwer, nur ein bestimmter Reissessig, nur bestimmte Bambusmatten zum Rollen. Der Einkauf für ein koscheres Restaurant ist ein kostspielige Angelegenheit. Auch das Fleisch schlägt kräftig zu Buche, denn bei Samuel Zach ist nicht nur alles glatt koscher, die Tiere müssen auch von einem Mitglied der Chabad-Gemeinschaft geschächtet worden sein. Da Schächten in Deutschland nicht erlaubt ist, wird das



Koscheres Humus bleibt ein Klassiker.

Fleisch aus Polen oder Tschechien importiert und kostet meistens etwa das vier- bis fünffache des gängigen Preises im deutschen Großmarkt. Da gilt es, gründlich zu kalkulieren und den Einkauf gut zu planen. „Aber Samuel ist super organisiert“, sagt seine Frau.

Das wichtigste Kapital des Restaurants und der Lieferdienstes ist das Vertrauen der Kunden, erklärt Inka Avigail Zach: „Sie müssen sich darauf verlassen können, dass bei der Zubereitung alles rich-

tig gemacht wird und das Essen wirklich rein ist.“ Die Gerichte werden vor dem Versand doppelt in Alu verpackt und mit einem Aufkleber verschlossen, auf dem das Kaschrut-Zertifikat abgedruckt ist. Doch selbst dann kann immer noch etwas schief gehen: „Einmal haben wir Essen in ein Hotel geschickt und die Hotelangestellte, die es angenommen hat, hat die Verpackung geöffnet. Dabei stand ganz groß in Rot darauf, dass es nur koscher ist, solange das Siegel intakt ist. Sie wollte das Essen schon mal auf das Buffet stellen. Und kurz darauf rief das Hotel dann an, weil die Gäste das Essen verweigerten und nach dem Zertifikat fragten. Aber es ging gut, sie haben dann die Packung wiedergefunden und vorgezeigt.“

Manchmal wird Samuel Zach auch gebeten, vor Ort zu kochen, etwa wenn ein Hotel eine große Gruppe jüdischer Gäste bewirten. „Ich finde das so toll, wenn dann in dieser Küche alles gekaschert wird. Das nichtjüdische Personal ist immer sehr aufgeschlossen und stellt oft viele Fragen. Das macht Spaß“, sagt er. Wie ist es eigentlich mit dem Personal in seiner Küche? Immerhin ist das Restaurant sieben Tage die Woche geöffnet. Wird der Schabbat also nicht gehalten? „Da gibt es Mittel und Wege“, sagt Inka Avigail Zach und ihr Mann ergänzt: „Die nichtjüdischen Mitarbeiter drücken dann zum Beispiel den Knopf vom Essensaufzug.“ Und natürlich achtet auch der Maschgiach darauf, dass alles richtig läuft. Am Freitagvormittag werden die Schabbatbrote gebacken, bis Herr Beynisch zum Schabbatbeginn alle Geräte ausschaltet. Wenn die Küche bis dahin nicht fertig ist – Pech. Aber das passiert zum Glück nie. Am Schabbat selbst wird nur Essen serviert, aber nicht zubereitet. „Der Schlüssel ist Erfahrung, Erfahrung, Erfahrung. Und gute Organisation“, sagt Samuel Zach. Und wie überall auf der Welt ist auch hier die gute Küche eine Gemeinschaftsarbeit. Ein Bäcker, zwei Köche, der Maschgiach, zwei Kellner und das Ehepaar Zach selber sorgen für zufriedene Gäste.

Laufkundschaft haben die Zachs allerdings selten, denn so tief in den Westen verirrt sich keiner, der nicht von dem Restaurant weiß. Außerdem gibt es am Chabad Lubawitsch natürlich Polizeischutz mit Einlasskontrolle. Und schließlich liegt das Haus in einer Sackgasse. Doch das Geschäft geht gut, zum Glück. „Etwas mehr lokale Kundschaft wäre aber auch schön“, sagt Samuel Zach und spricht eine freundliche Einladung zum Chumus-Essen aus. Auja! Und bis dahin: Wie war es denn nun mit den Heuschrecken? Genauso interessant wie mit allen anderen Gesetzen. Heuschrecken wurden in der Thora zunächst erlaubt, später aber sicherheitshalber verboten, weil die vier erlaubten Heuschreckenarten nicht mehr sicher eindeutig bestimmt werden konnten. Macht nichts. Es gibt auch so genug Köstlichkeiten zu entdecken. Vor allem beim fröhlichsten Lieferhelden Berlins.

Das Restaurant MILO befindet sich in der Münsterschen Straße 6, 10709 Berlin. Mehr Informationen und Speisekarte unter: www.miloinberlin.de und www.samuelmzach.de

Jüdische Rundschau, die Erste

Über die Anfänge der „Jüdischen Rundschau“ vor 1938

Von **Claudia Trache**

Seit Juli vergangenen Jahres ist mit der „Jüdischen Rundschau“ (JR) eine neue Monatszeitung auf dem deutschsprachigen Markt, die sich in großer thematischer Breite mit dem jüdischen Leben der Gegenwart und Vergangenheit beschäftigt. Eine gleichnamige Zeitung wurde bereits Anfang des 20. Jahrhunderts ebenfalls in Berlin herausgebracht.

Dr. Rafael Korenzecher rief seine Rundschau im vergangenen Jahr ins Leben, um unter anderem dem Israel-Bild der heutigen Leitmedien Aufklärung entgegenzusetzen. Des Weiteren sollen in den Artikeln seiner Monatszeitung sowohl konservative, orthodoxe als auch liberale Strömungen gleichermaßen Berücksichtigung finden.

Eine zionistische Ausrichtung hatte auch die 1902 aus der „Israelitischen Rundschau“ bzw. dem „Berliner Vereinsboten“ (1895–1897) hervorgegangene „Jüdische Rundschau“, die zudem das offizielle Organ der damaligen „Zionistischen Vereinigung für Deutschland“ war.

Baseler Programm

Im Vergleich zu beiden Vorgängerzeitungen, wo die lokale Berichterstattung im Vordergrund stand, berichtete die „Jüdische Rundschau“ ab 1902 über das jüdische Leben und die Politik im In- und Ausland. Anfangs erschien die Zeitung jeden Freitag, ab 1919 dienstags und freitags. Inhaltlich stützte sich die Wochenzeitung auf das Baseler Programm, das auf dem Zionistenkongress 1901 beschlossen wurde. Ausführlichere Punkte des Programms waren zum Beispiel auf der Titelseite der ersten Ausgabe des Jahrganges 1906 zu lesen. „Der Zionismus erstrebt für das Jüdische Volk die Schaffung einer öffentlich-rechtlich gesicherten Heimstätte in Palästina. Zur Erreichung dieses Zweckes nimmt der Kongress folgende Mittel in Aussicht: 1. Die zweckdienliche Förderung der Besiedelung Palästinas durch jüdische Ackerbauern, Handwerker und Gewerbetreibende, 2. Die Gliederung und Zusammenfassung der gesamten Jüdischen durch geeignete örtliche und allgemeine Veranstaltungen nach Maßgabe der Landesgesetze, 3. Die Stärkung und Förderung des jüdischen Selbstgefühls und Volksbewusstseins, 4. Vorbereitende Schritte zur Erlangung der Regierungszustimmungen, welche nötig ist, um das Ziel des Zionismus zu erreichen.“

Dementsprechend nahmen Berichte über Palästina einen breiten Raum ein. Als Organ der Zionistischen Vereinigung wurden die Referate, Diskussionen und Ergebnisse der Delegiertenkongresse recht ausführlich wiedergegeben. Von Januar 1932 bis Juni/Juli 1933 wurde zusätzlich eine Monatsausgabe produziert, die Beiträge aus den wöchentlichen Ausgaben enthielt. Auf der Titelseite der Januar-Ausgabe von 1933 war dazu Folgendes zu lesen:

„Die Monatsausgabe hat den Zweck, Kreise über die zionistische Bewegung und über die zionistische Auffassung der Judenfrage zu unterrichten, die sonst wenig Gelegenheit haben, den Zionismus unmittelbar aus authentischen Quellen kennenzulernen. ... Zahlreiche Zuschriften beweisen uns, das die nichtjüdischen Leser dieser Ausgabe oft zum ersten Male durch die ‚Jüdische Rundschau‘ Kennt-

nis von zionistischen Gedankengängen erhielten und mit Überraschung und Anteilnahme – wir können wohl auch sagen – mit Respekt die zionistische Auseinandersetzung und das zionistische Werk verfolgen.... Wir glauben, dass eine Klä-



„Jüdische Rundschau“ von 1933

lung der Judenfrage und eine Besserung des gegenwärtigen Zustandes durch offene Aussprache gefördert werden kann.“

Die Entwicklung der Jüdischen Rundschau

Im Verlaufe der Jahre wandelten sich, bedingt durch weltpolitische Entwicklungen die inhaltlichen Schwerpunkte. Die Seitenstärke nahm zu und betrug am Ende über 20 Seiten. Die Auflage vergrößerte sich von weniger als 10.000 (1932) auf ca. 37.000 im Verlaufe des Jahres 1933. Damit avancierte die Jüdische Rundschau zur führenden deutsch-jüdischen Zeitung. Die Beiträge wurden immer mehr durch Fotos illustriert und es entstanden Rubriken, wie „Berliner Rundschau“, „Hebräischer Fernunterricht“, die „Palästina-Rundschau“, die „Sport-Rundschau“ und als Beilage die besonders modern und attraktiv gestaltete „Kinder-Rundschau“.

Ziel der „Kinder-Rundschau“ war es, „mit ihren unterhaltsamen und informativen Beiträgen für Mädchen und Jungen ab etwa sieben Jahren, dem sukzessiven Ausschluss der jüdischen Kinder aus dem allgemeinen Bildungssystem und den bisherigen Freundeskreisen zu begegnen und ihnen, über die weitreichende Mitwirkung an ihrer Zeitschrift und die Vermittlung von Brieffreundschaften ins In- und Ausland, zu einer neuen, hoffnungsvollen Gemeinschaft zu verhelfen.“

In der Sport-Rundschau wurde im Februar 1936 ausführlich über die zweite Winter-Makkabiah aus Banská Bystrica berichtet. Die Eröffnungsfeier wurde auf dem Pressburger Sender übertragen. In der Ausgabe vom 21. Februar 1936 titelte man auf Seite 2 „Hebräisch im Rundfunk – Eröffnung der Makkabi-Winterspiele“. Im Text hieß es weiter: „...Hebräisch im Radio! Dies ist gewiß im heutigen Europa kein alltägliches Ereignis, und wir sind überzeugt, dass viele Freunde der hebräischen Sprache diese Sendung mit großer Freude empfangen haben und viele Hebräisch-Lernende stolz waren, wieviel von diesen Reden sie bereits verstehen konnten. ...“

Regelmäßig wurden in der „Jüdischen Rundschau“ Fortsetzungsromane abgedruckt, so zum Beispiel 1935 die Erzäh-

lung „Auf drei Dingen steht die Welt“ von Gerson Stern oder 1936 „Die Abenteuer der Gracia Mendez“ von Hermann Sinsheimer. Während der NS-Herrschaft wurde die JR, wie auch die anderen deutsch-jüdischen Zeitungen, eine Hauptinformationsquelle für ihre Leser. Chefredakteur war seit 1919 bis zu seiner Emigration nach Palästina im September 1938 Robert Weltsch. Neben den Hauptthemen Palästina, und der Behandlung jüdischer Fragen in der Weltpolitik, über die Korrespondenten aus dem Ausland berichteten, beobachtete sie nun intensiv und angesichts einer rigiden Nachzensur, so offen wie möglich die zunehmend beschwerliche Situation deutschen Juden.

Leitartikel, wie „Tragt ihn mit Stolz, den gelben Fleck!“ (anlässlich des sog. „Judenboykotts“ vom 1. April 1933 erschienen in der Nr. 27 vom 4. April 1933) oder „Der Jude ist auch ein Mensch“ (erschieden in Nr. 53 v. 2. Juli 1935 in Reaktion auf eine antisemitische Rede von Goebbels) sind Höhepunkte des Journalismus im totalitären Staat.

Erinnerungen der Chefredakteure

Verschiedene Chefredakteure prägten die Zeitung, jeder auf seine Weise. In der Jubiläumsausgabe am 17. April 1935 zum 40-jährigen Bestehen der Jüdischen Rundschau bekamen sie Gelegenheit Einblick in ihre damalige Arbeit zu geben. Dr. Heinrich Loewe übernahm seit dem 9. Mai 1902 bis 1908 die Schriftleitung der – damals noch so genannten – „Israelitischen Rundschau“. An die Übernahme dieser Verantwortung knüpfte er zwei Bedingungen, wie er in seinen Erinnerungen schrieb: „...die eine, dass das Blatt nicht ‚Israelitische‘, sondern ‚Jüdische Rundschau‘ heißen sollte, nachdem die zionistische Leitung den von mir verlangten Namen ‚Jüdische Volkszeitung‘ abgelehnt hatte. Die zweite war, das mir erlaubt würde, das Blatt allmählich zu Lateinschrift zu überführen.“

Sein Ziel war es, „dem Blatte eine jüdische Note, einen nationaljüdischen Inhalt und frisches, junges Leben zu geben.“ Heinrich Loewe gehörte zu den Vätern des deutschen Zionismus. „Die Redaktion vertrat den Standpunkt eines ungeteilten, eines integralen Zionismus.“ Julius Becker, der im Jahr 1908 die Leitung übernahm und bis 1911 innehatte, arbeitete bereits 1904/05 mit Heinrich Loewe gemeinsam an der Redaktion. Zu seiner Zeit war man bestrebt die Rundschau zu einem politischen Blatt und zu einem Organ aller deutschen Zionisten zu entwickeln. Redaktionelle Unterstützung bekam er bald von Fritz Abraham, der später (1912/13) sein Nachfolger wurde. Julius Becker schrieb über den Redaktionskollegen, der im Ersten Weltkrieg fiel: „Fritz Abraham, der aus ganz assimilierten Berliner Kreise kommend, wenn ich nicht irre, vom Sport aus, zum jüdischen Sport und dann immer weiter ins Judentum und in den Zionismus hineingefunden hatte ... Wenn er etwas nicht ver-

stand, fragte er kühn darauf los bis er auf den Grund der Dinge kam.“ Als Sekretär der zionistischen Leitung kam Leo Herrmann 1913 nach Berlin und übernahm die Jüdische Rundschau während des Ersten Weltkrieges als verantwortlicher Redakteur. Er erinnert daran, dass die Jüdische Rundschau bei den Soldaten an der Front eine gerngelesene Zeitung war. „Sie wurde durchs Rote Kreuz und das Kopenhagener Zionistische Büro in die sibirischen Kriegsgefangenenlager gesendet, nach Irkutsk, Wladiwostok, Charbin – und von überall her bekamen wir Äußerungen aus dem Leserkreis – von der zionistischen Gemeinde Deutschlands selbst nicht zu reden.“

Wandel des Annoncen-Geschäfts

Auch der Wandel der Anzeigen in der „Jüdischen Rundschau“ über die Jahrzehnte ist interessant. Zunächst sind es meist Familienanzeigen und Kleinanzeigen aus verschiedenen Geschäftsbereichen, wie der Lebens- und Genussmittelbranche aus dem gesamten Deutschen Reich, dann erschienen verstärkt Annoncen von Gaststätten, Erholungseinrichtungen und Sanatorien, die sich besonders jüdischen Gästen empfahlen. Verschiedene Verlage, nicht nur der Jüdische Verlag, warben für ihre Druckerzeugnisse. Auch Veranstaltungen von diversen Berliner Sportvereinen lassen sich finden. In der Ausgabe vom 3. Januar 1936 warb zum Beispiel das Reisebüro „Palestine Orient Lloyd“ für eine Gesellschaftsreise zur zweiten Winter-Makkabiah nach Banská Bystrica. Immer häufiger wurden Kinoprogramme mit jüdischer Thematik angezeigt. Regelmäßig in großen Anzeigen beworben wurden deutschlandweit aktuelle Vorführtermine des Palästina-Films „Das Land der Verheißung“.

Die Uraufführung des Films, fand am 26. Mai 1935 in Berlin statt. Der Film wurde im Auftrag von Keren Hajessod, Jerusalem produziert. Als dessen Generalsekretär hatte Leo Herrmann die Produktionsleitung inne. Mitte der 1930er Jahre häuften sich die Anzeigen von Speditionsfirmen, die ganz speziell Transporte nach Palästina anboten, oder Anzeigen zur Devisen-Beratung für Auswanderer. Eine zunehmend größere Bedeutung erlangte mit der Herausdrängung vieler Juden aus dem Berufsleben die Rubrik „Stellenmarkt“. Dazu findet sich in der ersten Ausgabe des Jahres 1937 ein verlagseigenes Inserat mit folgendem Inhalt: „Nach Einstellung der Arbeitsvermittlung durch die jüdischen Arbeitsnachweise am 31. Dezember 1936 müssen mehr als bisher Stellenanzeigen – Angebote u. Gesuche – die Verbindung zwischen Arbeitgebern und den Arbeitnehmern schaffen. Dank ihrer großen Verbreitung wird die ‚Jüdische Rundschau‘ hier eine große soziale Aufgabe erfüllen. Verlangen Sie sofort den Sonderprospekt SM von der Anzeigen – Verwaltung Berlin W15 Meinekestraße 10.“

Der Sitz von Verlag, Redaktion und Anzeigenabteilung hat in den Jahren mehrfach gewechselt. Von 1911 bis 1924 war die „Jüdische Rundschau“ an der Sächsischen Straße 8 ansässig, ab 1925 an der Meinekestraße 10. Im selben Gebäude hatten unter anderem auch die Zionistische Vereinigung für Deutschland und das Palästina-Amt ihre Geschäftsräume. Eine Gedenktafel an diesem Gebäude erinnert noch heute daran.

Ein Edelstein, der im Verborgenen leuchtet

Das Touro College – Elite-Uni im Grünen

Von Reinhard Rickertsen

Die Berliner Universitätslandschaft ist gewiss nicht arm: Da gibt es die Freie Universität, die Technische Universität, die Humboldt-Universität und zahlreiche Fachhochschulen verschiedener Fachrichtungen.

In diesem Reigen ist das Touro College mit seinen vergleichsweise wenigen Studenten sicherlich eine der kleineren Hochschulen in Berlin. Angesiedelt in bester grüner Wohnlage im Westend nahe der Grenze zu Spandau leuchtet uns ein Gebäudeensemble entgegen, das – geprägt von der mächtigen Villa Mendelsohn – aussieht, als hätte eine gewaltige Hand Edelsteine in die grüne Landschaft eingebettet. Man muss zunächst einmal Einlass am riesigen Eisentor finden, das die wehrhafte Einfriedung des Geländes vor ungebundenen Gästen schützt.

Das Touro College in Berlin geht auf eine Gründung im Jahre 2003 zurück. Es stellt einen weiteren (von mittlerweile etwa 25) Studienorten weltweit dar. Das erste Touro College wurde 1970 in Manhattan gegründet. Der Gründer Bernard Lander benannte es nach dem Rabbiner Isaac Touro und seinem Sohn Judah. Es war zunächst rein geisteswissenschaftlich ausgerichtet (Liberal Arts College).

Der Berliner Ableger ist seit 2006 staatlich anerkannt und erhielt im November 2012 die institutionelle Akkreditierung durch den Wissenschaftsrat.

Heute hat die Hochschule mehrere Schwerpunkte. Sie bietet mehrere Bachelor- und Masterabschlüsse an, so z. B. Bachelor of Science in Business Management und Administration (Amerikanischer Abschluss), Bachelor of Arts in Management (Deutscher Abschluss), Bachelor of Arts in Psychology, Master of Arts in Holocaust Communication and Tolerance und Master of Business Administration (MBA).

In den Studiengängen ist Englisch die Studiensprache, mit Ausnahme des Masterstudiengangs, der aufgrund der Quellenlage auf Deutsch gelehrt wird. An der Hochschule absolvieren Lernende aus aller Welt ihr Studium. Das Touro College findet weltweite Aufmerksamkeit und hat hier in Deutschland nicht seinesgleichen. Vor einiger Zeit wurde die Verleihung der Bachelor- und Master-Urkunden vom deutschen Fernsehen live übertragen und fand große Beachtung.

Dass wir heute über dieses Juwel im Reigen der Berliner Universitäten überhaupt verfügen können, ist einem Zufall zu verdanken. Die Gründung im Jahr 2003 geht zurück auf eine zufällige Begegnung von Sara Nachama und Bernard Lander. Sara Nachama, die seit 1978 nach einem Geschichts- und Geografiestudium in Jerusalem in Berlin lebt, nimmt die Herausforderung, die Bernard Lander an sie heranträgt, gern an. Sie übernimmt nach reiflicher Überlegung, Suche nach der passenden Immobilie und vielen weiteren Recherchen die Leitung des neu zu gründenden Touro College als Rektorin. Ihre beiden Söhne sind aus dem Größten heraus. Der ältere ist Anwalt und der jüngere Gemeinderabbiner in Dresden. Sara Nachama hat wieder Zeit, sich der Vollberufstätigkeit und vielen Ehrenämtern zu widmen.



Rektorin Sara Nahama (Mitte) im Kreis ihrer Absolventen

Sie ist heute Vizepräsidentin des weltweiten Touro-Netzwerkes und Rektorin des amerikanischen Touro College in Berlin. Daneben engagiert sie sich als Mitglied der Repräsentantenversammlung der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, aktives Kuratoriumsmitglied des Jüdischen Krankenhauses in Berlin, Beirat der Berlin Partner für Wissenschaft und Technologie GmbH, Jurymitglied des Internationalen Menschenrechtspreises u. v. m.

Für ihren unermüdlichen Einsatz wurde sie mehrfach ausgezeichnet und hoch dekoriert. So erhielt sie das Bundesverdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland, das goldene Kreuz bekam sie für ihre ehrenamtlichen Tätigkeiten sowie ihre Bemühungen um nationale und internationale Beziehungen.

Wenn sie heute auf „ihr“ Touro College blickt, so kann sie sagen, dass die gesteckten Ziele weitgehend erreicht sind. Mittlerweile ist die Anzahl der Studenten (19 im ersten Studienjahr) auf weit über 150 gestiegen. Der Master-Studiengang „Holocaust Communication and Tolerance“ ist in Europa einmalig. Die Management-Studiengänge werden mit deutschem und amerikanischem Abschluss angeboten, so dass die Studenten parallel nach vier Jahren zwei Abschlüsse gleichzeitig erwerben können. Hochkarätige Professoren und Dozenten lehren auf dem Campus.

An einem sonnigen Frühlingstag empfängt mich der Public Relation Manager Dr. Benjamin Becker. Ich habe um ein persönliches Gespräch mit Sara Nachama gebeten, und man ist im Touro College diesem Wunsch gern nachgekommen. Zunächst führt mich Dr. Becker auf dem Campus herum, zeigt mir Lehrsäle, die Bibliothek und die Cafeteria. Ich habe den Eindruck,

dass überall eine gedämpfte konzentrierte Arbeitsatmosphäre herrscht. Das Touro College ist technisch sehr gut aufgestellt und weltweit mit Bibliotheken und den übrigen Standorten vernetzt. So haben die Studierenden die Möglichkeit, jederzeit auf nahezu unbegrenzte Informationen zuzugreifen.

Eine kleine Cafeteria sorgt für das leibliche Wohl. Das Essen wird nicht an Ort und Stelle zubereitet, sondern wird koscher angeliefert.

Im Gespräch mit Sara Nachama, die mich im Anschluss an die Campusführung empfängt, erfahre ich, dass aktuell etwa 190 Studenten eingeschrieben sind. Es sind etwa 20 Nationen vertreten, die von allen fünf Kontinenten stammen. Auch moslemische Studenten gibt es, die in der Regel die Kinder ausländischer, in Deutschland akkreditierter Diplomaten sind. Der

Jahr ein kleines Jubiläum zu feiern gibt, denn vor 10 Jahren verließen die Studenten „der ersten Stunde“ das College mit dem Bachelor-Abschluss.

Sehr gern machen die Studenten von der Möglichkeit, ein Auslandssemester bei einem anderen Touro College abzuleisten, Gebrauch. Spitzenreiter sind dabei die Einrichtungen in New York und Moskau.

Das „Aushängeschild“ des College aber, und das bestätigt mir auch Frau Nachama, ist der Studiengang Master of Arts in Holocaust Communication and Tolerance. Europaweit ist dieser Studiengang einmalig und wurde seinerzeit von Prof. Dr. Andreas Nachama entwickelt und ins Leben gerufen. Durch den Abschluss erreichen die Absolventen ein disziplinäres Fachwissen, das sie mit einer interdisziplinären Vermittlungs- und Handlungskompetenz verbinden. Das starke Interesse einer breiten Öffentlichkeit an der Geschichte des Holocaust bietet Absolventen dieses Studienganges gute Anstellungsmöglichkeiten, so seien hier beispielhaft nur Gedenkstätten, Museen, Forschungsprojekte, Printmedien und Fernsehen, Stiftungen und Verbände genannt.

Von Frau Nachama erfuhr ich, dass dieser Studiengang oftmals als Zweit- oder Zusatzstudium gewählt wird, z. B. von Personen, die ihre Lehr- und Handlungskompetenz erweitern wollen.

Ich habe bei meinem Besuch auf dem Campus nicht nur eine motivierte und engagierte Hochschulleiterin kennengelernt. Vielmehr gewann ich diesen Eindruck auch von den Mitarbeitern und Studenten. Hier ist wirklich ein Juwel entstanden, das im Verborgenen leuchtet und gerade deshalb die sich selbst gesteckten Ziele und Aufgaben erreichen und lösen kann.



Grüner kann ein Campus nicht sein.

Anteil an jüdischen Studenten beträgt etwa 50 Prozent. Der am stärksten frequentierte Studiengang ist der Schwerpunkt Wirtschaft. Aber auch der vor drei Semestern eingeführte Studiengang Psychology findet reges Interesse. Das Touro College besteht jetzt seit 12 Jahren. Ich werde darauf hingewiesen, dass es aus diesem Grunde in diesem

Der Autor ist ehemaliger Lehrer und Fachbereichsleiter eines Berliner Oberstufenzentrums, seit 2003 Beter der Synagogengemeinde Sukkat Schalom (SukkatSchalom.de)

70 Jahre und kein bisschen weise?

Gedanken zum Kriegsende

Von Attila Teri

Wenn ich in unseren Keller gehe, erfasst mich immer wieder ein leichter Hauch der Geschichte. Ob ich es will oder nicht, schicken mich die, von dem abgebröckelten Putz nur noch zum Teil bedeckten, alten, roten Ziegelsteine an den Wänden und der leicht vermoderte, für Altbauten so typische Geruch der Vergangenheit, auf eine Zeitreise.

Ich stelle mir vor, wie es wohl gewesen ist, als diese dunklen, kalten, unwirtlichen Räume, in denen sich höchstens Kakerlaken, Mäuse oder Spinnen heimisch fühlen, den Bewohnern als letzter Zufluchtsort dienten. Wie die Menschen damals in Panik auf den knirschenden Holztreppe herunter rannten, wenn die Sirenen den nächsten Luftangriff der Alliierten ankündigten. Wie sie sich zusammenkauerten, beteten und hofften, dass der Spuk vorbeigeht und sie heil wieder das Licht der Hoffnung erblicken dürfen.

70 Jahre ist es her. Am 8. Mai 1945 war es vorbei – zumindest in Europa. Der Zweite Weltkrieg war zu Ende. In Asien dauerte das Schlachten noch bis zum 2. September. Vorher „testeten“ dort die Amerikaner die neueste und zweifelhafteste „Errungenschaft“ der menschlichen Genialität, die Atombombe. In Hiroshima und Nagasaki blieb kein Stein auf dem anderen. Und so krank wie paradox es auch klingen mag, bildete diese traurige Tatsache mehr oder minder den Grundstein dafür, dass es seitdem noch nicht zu einem weiteren Weltenbrand gekommen ist.

Die verheerende Wirkung machte zumindest in den folgenden Jahrzehnten den Atommächten klar, dass wir bei einem möglichen – nächsten Versuch, vermutlich alle draufgehen – und mit uns alles Leben auf diesem wundervollen Planeten, der nur einen verhängnisvollen Fehler zu haben scheint: uns Menschen! Über 50 Millionen Tote, mehr als 50 Millionen Vertriebene und eine Welt in Schutt und Asche kostete der Traum der deutschen Herrenmenschen vom „Tausendjährigen Reich“, in dem meine „Rasse“ nicht mehr vorkommen sollte – zumindest nach ihren Vorstellungen. Kaltblütig ermordeten sie 6 Millionen Juden. Unter ihnen war auch meine Oma im KZ Bergen-Belsen.

70 Jahre ist es her. Etwas weniger als die Lebenserwartung einer Generation heute in Europa. Die liegt zwischen 70 und 80 Jahren. Unser Kontinent wurde zum größten Teil wieder aufgebaut, gar der Kalte Krieg ging auch schon vor einem Vierteljahrhundert zu Ende. Wir blühen und gedeihen in friedlicher Eintracht – ob in Budapest, Warschau, Berlin oder sonstwo in der glorreichen Europäischen Union.

Allmählich sterben alle Zeitzeugen aus. An den damaligen Wahnsinn erinnern uns nur noch Denkmäler oder eben die immer wiederkehrenden Feierlichkeiten und Gedenkveranstaltungen wie jetzt. Woche für Woche wird nun wieder der Befreiung der Konzentrationslager gedacht: Auschwitz-Birkenau, Majdanek, Sobibor, Treblinka, Bergen-Belsen, Buchenwald, Mauthausen, Ravensbrück, Sachsenhausen, Dachau, Theresienstadt. Es sind Ortsnamen, die für immer und ewig miteinander verbunden bleiben und für das größte bisherige Verbrechen der Menschheit stehen: den industrialisierten Massenmord. Nicht nur für uns Juden gilt dies, sondern für alle Völker, die gegen die Nazis kämpften und ihnen im Wege standen.



Zwiespältige sowjetische Sieger: Millionen Menschen verloren, Befreier der KZs, Verbündete Hitlers bis 1941, Unterdrücker Osteuropas.

Für Minderheiten wie die Roma, Homosexuellen, Behinderten oder ganz einfach für Menschen, die ihre Bezeichnung „Homo sapiens“ auch im Angesicht des Todes nicht ablegten und ihre Vernichtung lieber in Kauf nahmen, als auf Knien um ihr Leben zu betteln und wie Würmer ein Dasein zu fristen, das niemand mehr Leben nennen dürfte.

Auf der anderen Seite stehen die Millionen, die aktiv bzw. passiv mitgemacht oder geschwiegen haben, aus den Untaten der Nazis Vorteil zogen oder schlicht und ergreifend zu feige waren. Die Täter und die zu Fleisch gewordene schweigende Mehrheit der „Drei Affen“ behaupteten später, nichts gewusst oder keine Möglichkeit zum Widerstand gehabt zu haben. „Wir haben nur Befehle befolgt! Das konnte doch niemand ahnen! Der Führer hat es sicher auch nicht gewusst!“ – lauten nur einige der Ausreden, die mich heute noch an der Menschheit verzweifeln lassen.

Wir bedauern Jahr für Jahr und verstehen es nicht, wie das alles passieren konnte. Aber welche Ausreden haben wir denn heute parat, wenn wir für unsere Taten oder unser Nichtstun eines Tages zur Verantwortung gezogen werden? Im Jahre 2015 gibt es über 30 Kriege, die noch (!) keine 50 Millionen Tote gefordert haben. Dafür sind gegenwärtig schon über 50 Millionen Menschen auf der Flucht und haben nur eines im Sinn: Dem Gräuel irgendwie zu entkommen und zu überleben!

Der Staat der Juden führt immer noch einen einsamen Kampf ums nackte Überleben, während westliche Politiker erneut versuchen, einen Pakt mit dem Teufel zu schließen.

Der Präsident der USA und seine Freunde wollen um jeden Preis ein Abkommen mit

dem Mullah-Regime in Teheran. Und das Volk? Das Volk möchte seinen Wohlstand behalten, komme was auch wolle. Hauptsache, das Bier steht noch kalt im Kühlschrank!

In Anbetracht dieser Fakten leide ich inzwischen zunehmend an permanenter

Schlaflosigkeit und mag mir nicht einmal in meinen kühnsten Albträumen vorstellen, wo das alles noch hinführen mag. Aber genug des Trübsalblasens! Ich muss wieder in meinen vermoderten Keller. Dort steht meine Waschmaschine, und die Wäsche ist fertig...



Unser Service für Sie

Gregory's Joaillier am Kurfürstendamm zeichnet sich nicht nur durch innovatives Design unter der Verwendung edelster Schmucksteine aus. Eine Besonderheit ist die haus-interne Werkstatt mit Goldschmied und Steinfasser, die vor Ort individuell auf Kundenwünsche eingehen können. Exklusive Sonderanfertigungen oder das sensible Umarbeiten von altem Schmuck wird hier professionell und mit größter Sorgfalt erledigt. Sowohl Fasser als auch Goldschmied können jahrelange Erfahrung und Expertise vorweisen und arbeiten auf höchstem Niveau.

Umarbeiten

Geliebter alter Schmuck hat oft einen starken emotionalen Wert, entspricht manchmal aber nicht mehr dem eigenen Geschmack. Gregory's Joaillier hilft Ihnen ein neues Lieblingsstück daraus zu machen, ohne dass es den ursprünglichen Charakter verliert. Von kleinen Änderungen bis hin zur kompletten Neufassung von Steinen und Umnutzung des Trägermaterials erstrahlen die antike Kette oder ein alter Ring in neuem Glanz.

Unikate

Entweder wählen Sie eines der bereits fertigen Unikate von Gregory's Joaillier oder aber Sie bringen einen eigenen Entwurf mit. Gemeinsam mit dem Inhaber Gregory Loeb wird die Auswahl der Materialien und Steine sowie die Umsetzung besprochen. Leidenschaftlich gerne designt Gregory's Joaillier

Reparaturen und Reinigung

Ein Standard-Service für unsere Kunden: kleine Reparaturen und regelmäßige Reinigung Ihres vielgetragenen Schmucks gehören zum Standard-Repertoire. Selbstverständlich sind wir durch unsere hauseigene Werkstatt in der glücklichen Lage Ihre Schmuckstücke selbst zu reparieren. Gerne stehen wir Ihnen beratend zur Verfügung und machen Ihnen einen unverbindlichen Kostenvorschlag.

Kurfürstendamm 50A 10707 Berlin

Tel. 030 88917555
contact@gregorysjoaillier.com
www.gregorysjoaillier.com

„Ich will es nicht erzählen – ich muss!“

Als Herr Schwarzbaum noch Nummer 132 624 war

Von Simon Akstinat

In Berlin-Grünwald treffe ich einen 94-jährigen Herrn, der mir ebenso Spektakuläres wie Trauriges erzählen wird. Herr Schwarzbaum ist für sein Alter körperlich fit und völlig selbständig. Leider muss er das auch sein, denn seine Ehefrau ist vor einigen Jahren gestorben. Zum Glück ist der Witwer geistig mindestens genauso fit wie ich selbst mit meinen noch relativ jungen Jahren. Das macht das Gespräch mit ihm sehr angenehm.

Seine Geschichte erzählt er nun seit etwa zehn Jahren an Schulen und bei Vorträgen: „Nicht weil ich will, sondern weil ich muss. Es muss erzählt werden!“ Seine bewegenden Erlebnisse möchte ich für die Leser der „Jüdischen Rundschau“ noch einmal auf meine Weise dokumentieren.

Auschwitz – wie oft hat man das schon gehört? So oft, dass man fast schon abstumpft. Ganz etwas anderes ist es jedoch, wenn man einmal einem Gefangenen dieses Demütigungs-, Quäl- und Todeslagers in seiner Privatwohnung gegenüber sitzt und die eintätowierte Nummer auf seinem Unterarm sieht. Dem Mann, der ihm diese Nummer gestochen hat, hat er zu verdanken, dass er heute noch davon erzählen kann. Denn der Tätowierer gab Herrn Schwarzbaum den entscheidenden Tipp, wie er sein Leben behalten kann.

Angefangen hat sein Leben 1921 in Hamburg, hineingeboren in eine Händlerfamilie, die mit Stoffen und Eisen handelte. Der Großvater besaß eine Ziegelei und der Onkel hat als Mäzen eine Schule



Leon Henry Schwarzbaum zeigt seine Auschwitz-Gedenke-Medaille.

in dem (auch damals schon) polnischen Ort Bendzin (Schlesien) gestiftet, in den die Familie von Hamburg aus umzog.

Verwandte der Mutter lebten dort und man integrierte sich gut nach der Ankunft aus der Hansestadt, Herr Schwarzbaum lernte polnisch. Bendzin war weitgehend jüdisch geprägt voller Kultur und Leben. Ein Leben, das nie wieder, auch nicht nach dem Krieg, in die Stadt zurückkehrte.

Henry Schwarzbaums Leben verlief in geraden, geordneten Bahnen. Er spielte Basketball und Tennis. Im Juli 1939 machte er sein Abitur. Vier Wochen später brach das Unheil über ihn und seine Familie herein. Doch das Erkennen dieses Unheils kam erst scheinbar ins Bewusstsein der Familie.

Der Vater war sich sicher „Die Deutschen sind anständige Menschen!“. Dass nicht wenige aus dem Volk der Dichter, Denker, Klassikkomponisten und Technik-Pioniere längst nicht so zivilisiert sind, wie der Vater das glauben mochte, mussten die Schwarzbaums bitter am eigenen Leib erfahren.

Schritt für Schritt nahm die Entrechtung ihren Lauf: Juden durften keine Hunde und Katzen mehr haben. Dann durften sie keine Fotoapparate mehr besitzen. Dann durften sie die Hauptstraße des Ortes nicht mehr betreten.

Diese noch relativ „harmlosen“ Verbote führten gradewegs zu Schlimmerem. Bis 1943 bleibt die Familie noch in dem schlesischen Ort, wo

der junge Henry als Galvanotechniker arbeitet bzw. arbeiten muss. Er recycelt Kabel für Flugzeuge. Seine Arbeit, seine Nützlichkeit, hat ihn bisher davor bewahrt, schon früher ins KZ geschickt zu werden.

Doch auch in Bendzin selbst bekommt er bereits einen Vorgeschmack auf die



Der Anfang eines langen Lebens.



Als die Welt noch in Ordnung war: mit Mutter und Tante.



Familienfoto: Der im Hintergrund stehende Onkel mit dem Zweifingerbart wurde später ermordet.

Gewalt im KZ: Ein Gestapo-Mann, dessen Befehl er seines starken sächsischen Dialekts wegen nicht versteht, schlägt ihm ins Gesicht.

Vier Wochen vor seiner eigenen Verschleppung, beschönigend „Aussied-

die Jugendliche zwei Meter neben Henry Schwarzbaum.

Eine Ahnung von dem, was einen in Auschwitz erwartete, hatte man durch Gefangene, denen die Flucht gelungen war. Mit dieser bösen Vorahnung warfen

der als gewöhnlicher Krimineller ins KZ kam. Bewusst wurden diese „normalen“ Verbrecher den politischen Gefangenen als „Chefs“ übergeordnet, um diese zusätzlich zu demütigen. Henrys Aufgabe ist mit ein bisschen Laufen nicht getan. Er muss den Lagerältesten über alles auf dem Laufenden halten, was sich im Lager tut und ihn dazu in Windeseile auf dem riesigen Gelände ausmachen, um ihm etwa zu melden, wenn jemand Wichtiges ins Lager kommt. Die Aufgabe ist anstrengend und gefährlich. Henry Schwarzbaum weiß „wenn ich versagt



Ein Lagerverwalter, den Henry Schwarzbaum als relativ „milde“ in Erinnerung hatte. Mehr Schuld hat er offenbar an anderer Stelle angesammelt, denn er wurde später zu einer langjährigen Haftstrafe verurteilt.

lung“ genannt, werden die Eltern abgeholt.

An der Sammelstelle, wo die Juden in die Züge gezwungen werden, die sie aus der Stadt bringen, muss er erstmals Zeuge eines Mordes werden. Ein Wehrmachtssoldat wird von einem SS-Mann aufgefordert, ein etwa 16- bis 17-jähriges rothaariges Mädchen zu erschießen. Der Soldat zögert, hat Hemmungen. Da nimmt der SS-Mann Peickert (Chef der

manche Eltern ihre Kinder aus den fahrenden Zügen, in der Hoffnung, wenigstens diese würden überleben.

Ankunft in Auschwitz. Haare abschneiden. Entlausen. Nummer tätowieren. Der Tätowierer, selbst ein Jude, gibt Henry Schwarzbaum den Tipp, der ihn rettet: „Wenn Du länger leben willst, dann suche Dir auf jeden Fall eine Tätigkeit!“

„Wer kann gut laufen?“ fragt der Lagerälteste Tim – und Henry meldet sich



Herr Schwarzbaum (ganz rechts) bei der Sprengung eines Schornsteines in Bobrek. Der Schornstein wäre zu verräterisch für feindliche Flieger gewesen.

für Auschwitz zuständigen Gestapo) die Sache selbst in die Hand und erschießt

sofort. Da ist sie, die lebensrettende Tätigkeit! Er wird Laufbursche von Tim,

Leute ausgetauscht. Von ihnen haben nur wenige die Schoah überlebt.

Ein weiterer brutaler Blockältester kreuzte Herrn Schwarzbaums Weg: Emil Bednarek. Dieser Mensch befahl u.a. einen kranken Musiker über Nacht hinaus in den Schnee zu legen. Am nächsten Tag war dieser Mann tot. Nach der Befreiung des KZs bekam Bednarek (1907-2001) eine relativ milde Gefängnisstrafe (er hatte mehr als nur diesen einen Mitgefangenen auf dem Gewissen) – sehr zum Ärger von Henry Leon Schwarzbaum.

Immer hungrig und immer in Angst vor der Selektion, sah der „normale“ Tagesablauf im KZ so aus, dass man morgens um 5 Uhr aufstand, sich mit kaltem Wasser wusch und um 19 Uhr abends das Licht ausging. Mehrere hundert Leute lebten in jeder Baracke, die ständig ihre Läuse knacken mussten, denn die kleinen Tiere übertragen Typhus.

Dazu kam die Angst vor sehr unberechenbaren lettischen, litauischen und ukrainischen SS-Leuten, die schon mal zum Spaß durch die Zäune auf die Gefangenen schossen. Zu Ukrainern hat Herr Schwarzbaum noch heute kein gutes Verhältnis, denn sein Onkel wurde in der Ukraine von Ukrainern getötet. Man zwang ihn u.a., nur um ihn zu quälen, einen ganzen Eimer Wasser am Stück auszutrinken.

Relatives Glück im Unglück hatte Henry Schwarzbaum als Leute von Siemens ins Lager kamen. Die Siemens-Leute hatten bessere Arbeitsbedingungen mit der Lagerverwaltung ausgehandelt, um bessere Arbeitskräfte zu bekommen. Seine Sportlichkeit und körperliche Fitness, und das, was er sich davon trotz des Lagers hatte bewahren können, halfen ihm auch dieses Mal. Es wurden Feinmechaniker gesucht, wovon Herr Schwarzbaum zwar keine Ahnung hatte...aber mal lieber schnell melden...lieber nützlich sein...lieber leben! Die



132624, das war Herr Schwarzbaum.

hätte, hätte mich dieser Tim sofort ans Messer geliefert.“ 10 bis 12 Stunden hielt er Ausschau nach Neuankömmlingen und schlief auf seinem Wachposten nicht selten im Stehen ein.

Dieser Lagerälteste, der u.a. einen gefangenen Ringkämpfer aus Saloniki zu seiner Belustigung Schaukämpfe aufführen ließ und sich auch bei anderen Gelegenheiten als wahrer Menschenquäler entpuppte, wurde später von seinen Mitgefangenen umgebracht.

Sprechen konnte Herr Schwarzbaum einmal auch mit einem Angehörigen des „Sonderkommandos“, die abgetrennt von den anderen Gefangenen lebten. Hinter diesem harmlos klingenden Namen verbargen sich diejenigen Juden, die zur „seelischen Schonung“ der SS-Männer dazu gezwungen wurden, die Menschen in die Gaskammern zu führen und die Ermordeten anschließend auszuplündern und ihnen die Goldzähne zu ziehen. Diese Unglücklichen litten unter ihrer erzwungenen Mittäterschaft und wurden als Zeugen regelmäßig selbst ermordet und durch wieder neue „Sonderkommando“-

Siemens-Leute nahmen ihn mit.

Seine neue Arbeit bestand darin, acht Kilometer von Auschwitz entfernt, in Bobrek, eine neue Fabrik aufzubauen. Das Gebäude stand bereits, aber es musste an die neuen Fabrik-Bedürfnisse angepasst werden. Um den feindlichen Fliegern keinen Anhaltspunkt für einen industriellen Produktionsstandort zu geben, ließ man einen bereits vorhandenen Schornstein sprengen. Heute kann er auf dem Bild aus der Fabrik einige Männer zeigen und benennen, für die der Schrecken ein gutes Ende fand. Sie überlebten die Befreiung und machten später ihr Glück in Israel.

Doch das schlimmste stand ihm und seinen Mitgefangenen erst bevor: Die Todesmärsche, die er als noch schlimmer als das KZ selbst empfand! Der Begriff „Todesmärsche“ war keinesfalls eine Übertreibung, denn wer bei diesen Märschen schlappmachte, wurde erschossen.

Den zweiten Teil von Herrn Schwarzbaums Geschichte lesen Sie in der kommenden Ausgabe der JR.

Ein vergessener Schatz

Freiwillige erwecken den Friedhof der jüdischen k.u.k.-Elite zu neuem Leben

Von Angelika Wohofsky

Kennen Sie Wien? Waren Sie schon einmal auf der Ringstraße unterwegs oder haben die Wiener Universität besucht? Sind Ihnen bedeutende medizinische Einrichtungen in Wien bekannt? Dann sollten Sie auch erfahren, dass viele dieser Institutionen von Juden gestiftet oder ins Leben gerufen wurden und diese auf dem Währinger Friedhof bestattet sind. Der Währinger Friedhof, das ist ein jüdischer Friedhof, ein kulturelles Vermächtnis jüdischen Lebens des 19. Jahrhunderts in der Donaumonarchie.

Vor neun Jahren erschien in der Neuen Zürcher Zeitung (NZZ) ein Artikel über den vergessenen und verfallenen jüdischen Friedhof in Wien-Währing. Der Beitrag zitiert zu Beginn das Warnschild an dessen Zugang: „Betreten des Friedhofes aus sicherheitstechnischen Gründen verboten.“

Diesen Beitrag las Marco Schreuder, damals junger Gemeinderat im Wiener Bezirk Währing-Döbling. Er kontaktierte daraufhin die im Artikel erwähnte Historikerin Tina Walzer. Gemeinsam riefen sie Führungen und Freiwilligentage ins Leben, um dem Verfall dieses kulturhistorischen Denkmals und dem Vergessen jüdischen Wirkens in der Monarchie entgegenzuwirken.

Versteckt und Verschwiegen

Hinter hohen Mauern verborgen liegt ein waldähnliches, 20.000 Quadratmeter großes Areal, inmitten der Millionenstadt. Ein vergessener Ort eines vergessenen Wiens. Ein Ort mit in der NS-Zeit geschändeten und heute noch offen stehenden Gruben, morschen Bäumen, überwucherten Grabsteinen, „ein einziger dichter Dschungel“, so die Historikerin Tina Walzer. Sie gilt als Expertin für jüdische Friedhöfe in Österreich und arbeitet wissenschaftlich an deren Bestandserhebung.

Walzer begann bereits 1995 mit der Erforschung des Währinger Friedhofes im Auftrag der Israelitischen Kultusgemeinde Österreichs und finanziert vom Zukunftsfond der Republik. So entstanden das „Weißbuch zur Sanierung und Pflege der jüdischen Friedhöfe in Österreich“, eine Dokumentation des Währinger Friedhofes und dessen Inventarisierung. Dieser Friedhof „war jahrzehntelang vergessen, Wiens jüdische Geschichte verdrängt, die ermordeten und vertriebenen Juden waren totgeschwiegen und den heute lebenden Generationen bereits völlig unbekannt“, beschreibt Walzer die Ausgangssituation. Da musste etwas dagegen getan werden, dieses historische Erbe musste ins Bewusstsein der Gegenwart, in die öffentliche Wahrnehmung gerückt werden.

Freiwillige helfen

Seit 2006 konnte die Historikerin, mit Unterstützung durch Marco Schreuder, über 5.000 Personen durch diesen vergessenen Ort führen. Außerdem nahmen viele hundert Menschen an Freiwilligentagen teil, an denen bis zu 200 Personen aus allen gesellschaftlichen Schichten an einem Termin teilnehmen. An diesen Tagen werden gärtnerische Pflegearbeiten an den Gräbern durchgeführt, es werden



Man sieht dem österreichischen Friedhof an, wie lange er vergessen war.

Grabstätten saniert. Jüngstes Beispiel: Die Restaurierung des Grabmales von Fanny Sulzer, Frau des Wiener Kantors und Komponisten Salomon Sulzer. Ihr Grabhäuschen im orientalischen Stil wäre beinahe umgefallen, ist jetzt aber oberflächenbehandelt und stabilisiert, wie Tina Walzer erzählt.

Seit 2009 werden diese Freiwilligentage über den von Walzer gegründeten Verein „JEA – Jüdisches Erbe Austria“ organisiert. Dabei ist jeder willkommen, ob jüdisch oder nicht-jüdisch. Besonders viele Menschen beteiligen sich an diesen Freiwilligendiensten zu Allerheiligen. Walzer sieht in der Mitarbeit der Friedhofspflege und der Teilnahme der tausenden Menschen an den Führungen einen „Akt des intensiven Gedenkens“, ein „helfen, etwas in Ordnung zu bringen“ und man bewirkt dabei „ein positives emotionales Gefühl, ein Verständnis für das Unbekannte, das Verdrängte, das Fremde“.

Soweit die private Initiative und der Einsatz der vielen Freiwilligen zur Bewahrung und Sanierung dieses Kleinodes. Jedoch hat sich von Behörden-seite immer noch nichts in Richtung Pflege des jüdischen Friedhofes in Währing bewegt, beklagt die Historikerin. Schreuder meint, es gäbe zwar ein Gesetz, das die Pflege des Friedhofes regelt, und eine Pflegevereinbarung mit der Stadt Wien sei beschlossen worden. Es fehlen aber ein Masterplan, konkrete Ziele und Aktivitäten, so der Jungpolitiker. Also bleibt nur privates Engagement. Im Gegensatz zum seit dem Spätmittelalter bestehenden Friedhof in der Seegasse, dem ältesten jüdischen Friedhof Wiens, wird der nach wie vor dem Verfall preisgegebene Währinger Friedhof nicht von der Stadtverwaltung gepflegt. Die Zuständigkeit schieben sich Stadt- und Bundespolitik gegenseitig hin und her.

Monarchie und Nationalsozialismus

Das Besondere des Währinger Friedhofes sind die Gräber sephardischer und askenasischer Juden. Bis zur Gründung des Wiener Zentralfriedhofes 1874 war

der Währinger Friedhof für neunzig Jahre die offizielle Begräbnisstätte aller Wiener Juden und umfasst mehr als 8.000 Gräber. So liegen hier die Grabstätten bedeutender Juden der Monarchie wie beispielsweise Heinrich Ritter von Sychrovsky (Begründer einer der ersten Eisenbahnen der Monarchie,

der Kaiser-Ferdinand-Nordbahn von Schlesien nach Wien). Aber auch einer der Väter der Creditanstalt, Joachim Ephrussi, wurde hier begraben. Und Fanny von Arnstein ebenfalls. Sie führte den ersten literarisch-politischen Salon Wiens, unterstützte den Freiheitskampf der Tiroler gegen den französischen Besatzer Napoleon. Und von Arnstein stellte in ihrem Salon 1814 den ersten historisch belegten Weihnachtsbaum in Wien auf – eine mitgebrachte Tradition aus ihrer Heimatstadt Berlin. Weitere Namen sind dem Währinger Friedhof zuzuordnen: Gustav Ritter von Epstein (Bankier, Palais Epstein an der Ringstraße), Jonas Freiherr von Königswarter (Großhändler und Präsident der Wiener Kultusgemeinde).

Das Areal wurde 1942 an die Stadt Wien zwangsverkauft. Im Jahr zuvor kam es zur Exhumierung von mehr als 2.000 Gräbern für einen nie errichteten Löschwasserteich. Das Aushubmaterial wurde für Bauarbeiten am Urban-Loritz-Platz verwendet. Die Gebeine

der zerstörten Gräber wurden durch Mitglieder der Kultusgemeinde in einem Massengrab am Wiener Zentralfriedhof beigesetzt.

Der zerstörte Teil des Friedhofes blieb im Besitz der Stadt Wien, die in den 1960er Jahren das Areal in Bauland umwidmete und darauf einen Plattenbau, benannt nach dem jüdischen Schriftsteller Arthur Schnitzler, errichten ließ.

Es fehlt an Geld

Zwar hat sich Österreich dem Washingtoner Abkommen 2001 zur Unterstützung und dem Erhalt jüdischer Friedhöfe verpflichtet, die Republik und die Stadt Wien beteiligen sich jedoch bis dato nicht an der Sanierung und Pflege des Währinger Friedhofes. Die Israelitische Kultusgemeinde schätzte 2007 den Sanierungsaufwand auf rund 14 Millionen Euro, hat aber selbst dazu kaum Mittel zur Verfügung. Allein die Herstellung eines gefahrlosen Zuganges des Friedhofes wird von der IKG mit bis zu 800.000 Euro beziffert. Der Jüdische Friedhof Währing ist nur nach Unterzeichnung eines Haftungsverzichts gegenüber der IKG betretbar. Dabei wäre eine parkähnliche Nutzung des Geländes und eine öffentliche Zugänglichkeit wünschenswert.

Die meisten Angehörigen der am Währinger Friedhof begrabenen Wiener Juden sind im Holocaust umgekommen oder ausgewandert. So kümmert sich niemand mehr aus den Familien



Selbst die Grabsteine, die noch stehen, sind verwittert.

der Begrabenen um die Gräber. Die Freiwilligentage und die Führungen auf diesem einzigen Biedermeier-Friedhof Wiens, diesem kunsthistorischen Juwel, erhalten damit eine ganz besondere Qualität. Sie beleben einen Platz, an dem die Vorfahren der wissenschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Elite des Fin de Siècle der österreichisch-ungarischen Monarchie begraben sind.

Endspurt vor den Makkabi-Spielen

Oberste Priorität: Sponsoren und Gastfamilien

Von Laura Külper

2.300 Athleten aus fast 40 Ländern treten in 20 Sportarten gegeneinander an, die 14. Europäischen Makkabi-Spiele finden vom 27. Juli bis 5. August zum allerersten Mal in Berlin statt.

Das Klappern von Tastaturen, das ständige Klingeln der Telefone deutet daraufhin, dass dieses Projekt von Tag zu Tag größer wird. Und so wächst auch von Tag zu Tag das mediale Interesse an den Maccabi Games. Dr. Oren Osterer (34) ist Leiter des Organisationskomitees der Makkabi-Spiele 2015 in Berlin und erklärt, woran er und sein neunköpfiges Team kurz im „Endspurt“ vor der großen Eröffnungsfeier mit aller Energie arbeiten: „Noch nie gab es eine bedeutendere jüdische Veranstaltung auf deutschem Boden. Die Maccabi Games ziehen in den Berliner Olympiapark ein, ein vor wenigen Jahrzehnten noch unvorstellbares Ereignis. Eigentlich ist es Wahnsinn, was wir hier gestalten und planen, allein wenn man sich die Teilnehmerzahlen vergegenwärtigt.“

Wenn man ihn nach seinen Beweggründen und seiner Motivation für Makkabi fragt, blitzen Osterers Augen mit einer ansteckenden Begeisterung. „Makkabi ist meine Sportfamilie, egal wo ich Sport betrieben habe, ich war immer der „Makkabi-Typ“,“ erzählt Osterer mit einem Lachen. „Ich wurde dort quasi hineingeboren und war seit meiner Jugend als Sportler und Repräsentant dabei. Mein Vater war 18 Jahre im Präsidium und 12 Jahre Präsident der Makkabi Deutschland, ich selbst hatte mich eigentlich aber nie in einer so großen organisatorischen Leitungsposition gesehen, bis dann die Jobausschreibung für die Makkabi-Spiele 2015 kam und ich es einfach versuchen musste.“

„Denn 2015 ist ein besonderes Jahr und Berlin eine besondere Stadt“, so Osterer nachdrücklich. 70 Jahre nach der Schoah sind die einzigen zwei Länder, in denen die jüdische Bevölkerung kontinuierlich wächst, Deutschland und Israel. Jüdisches Leben ist in Deutschland wieder angekommen. Osterer: „Es gibt immer noch dieses Unverständnis, ich werde oft gefragt: Bist du Jude in Deutschland oder bist du deutscher Jude? Die Makkabi-Spiele sind meine Art der Antwort. Sie sind der Beweis für reales, gelebtes Judentum. Sie sind der Beweis für die Möglichkeit der deutsch-jüdischen Identität.“

Berlin ist als Austragungsort natürlich von besonderer Bedeutung, vor dem Zweiten Weltkrieg befand sich das Büro der Makkabi-Weltunion in Berlin. Dort, wo 1936 noch die Waldbühne für Geräteturnen genutzt wurde, soll 2015 nun die Eröffnungszeremonie der Makkabi-Spiele stattfinden. „Die Makkabi-Spiele geben dem Olympiapark eine Legitimation, die andere Veranstaltungen nicht bieten können.“, sagt Osterer nachdenklich. „Wir bekommen sehr positive Resonanz und viel Unterstützung, das Land Berlin, die Bundesregierung, die Bevölkerung... es gibt allerdings eine einzige Ausnahme, die uns kalt erwischt hat. Wer nicht mitzieht, ist die Wirtschaft. Trotz ausgearbeitetem Sponsoring-Konzept, wollen beinahe alle großen Unternehmen uns nicht unterstützen. Ich vermute, dies geschieht aus Angst um Märkte und Kundenverlust.“ Eine jüdische Großveranstaltung scheint trotz aller Veränderung auch 2015 noch ein heißes Eisen zu sein.

Für das Team um Oren Osterer bedeutet dies allerdings extreme Einschnitte in der Planung.

„Wie jedes Planungskomitee, das eine sportliche Großveranstaltung plant, hatten wir fest mit Sponsoringbeiträgen der Wirtschaft gerechnet. Wenn diese nahezu komplett ausbleiben – so jedenfalls ist momentan der Stand – haben wir es schwer, einen wirklich würdigen Rahmen auf die Beine zu stellen. Viele Dinge sind noch nicht finanziert, die wir uns wünschen. Die Abschlussfeier, angemessene Verpflegung und Ausstattung für die Freiwilligen und unser Bildungsprogramm für die rund 600 jugendlichen Teilnehmer könnte auch noch spannender sein. All das wäre so wichtig, um den letzten entscheidenden Schritt bei der

rem schwierig. Dabei wären die Spiele die perfekte Gelegenheit um der ganzen Welt zu zeigen, dass wir heute hier eine drastisch verbesserte Situation von Juden in Deutschland haben.“

Die geplante Eröffnungsfeier der Makkabi-Spiele soll in der Waldbühne, am 28. Juli 2015 stattfinden, der Kartenverkauf läuft gerade. Es wird einen Live-Auftritt von Adel Tawil und Matisyahu geben, das 50-köpfige deutsch-israelische Jugendorchester wird spielen, das offizielle EMG2015-Lied wird durch Jewdyssee dargeboten, dazu kommen natürlich noch die bislang 2.300 Athleten aus über 36 Nationen. Die Eröffnungszeremonie ist der Auftakt der Spiele und soll die Europäischen Makkabi-Spiele als das repräsentieren, was sie sind: eine junge,

mus und Stereotypen. Wir veranstalten inkludierte Wettkämpfe, allein das soll ein Signal setzen. Egal ob mit ALBA Berlin oder den DFB-Allstars, wir wollen die Spiele gemeinsam zu etwas besonderem machen. Die Unterstützung durch prominente Sportpaten für jede Sportart, macht uns natürlich besonders stolz. Jérôme Boateng wird Pate für Fußball und Futsal sein, Ursula von der Leyen Pate für das Dressurreiten, und viele weitere prominente Unterstützer und Spezialisten der jeweiligen Sportarten konnten gewonnen werden.“

„Eine Makkabi-Sportveranstaltung bricht jeden antisemitischen Stereotyp“, so Osterer mit einem Schmunzeln. „Alle prominenten rassistischen Vorurteile können durch Makkabi widerlegt werden. Irgendwo ist es vielleicht sogar identitätsstiftend, es geht um die Entwicklung und die Kompetenz physischer Kapazitäten. Makkabi bietet dafür gewissermaßen den perfekten ideologischen Unterbau. Wer sich für das begeistern kann, was wir hier zeigen wollen, kann uns jederzeit mit Unterstützung behilflich sein. Wir freuen uns über Gastfamilien für unsere internationalen Freiwilligen, auch wer selbst als Freiwilliger helfen will und idealerweise aus Berlin kommt, darf sich gern an uns wenden. Wir freuen uns über Spenden, über Gäste für die Eröffnungszeremonie, selbst über einen einfachen Like unserer Facebook-Seite oder positive Rückmeldung. Makkabi ist ein gemeinschaftliches Erlebnis und jeder kann Teil davon werden.“

Wenn man mit Dr. Oren Osterer und seinem Team spricht, wird klar, wie wichtig diese Veranstaltung ist. Sie soll Menschen zusammenbringen, sie ist ein Symbol von internationaler Tragweite, ein lebendiger und authentischer Beweis, dass Grenzen überwindbar sind, wenn es einen Dialog geben kann. Es mag vielleicht Wahnsinn sein, aber manchmal ist es genau Wahnsinn, der überwältigende Ergebnisse bringt und einen Prozess nach vorn trägt.



Das Makkabi-Orgateam wächst.

Umsetzung gehen zu können. Hier geht es auch viel darum, wie die Makkabi-Spiele in Erinnerung bleiben sollen, es geht um Dokumentation und Aufbereitung. Wir wollen ein würdiges Zeichen setzen, aber ohne finanzielle Unterstützung aus der Wirtschaft wird das ext-

dynamische und bunte Veranstaltung. Osterer dazu: „Wir öffnen die Spiele. Bis auf dass die Makkabi-Sportler jüdischen Glaubens sind, gibt es keine Unterschiede. Hier sind so viele Nationen und Geschichten vertreten, wir stehen gegen jede Art der Ausgrenzung, gegen Rassis-

BEAUVITÉ®

... wo die Schönheit zu Hause ist.

Kosmetik • Friseur • Maniküre • Pediküre • Permanent Make-up • Wimpernverlängerung
Dauerhafte Haarentfernung • Lipolaser • Kryolipolyse • Kavitation • Mesotherapie
Faltenunterspritzung • Multipolare Radiofrequenz

Fasanenstraße 40 • 10719 Berlin • Tel: (030) 88 91 64 59

WWW.BEAUVITÉ.DE



Zitate zu Israel und den Juden

Amüsantes und Kurioses aus der Welt des Judentums



Ich bestehe darauf, dass die Hebräer mehr getan haben, um den Menschen zu zivilisieren, als jede andere Nation. Wenn ich Atheist wäre und ich an blindes, ewiges Schicksal glauben würde, würde ich immer noch glauben, dass das Schicksal die Juden dazu bestimmt hat, das wichtigste Instrument für die Zivilisierung der Nationen zu sein.
Wenn ich ein Atheist der anderen Sorte wäre, der daran glaubt, dass alles durch Zufall gesteuert wird, würde ich daran glauben, dass der Zufall den Juden aufgetragen hat, die Lehre vom weisen, allmächtigen Herrscher des Universums der ganzen Menschheit zu verkünden, was meiner Meinung nach das Grundprinzip aller Moral und daraus folgend auch aller Zivilisation ist.

John Adams (zweiter Präsident der USA)

Frieden für Israel bedeutet Sicherheit, und wir müssen mit all unserer Macht für sein Existenzrecht eintreten. Ich sehe Israel als einen der großen Vorposten der Demokratie in der Welt und ein wunderschönes Beispiel dafür, was man erreichen kann und dafür wie Wüste in eine Oase der Brüderlichkeit und Demokratie verwandelt werden kann. Friede für Israel bedeutet Sicherheit und diese Sicherheit muss endlich Wirklichkeit werden.

Martin Luther King

Lasst den Juden Jerusalem, denn sie haben es berühmt gemacht.

Winston Churchill

„You are brave, you are strong, you are confident, and I f*cking love you Israel.“

Lady Gaga

Wenn Moses ein Komitee gewesen wäre, säßen die Juden noch immer in Ägypten.

John Hughes

Zu den lächerlichen Unwahrheiten gehört die vom Wandervolk. Ließe man die Juden in Ruhe, sie gingen nicht mehr vom Fleck.

Arnold Zweig



Wir verabscheuen die Juden und wollen doch, dass alles, was von ihnen geschrieben und von uns gesammelt worden ist, das Gepräge Gottes tragen solle. Niemals gab es einen greifbareren Widerspruch.

Voltaire

Die Juden sind allerorten ein Ingrediens der Unruhe, und ein heilsames nach meiner Überzeugung; denn sie sind viel auf dem Planeten gewandert und fühlen kosmopolitischer als irgendein anderes Volk. Ihr Horizont fällt nie mit dem des Landes zusammen, das sie beherbergt.

José Ortega y Gasset

Wir haben immer gesagt, dass wir in unserem Krieg mit den Arabern eine Geheimwaffe haben – keine Alternative. Die Ägypter können nach Ägypten fliehen, die Syrer nach Syrien. Der einzige Ort, wohin wir weglaufen können, wäre das Meer. Und bevor wir das tun, können wir auch kämpfen.

Golda Meir

Unsere Kontaktadressen

- J. B. O., Postfach 12 08 41, 10598 Berlin
- (030) 54 71 02 50 (Mo.-Mi. von 10.00 bis 16.00)
- redaktion@juedische-rundschau.de
- (030) 23 32 88 60 (auch Anrufbeantworter)
- www.juedische-rundschau.de
- www.facebook.com/jrundschau
- @jrundschau

COUPON ABO-BESTELLUNG

Hiermit bestelle ich zum nächstmöglichen Termin die Monatszeitung «Jüdische Rundschau» im Abonnement zum Preis (in Deutschland) von

39 € für ein Jahr (Preis gilt für Deutschland, in anderen EU-Ländern und Schweiz - 58 €, in Israel zum Preis von 82 €)

73 € für zwei Jahre

32 € für ein Jahr als Student (mit Nachweis).

Name, Vorname _____

Strasse, Hausnummer _____

PLZ _____ Wohnort _____

Geburtsdatum _____ Telefon: _____ E-Mail: _____

Ich bin damit einverstanden, dass mein Abonnement sich um ein weiteres Jahr verlängert, wenn ich es nicht spätestens sechs Wochen vor dem Ende schriftlich kündige. Mir ist bekannt, dass ich innerhalb von 14 Tagen meine Bestellung widerrufen kann.

Datum _____ Unterschrift **x** _____

Ich zahle gegen Rechnung:

Ich bin damit einverstanden, dass meine Daten für interne Verlagszwecke gespeichert und verarbeitet werden sowie dafür benutzt werden, um mich über die Neuigkeiten des Verlags zu informieren. Dieses Einverständnis kann jederzeit schriftlich widerrufen werden.

Jeder neuer Abonnent der Zeitung «Jüdische Rundschau» erhält einen Gutschein vom TuS-Reisebüro im Wert von 50 Euro, die bei Buchung einer Reise nach Israel verrechnet werden.

Füllen Sie bitte den Abo-Coupon aus, schneiden Sie ihn aus und schicken ihn uns per Post (J. B. O., Postfach 120841, 10598 Berlin), per Fax (030/23328860) oder als Scan per E-Mail an: redaktion@juedische-rundschau.de. Sie können die Zeitung auch auf unserer Website www.juedische-rundschau.de abonnieren.